



Jahresbericht 2019

Annual Report 2019



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies



Inhaltsverzeichnis/Contents



2	Vorwort
4	Positionierungen
7	Die Vereinigung im Jahr 2019
7	Tätigkeiten der Ausschüsse
8	EuBV-Öffentlichkeitsarbeit
10	Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa
18	Sustainable finance
18	Gekommen um zu bleiben!
21	Interview mit MdEP Sven Giegold
24	EuGH-Bericht 2019
24	Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof
34	Jahreschronologie 2019
82	Personalien der Vereinigung
82	Personalien der Ausschüsse
83	Anhang



42	Foreword
44	Positions
47	The EFBS in 2019
47	Committees
48	EFBS Public relations work
50	Housing sector trends in Europe
58	Sustainable finance
58	Green finance here to stay!
61	Interview with MEP Sven Giegold
64	Court of Justice in 2019
64	Cases before the Court of Justice of the European Union
74	2019: the Year in Review
82	Officers of the Federation
82	Officers of the Committees
83	Appendix



Vorwort

In der vergangenen Legislaturperiode ist im Bereich der europäischen Bankenregulierung bereits viel geschehen. Wir haben internationale Standards zur Stärkung der Eigenkapitalunterlegung und zur Abwickelbarkeit von Banken umgesetzt und wichtige Schritte hin zu einer verhältnismäßigeren europäischen Bankenaufsicht gemacht. Insbesondere die jüngste Überarbeitung der Richtlinie und Verordnung über Eigenkapitalanforderungen ist als Meilenstein zu bewerten, da erstmals klar definiert wird, was ein kleines und nicht-komplexes Finanzinstitut ausmacht und welche regulatorischen Erleichterungen mit diesem Status einhergehen.

Auch in dieser Legislaturperiode kommt mit der Finalisierung von Basel III erneut ein Paket zur Umsetzung internationaler Standards auf den europäischen Gesetzgeber zu. Das Verhandlungsergebnis aus dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht gibt aus europäischer Sicht wenig Grund zur Freude. Erste Folgenabschätzungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde weisen im Falle einer 1-zu-1-Umsetzung auf erhebliche Steigerungen der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken hin, die mit Sicherheit auch auf die Finanzierungsmöglichkeiten der Realwirtschaft durchschlagen würden. Es drängt sich insbesondere der Eindruck auf, dass die im Baseler Ausschuss festgeschriebenen Regeln ausgesprochen gut zu den Spezifika des US-amerikanischen Bankensektors und zum US-amerikanischen Modell der Immobilienfinanzierung passen, nicht aber so sehr zum europäischen Modell. Dieses Verhandlungsergebnis wirft einerseits die grundsätzliche Frage auf, wie die Koordinierung der europäischen Verhandlungsführer in Zukunft dergestalt verbessert werden kann, dass sich europäische Interessen am Ende auch in den Verhandlungsergebnissen internationaler Gremien wie dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht wiederfinden.

Andererseits stellt sich die unmittelbare Frage, wie das Paket zur Finalisierung von Basel III passgenau und mit

Blick auf die Spezifika des europäischen Bankensektors umgesetzt werden kann. Dabei gilt es einen Spagat zu schaffen: auf der einen Seite muss die Umsetzung in den wesentlichen Grundzügen das internationale Verhandlungsergebnis widerspiegeln, also „Basel-compliant“ sein. Auf der anderen Seite sollte die Umsetzung die Besonderheiten des europäischen Finanzierungsmodells erfassen und negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft weitgehend vermeiden.

Grundsätzlich sollte auch darüber nachgedacht werden, die europäische Umsetzung des Baseler Pakets von einer erfolgreichen und effektiven Umsetzung in anderen Jurisdiktionen (insbesondere den USA) abhängig zu machen. Schließlich haben andere Jurisdiktionen beizeiten eine deutlich schlechtere Bilanz, wenn es um die Umsetzung älterer Baseler Standards geht. Die im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erarbeiteten Standards sind kein Selbstzweck, sondern zielen am Ende darauf, auf internationaler Ebene faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Insofern sollte man aus europäischer Sicht auch ein Auge darauf haben, ob und wie diese Standards in anderen Teilen der Welt umgesetzt werden und gegebenenfalls die eigenen Umsetzungsbestrebungen anpassen.

Ein weiterer Aspekt, der in der neuen Legislaturperiode auch im Bereich der Finanzmarktregulierung an Bedeutung gewinnen wird, ist das Thema der nachhaltigen Finanzierung. Das Thema Nachhaltigkeit insgesamt hat in den vergangenen Jahren zurecht Aufmerksamkeit erfahren. Wenn die ausgesprochen ambitionierten nationalen, europäischen und internationalen Klimaverpflichtungen erfüllt werden sollen und der Wandel hin zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft gelingen soll, müssen alle Wirtschaftsbereiche dazu beitragen. Es gibt am Markt sowohl bei Privatinvestoren als auch bei institutionellen Anlegern eine steigende Nachfrage nach nachhaltigen Finanzprodukten und nach verlässlichen Informationen über eben-

solche Finanzprodukte. Diese Nachfrage kann genutzt werden, um die bestehenden Investitionslücken bei der Umsetzung der Klima- und Energieziele zu schließen.

Aus Sicht des Gesetzgebers muss es entsprechend insbesondere darum gehen, die richtigen, marktkonformen Anreize zu setzen, um Investitionen in Projekte zu lenken, die gleichzeitig wirtschaftlich und nachhaltig sind und zur Transformation hin zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft beitragen, ohne jedoch Fehlanreize zu setzen, die in Blasenbildung münden und zu Klumpenrisiken beitragen könnten. Für die Annahme, dass nachhaltige Investitionen per se weniger riskant sind als andere Arten von Investitionen, gibt es keinerlei empirische Evidenz. Ideen wie eine regulatorische Vorzugsbehandlung grüner Investitionen bei der Eigenkapitalunterlegung sind entsprechend grundsätzlich abzulehnen, denn sie stellen das risikoorientierte Aufsichtsregime grundsätzlich in Frage und würden am Ende nur den Weg in die nächste Krise bereiten. Ähnliches gilt für Überlegungen, nachhaltige Investitionen aus dem Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten herauszurechnen.

Stattdessen muss es beim Thema nachhaltige Finanzierung darum gehen, privaten und institutionellen Investoren die richtigen Informationen an die Hand geben, um informierte Investitionsentscheidungen zu treffen. Eine

Taxonomie, die anhand sachlicher Kriterien nachvollziehbar definiert, was ein nachhaltiges Investment ist, ist deshalb grundsätzlich die richtige Überlegung. Derzeit ist die Taxonomie aber noch nicht viel mehr als eine leere Hülle, die mittels Umsetzungsrechtsakten erst noch mit Leben gefüllt werden muss. Hier liegt der Teufel jedoch im Detail und es muss aufgepasst werden, dass die Detailregelungen nicht in einem Bürokratiemonster münden. Man sollte auch davon absehen, bestimmte Industriezweige grundsätzlich als nicht-nachhaltig zu klassifizieren, denn es sind genau diese Industriezweige mit einer bislang schlechten Ökobilanz, die am Ende das höchste Einsparpotential mit sich bringen.

Das verbindende Element bei den Themen nachhaltige Finanzen und der Umsetzung internationaler Eigenkapitalstandards ist, dass wir in beiden Fällen Regulierung mit Augenmaß benötigen, die Marktspezifika ausreichend berücksichtigt und verhältnismäßig ist. Das sollte das Leitmotiv der europäischen Finanzmarktregulierung im Jahr 2020 sein.

Markus Ferber, MdEP ist Obmann der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments.



Positionierungen

Positionierung zur Anpassung der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie (EU) 2008/48)

Die EuBV nahm mit ihrer Stellungnahme vom 8. April 2019 am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zur Evaluierung der Verbraucherkreditrichtlinie (CCD) teil.

Aus Sicht der EuBV wäre eine Klarstellung bei der Kreditwürdigkeitsprüfung bei gesamtschuldnerisch haftenden Verbrauchern dringend erforderlich. Es muss die Möglichkeit aufgenommen werden, dass ein Verbraucherdarlehensvertrag auch dann abgeschlossen werden kann, wenn unter der Berücksichtigung des Einkommens und Vermögens aller gesamtschuldnerisch haftenden Verbraucher, insbesondere Eheleuten, die Kapitaldienstfähigkeit gegeben ist. Ansonsten würde dies Konstellationen ausschließen, bei denen sich Unklarheiten bei der Kreditwürdigkeitsprüfung daraus ergeben, dass einer der Verbraucher allein nicht kreditwürdig ist, dies aber durch die gesamtschuldnerische Haftung eines anderen kompensiert werden könnte.

Die EuBV setzte sich in diesem Rahmen auch dafür ein, das Widerrufsrecht kohärent zur Verbraucherrechterichtlinie zu gestalten. Es soll ein einheitliches Widerrufsregime in allen Mitgliedstaaten erreicht werden. Außerdem ist die EuBV der Meinung, dass die Informationspflichten der CCD, im Hinblick auf den „information overload“ zum Nachteil des Verbrauchers dringend evaluiert werden müssen.

Positionierung zur Evaluierung der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen (Richtlinie 2002/65/EG)

Im Zusammenhang mit der Evaluierung der Richtlinie 2002/65/EG vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher durch die Europäische Kommission, nahm die EuBV mit ihrer Stellungnahme vom 2. Juli 2019 am Konsultationsverfahren teil.

Der klassische Vertrieb von Finanzdienstleistungen durch eine persönliche Ansprache des Verbrauchers beziehungsweise eine persönliche Ansprache durch den Verbraucher unter gleichzeitiger Anwesenheit beider Seiten wird immer mehr unter Anwendung von Fernkommunikationsmitteln ergänzt. Immer mehr Verbraucher wollen sich nicht mehr nach den Öffnungszeiten der Anbieter und Vermittler richten und entscheiden sich dafür, Informationen einfach und schnell auf elektronischem Weg einzuholen und Verträge ausschließlich im Wege der Fernkommunikation abzuschließen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Zahl der im Bereich der Finanzdienstleistungen tätigen Unternehmen zu, die einen gezielten Vertrieb mit Hilfe von Fernkommunikationsmitteln nach dieser Richtlinie meist ergänzend neben dem klassischen Vertrieb von Finanzdienstleistungen anbieten.

Die EuBV unterstützt das mit der Richtlinie verfolgte Ziel, den Binnenmarkt durch den Verbraucherschutz im Bereich des Fernabsatzes von Finanzdienstleistungen zu stärken. Im Nachgang zu dem Inkrafttreten dieser Richtlinie sind jedoch einige produktbezogene Richtlinien erlassen worden, die ebenfalls den Fernabsatz betreffen und zu Abgrenzungs- und Auslegungsfragen führen. Zum

Zwecke der Rechtssicherheit und der Rechtsklarheit setzte sich die EuBV dafür ein, diese Fragen im Sinne eines Vorrangs der produktbezogenen Richtlinien auszuräumen.

Konkret setzte sich die EuBV auch für die Beibehaltung und Festschreibung des Leitbilds des normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbrauchers ein. Dieses Leitbild wird auch in der ständigen Rechtsprechung des EuGHs zugrunde gelegt und darf nicht von einem Bild des „unmündigen verletzlichen Verbrauchers“ abgelöst werden. Nach Auffassung der Vereinigung muss dieses in der Richtlinie ausdrücklich festgehalten werden, um ein einheitliches Verbraucherschutzniveau in der EU sicherzustellen.

Des Weiteren plädierte die EuBV dafür, Informationspflichten kohärent zu anderen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften umzusetzen. Insbesondere die vorvertraglichen Informationspflichten müssen hier im Hinblick auf die Restriktionen der Fernabsatz-Kommunikationsmittel angepasst werden.

Die EuBV schlug der Europäischen Kommission außerdem vor, die nachvertraglichen Informationsmöglichkeiten auszuweiten und die Widerrufsfrist rechtssicher in allen Mitgliedstaaten gleich zu regeln. Beispielsweise könnte man hier das Erlöschen des Widerrufsrechts nach 12 Monaten, ähnlich wie in der Verbraucherrechterichtlinie (Richtlinie 2011/83/EU), regeln.

Umsetzung der finalen Basel III-Beschlüsse in europäisches Recht

Nachdem bereits im Dezember 2017 im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht eine Einigung über das finale Basel III-Rahmenwerk gefunden worden war, begleitete die EuBV die Vorbereitungen der Legislativvorschläge des europäischen Gesetzgebers für die Umsetzung des Rahmenwerks in europäisches Recht.

Im Mai 2018 beauftragte die Europäische Kommission die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Auswirkungen der Basel III-Beschlüsse auf die europäischen Kreditinstitute zu untersuchen. Dabei sollte die EBA insbesondere mögliche Hürden bei der Umsetzung evaluieren sowie einen Fokus auf die Effekte für einzelne Geschäftstätigkeiten und Geschäftsmodelle legen. Diesen

Auswirkungsbericht legte die EBA am 5. August 2019 vor. Zu Fragen des Handelsbuchs (Fundamental Review of the Trading Book, FRTB) und von Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko (Credit Valuation Adjustment, VCA) wurde eine separate Analyse als zweiter Teil am 4. Dezember 2019 veröffentlicht. Im Rahmen dieser beiden Berichte wurde die EuBV jeweils mit ausführlichen Stellungnahmen und Gesprächen bei der EBA tätig.

Im Rahmen beider Veröffentlichungen gab die EBA zusätzlich neben Auswirkungsstudien noch politische Handlungsempfehlungen für den Umsetzungsprozess des Basel-III Rahmenwerks an die Europäische Kommission. Die EBA sprach sich generell dafür aus, die finalen Basel III-Beschlüsse möglichst unverändert umzusetzen. Dies würde den europäischen Bankensektor international stärken und weiterhin die Anwendung risikosensitiver Ansätze im Aufsichtsrecht ermöglichen. Leider finden sowohl in der ersten, als auch in der zweiten Veröffentlichung der EBA die Besonderheiten der europäischen Bankenlandschaft keine besondere Berücksichtigung. Insbesondere wird ein möglicher Anpassungsbedarf für spezifische Geschäftsmodelltypen und spezialisierte Institute nicht betrachtet.

Auf Basis der Veröffentlichungen der EBA konsultierte auch die Europäische Kommission interessierte Kreise zur Umsetzung des finalen Basel III-Rahmenwerks. Auch hier gab die EuBV eine Stellungnahme ab und führte begleitend hierzu Gespräche mit Vertretern der Kommission und EBA.

Während des gesamten Zeitraums setzte sich die EuBV in Gesprächen mit Verantwortlichen der EBA und der Europäischen Kommission für eine proportionale Umsetzung des Basel III-Rahmenwerks ein. Unter anderem wurde auf die Fragen des operationellen und des Marktrisikos Bezug genommen.

Positionierung zum Bankenpaket

Das Bankenpaket (Überarbeitung der CRR/CRD IV/BRRD/SMR) beschäftigt den europäischen Gesetzgeber nun schon seit dem Jahr 2016. Mithilfe dieses Gesetzespakets sollen die Risiken im Bankensektor verringert und die Widerstandsfähigkeit gegen mögliche Schocks weiter gestärkt werden. Die EuBV setzte sich für eine Gleichbehandlung mit anderen Kreditinstituten ein. Der besonde-

re Schwerpunkt der Arbeit der EuBV lag hierbei auf einer bauparadäquaten Berechnung der Verschuldungsquote. Der im November 2016 vorgelegte Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der CRR sah allerdings noch keine Möglichkeit vor, eine solche zu erreichen.

Erstmal aufgegriffen wurde die Forderung der EuBV vom sozialdemokratischen Berichterstatter im Europäischen Parlament in seinem Berichtsentwurf im November 2017. Mit der Annahme des Berichts im Juni 2018 durch den Ausschuss des Europäischen Parlaments für Wirtschaft und Währung (ECON) bestätigte dieser die Möglichkeit der Berücksichtigung spezialisierter Institute bei der Berechnung der Verschuldungsquote. Diese Möglichkeit wurde vom Rat der Europäischen Union in seiner Allgemeinen Ausrichtung im Mai 2018 nicht aufgegriffen. Unter Beteiligung der Europäischen Kommission konnte im Herbst 2018 aber ein spezifisch gefasster Vorschlag eingebracht werden, der nach den Trilogverhandlungen vom 21./22. November 2018 auch die Zustimmung des Rates erfuhr. Die politische Zustimmung durch die Wirtschafts- und Finanzminister zum Verhandlungsergebnis erfolgte am 4. Dezember 2018. Die finale Unterzeichnung der Verordnungen des Bankenpakets fand schließlich am 20. Mai 2019 nach Zustimmung durch das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union statt. Mit Veröffentlichung am 7. Juni 2019 im Amtsblatt der Europäischen Union wurde der langwierige Gesetzgebungsprozess zum Bankenpaket damit abgeschlossen.

Die Bausparkassen betreffende Regelung zu Berechnung der Verschuldungsquote findet sich in Artikel 429 Absatz 8 CRR. Dieser sieht die Möglichkeit des Nettings bei Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten vor. Damit ist es der EuBV gelungen, eine ungerechtfertigte regulatorische Ungleichbehandlung der Bausparkassen bei der Berechnung der Verschuldungsquote abzuwenden.

Positionierung zu den EBA Leitlinien zur Kreditvergabe und Kreditüberwachung (EBA/CP/2019/04)

Am 19. Juni 2019 veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ein Konsultationspapier für neue Leitlinien zur Kreditvergabe und Kreditüberwachung (Draft

Guidelines on loan origination and monitoring – EBA/CP/2019/04). Die EuBV nahm mit ihrer Stellungnahme vom 30. September 2019 an diesem Konsultationsprozess teil.

Mit den Leitlinien schlägt die EBA zum ersten Mal auch Anforderungen an die Anbieter von Verbraucherkrediten im Rahmen der Verbraucherkreditrichtlinie (CCD) insbesondere im Bereich der Kreditwürdigkeitsprüfung vor. Die bisherigen elf Regelungen der derzeit nur für Wohnimmobilienkredite (MCD) geltenden EBA-Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung (EBA/GL/2015/11) werden inhaltlich beibehalten und gehen in den neuen mehr als 100 Regelungen des Abschnitts 5 auf.

Die EuBV ist der Ansicht, dass die vorgesehenen Leitlinien der EBA zu weitreichend sind und nicht mit den einschlägigen „Level 1“-Rechtsvorschriften (CCD und MCD) übereinstimmen.

Die EBA orientiert sich weiterhin nicht an bestehenden Definitionen der Richtlinien, sondern findet neue Begrifflichkeiten. Nach Meinung der EuBV würde eine unveränderte Umsetzung des Leitlinienentwurfs zu umfangreichen Informationsanforderungen, erhöhter Bürokratie in Beratungsgesprächen und längeren Bearbeitungszeiten aufgrund des gestiegenen Analyse- und Bearbeitungsaufwands führen. All dies schließe sich zu Lasten der Kunden in den Konditionen wieder, ohne dass es der Risikogehalt des Kreditgeschäfts rechtfertigen würde. Die EuBV setzte sich deswegen in dem Konsultationsverfahren der EBA dafür ein, der Vielfalt der Kreditwirtschaft besser Rechnung zu tragen und insbesondere das fokussierte, kleinteilige Kreditgeschäft der Bausparkassen besser zu berücksichtigen.

Weiterhin wies die EuBV darauf hin, dass die EBA-Leitlinien Rechtsvorschriften in Bereichen vorsehen, die dem europäischen Gesetzgeber vorbehalten sind. Die einschlägigen Richtlinien CCD und MCD werden derzeit evaluiert bzw. überprüft. Die Ergebnisse dieser Verfahren sollten nach Ansicht der EuBV abgewartet werden. Sonst könnte sich die Situation ergeben, dass Kreditgeber zuerst die Leitlinien der EBA umsetzen müssten, welche durch eine Überarbeitung der CCD oder MCD veraltet sein könnten oder dass die Leitlinien die künftige Gesetzgebung lenken. Beide Situationen sollten in jedem Fall vermieden werden.



Die Vereinigung im Jahr 2019

Tätigkeiten der Ausschüsse

Im Jahr 2019 haben die drei Fachausschüsse der Europäischen Bausparkassenvereinigung, der Ausschuss für Wohnungspolitik und Marketing, der Finanzausschuss sowie der Rechtsausschuss jeweils zweimal getagt. Dabei befassten sich drei Fachausschüsse mit aktuellen bausparrelevanten Schwerpunktthemen. Die Halbjahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung fand am 21./ 22. März 2019 in Brüssel, die Jahrestagung am 16./ 17. Oktober 2019 in Prag statt.

In der **Frühjahrsitzung des Finanzausschusses** gab Paul Beck, Assistent von Peter Simon, ehemaliger Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Einblicke in die Arbeit zum Abschluss des Bankenpakets und ging vor allem auf die für die Bausparkassen relevanten Themen wie Proportionalität, Kapitalanforderungen und „reporting“ ein. Olli Castren, Europäische Bankenaufsicht (EBA), sprach zum „Call of Advice“ und damit zusammenhängend zur Implementierung der finalen Basel III Regeln.

In der **Herbstsitzung** waren Sergio Materazzi von der SRB (einheitlicher Abwicklungsausschuss) und Jan Bursa von der Tschechischen Nationalbank als Gastredner in Prag. Sergio Materazzi gab in seiner Präsentation Einblicke in die Arbeit bezüglich MREL. Jan Bursa beschäftigte sich mit der Frage, wie das Thema Proportionalität in der Aufsicht der verschiedenen Aufsichtsbehörden wiederspiegelt wird.

In der **Frühjahrsitzung des Rechtsausschusses** wurden zunächst die Themen Verbraucherkreditrichtlinie und Wohnimmobilienkreditrichtlinie beleuchtet. Paulo Silva von der Europäischen Kommission sprach zum Überprü-

fungsprozess der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und Francesco Pontiroli-Gobbi gab Einblicke in die Arbeit zur Evaluierung der Verbraucherkreditrichtlinie. Martin Kuchler aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union berichtete zu den laufenden Verhandlungen zum Dossier Verbandsklagen im Rat der Europäischen Union. Zusätzlich wurde das Thema nachhaltige Finanzierung intern beleuchtet.

In der **Herbstsitzung** des Rechtsausschusses wurden diese Themen weiter vertieft. Dabei stand der Austausch über die nationalen Erfahrungen und die Umsetzung der europäischen Richtlinien und Vorhaben im Vordergrund.

In der **Frühjahrsitzung des Marketingausschusses** berichteten Vertreter der europäischen Bausparländer über die aktuellen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern. Olga Martínez de Briones, Mitarbeiterin der Europäischen Kommission, fasste die Arbeit der Europäischen Kommission in den Bereichen Wohnraumversorgung und Hilfe für Wohnungslose zusammen. Florian Haagen von finAPI erläuterte die Möglichkeiten, welche sich aus der Verarbeitung von Bankkontodaten für die Kreditwirtschaft ergeben, insbesondere aufgrund der von der PSDII ergebenden Schnittstelle, und wie diese genutzt werden können.

In der **Herbstsitzung** des Marketingausschusses fasste zunächst Jacob Křenek, ADison, die aktuellen Trends im digitalen Marketing zusammen, wobei er auf das Kundenverhalten verschiedener Generationen einging. Diana Rádl Rogerová, Deloitte Tschechien, präsentierte aktuelle Trends und Entwicklungen aus dem tschechischen Bankensektor und Bausparmarkt.

EuBV-Öffentlichkeitsarbeit

Wiederwahl des EuBV-Präsidiums

Per Pressemitteilung vom 17. Oktober 2019 informierte die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) über die Wiederwahl des Präsidiums. Während der Jahrestagung der EuBV wurde turnusmäßig ein neues Präsidium gewählt.

Ing. Jan Jeníček, Vorstandsvorsitzender der Bausparkasse Raiffeisen stavební spořitelna a.s. (Tschechische Republik), wurde als Präsident wiedergewählt. Uwe Körbi, Vorstandsmitglied bei der Bausparkasse LBS West (Deutschland) und Prof. Dr. Andreas Grünbichler, Vorstandsmitglied bei der Bausparkasse Wüstenrot AG (Österreich), wurden als 1. und 2. Vize-Präsident bestätigt.

Seit 2018 leitet Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen e.V. (Deutschland), als Geschäftsführender Direktor die Aktivitäten der EuBV.

Bausparen in der Tschechischen Republik und die Nullzinspolitik der EZB

Außerdem nutzten im Rahmen des Jahrestreffens der EuBV in Prag am 16. und 17. Oktober 2019 der Präsident, Jan Jeníček und der Geschäftsführende Direktor, Christian König, die Gelegenheit für eine Pressekonferenz. Mit den anwesenden Pressevertretern fand ein Austausch über die aktuelle Situation des Bausparens in Europa und im Besonderen in der Tschechischen Republik statt.

Mit 3,2 Millionen Kunden in der Tschechischen Republik nimmt etwa ein Drittel der Bevölkerung die Leistungen der Bausparkassen in Anspruch. Damit ist die Tschechische Republik nach Deutschland und Österreich mit 6 Prozent der Einlagen der gesamten europäischen Bausparkassen der drittgrößte Bausparkmarkt in Europa. Dies zeigt nicht zuletzt den Umstand, dass „die Tschechische Republik [...] bereits eines der Länder mit einem traditionellen und stabilen Bausparsystem [ist]“, so Jeníček.

Neben dem Bausparen in der Tschechischen Republik wurde außerdem die Nullzinspolitik der Europäischen

Zentralbank (EZB) thematisiert. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind die realen europäischen Renditen selbst bei längerfristigen Einlagen negativ. „Vor 2016 hatten Länder des Euroraums praktisch immer positive reale Renditen erzielt. Wenn die heutigen Entwicklungen unverändert bleiben, werden die Sparanreize der Menschen weiter beeinträchtigt“, so König.

Klargestellt wurde allerdings auch, dass Länder wie die Tschechische Republik mit einer eigenen Währung und Geldpolitik nicht direkt von der Politik der EZB beeinträchtigt werden. Auch dort ist das Wachstum der Immobilienpreise höher als das Einkommenswachstum und viele Sparprodukte weisen inflationsbereinigt damit eine negative Rendite auf. Nach Jeníček hat Bausparen in der Tschechischen Republik derzeit aber noch eine reale Rendite von 3,7 Prozent.

Platzende Träume vom Eigenheim

Auch der Amtsantritt der EZB-Präsidentin gab Anlass, die neue EZB-Führung an die langfristigen Risiken ihrer aktuellen Geldpolitik zu erinnern.

Trotz der niedrigen Bauzinsen und der günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für einen Immobilienkauf plädierte die EuBV eindringlich für eine Abkehr von der Nullzinspolitik der EZB. Der Geschäftsführende Direktor der EuBV, Christian König, verwies im Gespräch mit der Börsen-Zeitung am 2. November 2019 darauf, dass in ganz Europa die Entwicklung der Einkommen und der Immobilienpreise immer weiter auseinanderklaffen. Dies sei auch eine Folge der Geldpolitik. „Zumindest in Ballungsräumen wird es für normalverdienende Haushalte in weiten Teilen Europas trotz extrem niedriger Bauzinsen immer schwerer, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen“, betonte König. Dies zeige sich auch in den Zahlen zum Eigenheimbau, der bis auf wenige Ausnahmen vielerorts „auf einem historisch niedrigen Niveau“ angekommen sei.

Die Kaufpreise für Wohnimmobilien sind seit 2015 in Deutschland und Spanien um rund ein Viertel gestiegen, in Frankreich um knapp 10 Prozent. Diese Durchschnittswerte bezeichnete König als „noch nicht besonders be-

sorgniserregend“. Die Wohnungsmärkte seien aber regional sehr differenziert, erläuterte er. Probleme machten sich insbesondere in den Ballungsräumen bemerkbar. Hier gebe es zum Teil eine Verdoppelung der Kaufpreise.

„Die Flucht der Kapitalanleger in Richtung Betongold hat die Immobilienpreise in den meisten europäischen Ländern nach oben getrieben“, so König. Im gleichen Zeitraum seien die Einkommen der privaten Haushalte in der Eurozone dagegen nur leicht gestiegen. Diese Entwicklung sei auch in Nicht-Euro-Staaten zu verzeichnen. Sie könnten sich in der Geldpolitik nicht gänzlich dem Einfluss der EZB entziehen. So seien die Wohnimmobilienpreise etwa in der Tschechischen Republik seit 2015 um 37 Prozent, in Ungarn sogar um rund 40 Prozent gestiegen.

„Wir hoffen auf Christine Lagarde und dass mit dem nun vollzogenen Wechsel an der Spitze der EZB mittelfristig auch eine Abkehr von der Nullzinspolitik eingeläutet wird“, so König.

Die EuBV befürchtet, dass ansonsten die Sparmotivation insgesamt Schaden nimmt – und damit auch die Möglichkeiten zum Aufbau von Eigenkapital. Die Ersparnisse von heute tragen daher auch zur dauerhaften Stabilität der Wohnungsmärkte bei.

König, der auch Hauptgeschäftsführer im deutschen Verband der Privaten Bausparkassen e.V. ist, verwies ausdrücklich darauf, dass es dabei nicht nur um die deutschen Sparer gehe, wie in der Diskussion um die EZB-Geldpolitik oft behauptet wird: „Es leiden alle europäischen Sparer“.

So unterscheide sich das Anlageverhalten kaum voneinander. Und reale negative Renditen gibt es für kurzfristige Anlagen ebenso in Spanien, Italien, Frankreich oder auch in der Tschechischen Republik, unterstrich König. Auch bei Geldanlagen über zwei Jahre würden europäische Sparer heute fast ausnahmslos Geld verlieren. Statistiken der EZB zeigten, dass dies in der Eurozone vor 2016 noch ganz anders ausgesehen habe.

Reform der Verbraucherkreditrichtlinie

Die Konsultation zur Reform der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie 2008/48/EG) nutzte die EuBV, um in ihrer Pressemitteilung vom 15. Januar 2019 auf zwei Schwerpunktthemen aufmerksam zu machen:

1. Konzentration auf Wettbewerbshindernisse
2. Klarstellungen bei den rechtlichen Vorgaben für die Kreditwürdigkeit

Der europäische Binnenmarkt besteht mittlerweile seit über 25 Jahren. Trotzdem werden heute weniger als 7 Prozent der Verbraucherkredite grenzüberschreitend abgeschlossen. Hauptgrund dafür sind Sprachbarrieren. „Regulierungen“, so der Geschäftsführende Direktor der EuBV, Christian König, „ändern daran nichts“. Dies müsse die Europäische Kommission im Auge behalten. Die Zahl der grenzüberschreitenden Verträge könnte aber höher sein. Dazu müsse die EU von ihr selbst geschaffene Barrieren abbauen.

König: „Nach der Rom I-Verordnung hat der Verbraucher selbst nach unzähligen Verbraucherschützenden Richtlinien und Verordnungen nicht die Rechtswahlfreiheit, einen Kreditvertrag mit möglicherweise günstigeren Konditionen eines Kreditgebers im EU-Ausland abzuschließen“. Kreditinstituten sei es nach wie vor untersagt, Verträge nach ihrem Heimatrecht Bürgern in einem anderen EU-Land anzubieten. Dies begrenze die wünschenswerte Vielfalt. Im Warenverkehr gebe es diese Barrieren schon lange nicht mehr.

Bei der Kreditvergabe könnte der europäische Gesetzgeber Rechtsklarheit bei den Regeln zur Kreditwürdigkeit schaffen. „Einheitliche Grenzwerte für Einkommen und Höhe der Schuld machen bei den Einkommensunterschieden in der EU keinen Sinn“, erklärte der Verbandsvertreter. Wichtig sei es in jedem Fall, bei der Berechnung der Tragfähigkeit der Kreditverbindlichkeiten das Haushaltseinkommen heranzuziehen – nicht das individuelle Einkommen des Kreditnehmers. Die Vorgaben zu Fremdwährungskrediten, die zwischen Einkommens- und Wohnsitzwährung differenzierten, verfehlten ihren Schutzzweck und führten aktuell zur Ausgrenzung von Grenzpendlern.



Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Dynamik der Bautätigkeit in Europa hat sich 2019 abgeschwächt. Die Investitionen in den 19 europäischen Ländern, die vom Forschungsverbund Euroconstruct analysiert werden, legten im Durchschnitt um 2,3 Prozent zu. 2018 hatte die Wachstumsrate noch bei 3,2 und davor bei 3,9 Prozent gelegen. Während sich das Expansionstempo in den vier betrachteten osteuropäischen Ländern von 12,8 auf immer noch beachtliche 7,3 Prozent reduzierte, wurde die Investitionstätigkeit in Westeuropa auf ein Wachstum von 2,0 Prozent gedrosselt. Die Bautätigkeit kommt in allen Ländern in ruhigeres Fahrwasser – für 2020 rechnen die Euroconstruct-Experten mit einer nochmaligen Verlangsamung des Tempos. Nur in drei Staaten erhöhten sich 2019 die Investitionen gegenüber dem Vorjahr, und zwar in Italien (von 1,9 Prozent auf 2,6 Prozent), in Norwegen (von 1,0 Prozent auf 4,6 Prozent) und im Vereinigten Königreich (von 0,3 Prozent auf 0,7 Prozent). Spitzenreiter beim Wachstum war 2019 erneut Ungarn (+13,3 Prozent), gefolgt von Irland (+10,5 Prozent) und Polen (+8,0 Prozent).

Mehr Zurückhaltung bei Wohnbauinvestitionen, Stillstand zeichnet sich ab

Die Ausgaben im Wohnungsbau stiegen 2019 mit 1,3 Prozent so schwach wie seit dem Jahr 2013 nicht mehr. Damals waren die Investitionen in Neu-, Um- und Ausbau um 1,4 Prozent gesunken. Die Euroconstruct-Ökonomen rechnen mit einer weiteren Verlangsamung im Jahr 2020 und schließlich mit einer Stagnation im Jahr 2021. Für das laufende Jahr gehen die Experten in sechs Ländern von einem Rückgang der Wohnungsbauminvestitionen

aus, für 2021 in zehn Ländern und damit in mehr als der Hälfte der untersuchten Staaten. Nach wie vor fließen die meisten Mittel im Bereich Wohnungsbau in den Bestand (55 Prozent), für den Neubau werden rund 45 Prozent der Ausgaben getätigt.

In Osteuropa halbierte sich die Rate nahezu von (abwärts korrigierten) 11,3 Prozent auf 6,3 Prozent. In Ungarn verlangsamte sich hier das Wachstum am stärksten, nämlich von 17,0 Prozent auf 9,1 Prozent. Nur in der Slowakei nahm das Tempo zu (von 9,4 Prozent auf 11,7 Prozent). In Westeuropa haben die Ausgaben, wie schon im Vorjahr, am stärksten in Irland (+7,9 Prozent), Portugal (+7,1 Prozent) und Spanien (+6,4 Prozent) zugelegt. Dagegen verzeichnen die Wohnungsmärkte in Schweden (-7,6 Prozent), Finnland (-3,1 Prozent), der Schweiz (-2,1 Prozent) und Frankreich (-1,2 Prozent) teils beachtliche Einbußen. Dazwischen liegen 13 Länder mit recht ähnlichen Wachstumsraten in einem Band zwischen 1,0 Prozent (Vereinigtes Königreich) und 3,5 Prozent (Österreich). Die Ausgaben für Bestandsmaßnahmen sind in Italien mit einem Anteil von 82 Prozent an den Gesamtausgaben prozentual am höchsten, am niedrigsten sind sie mit einem Anteil von 27 Prozent in der Schweiz.

Zwischen Boom und Rezession – Europäische Vielfalt auch beim Wohnungsneubau

Derweil arbeitet die Bauindustrie die guten Genehmigungszahlen der Vorjahre ab: 2019 wurden 6,2 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als 2018. Insgesamt ent-

standen so 1,81 Mio. Wohnungen neu (+106.000 Einheiten). Während sich die Dynamik in Westeuropa etwas verlangsamte (+5,3 Prozent nach +5,8 Prozent im Jahr 2018), legte sie in Osteuropa nochmals kräftig zu (+11,3 Prozent nach 7,4 Prozent im Jahr 2018).

Nimmt man jedes einzelne der 19 Euroconstruct-Länder genauer unter die Lupe, dann zeigt sich: Die Entwicklung war nicht nur zwischen den Ländern heterogen, sondern im Längsschnitt auch ausgesprochen volatil. Am kräftigsten stieg die Zahl der Fertigstellungen in Ungarn

(+41,4 Prozent oder 25.000 Einheiten), wo schon 2018 ein Wachstum von 22,9 Prozent verzeichnet worden war. In Irland wurden 21.100 Einheiten fertiggestellt, was einem Plus von 17,0 Prozent entspricht. 2018 führte Portugal mit einem Wachstum von 37,7 Prozent die Tabelle an, 2019 lag die Rate „nur“ noch bei 11,2 Prozent und damit hinter Frankreich. In Frankreich wiederum wurden 11,5 Prozent oder 45.700 mehr Wohnungen neu gebaut. Frankreich steht damit bei den absoluten Fertigstellungszahlen weiter an der Spitze – insgesamt wurden dort 2019 441.700 Wohneinheiten erstellt. Dahinter folgen Deutschland

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

LAND	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgien	3,7	3,5	1,6	1,9	1,6
Dänemark	5,8	7,4	10,3	2,1	1,9
Deutschland	1,2	3,9	2,3	1,9	1,1
Finnland	1,3	7,1	3,2	4,4	-3,1
Frankreich	-1,0	4,2	6,2	2,0	-1,2
Großbritannien	3,3	6,5	6,6	2,1	1,0
Irland	8,7	12,0	18,5	22,8	7,9
Italien	-1,6	1,9	1,2	1,3	1,9
Niederlande	14,0	15,0	8,3	7,8	2,1
Norwegen	0,1	6,9	9,0	-5,9	2,1
Österreich	0,9	2,3	5,1	2,1	3,5
Portugal	7,8	5,3	15,2	5,0	7,1
Schweden	17,7	12,1	10,2	-4,0	-7,6
Schweiz	1,8	1,9	1,2	0,7	-2,1
Spanien	3,6	9,6	12,0	9,1	6,4
WESTEUROPA INSG.	2,0	5,2	5,0	2,5	1,1
Polen	4,7	5,2	9,8	13,5	6,6
Slowakei	-2,1	9,6	3,5	9,4	11,7
Tschechien	14,5	9,6	6,0	5,6	3,6
Ungarn	1,0	17,6	31,6	17,0	9,1
OSTEUROPA INSG.	5,7	8,0	10,5	11,3	6,3

1) Schätzung

(300.000 Wohnungen, 4,9 Prozent mehr als im Vorjahr) und Polen (203.000 Wohnungen, 9,7 Prozent mehr als im Vorjahr). In Schweden brach die Zahl der Fertigstellungen um 11,8 Prozent ein und liegt jetzt bei 61.600 Einheiten. Für 2020 rechnen die Experten dort mit einem noch schärferen Rückgang um 13,1 Prozent. Der Nachbarstaat Finnland zeichnet ein ähnliches Bild: Nach kräftigem

Wachstum 2018 (+19,6 Prozent) folgte 2019 ein deutliches Minus bei den Fertigstellungen (-6,3 Prozent). Der Ausblick dort bleibt getrübt: 2020 werden der Expertenmeinung zufolge nur noch 35.000 Wohnungen (-12,5 Prozent) gebaut, auch in den Folgejahren geht es demnach steil bergab.

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(absolute Zahlen in Mio. Euro)

LAND	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgien	19.861	20.912	21.251	21.646	21.995
Dänemark	13.929	14.563	16.057	16.389	16.707
Deutschland	173.685	189.150	193.419	197.090	199.312
Finnland	12.820	14.656	15.122	15.785	15.295
Frankreich	97.254	101.161	107.383	109.500	108.156
Großbritannien	79.179	85.580	91.208	93.157	94.067
Irland	5.477	6.090	7.217	8.860	9.555
Italien	79.606	81.810	82.791	83.851	85.416
Niederlande	25.385	29.376	31.827	34.305	35.010
Norwegen	16.538	17.616	19.195	18.070	18.445
Österreich	16.306	17.278	18.167	18.540	19.181
Portugal	6.690	7.043	8.115	8.522	9.124
Schweden	16.059	17.811	19.619	18.841	17.412
Schweiz	28.561	28.106	28.451	28.660	28.059
Spanien	40.187	45.310	50.727	55.360	58.931
WESTEUROPA INSG.	631.536	676.461	710.550	728.576	736.664
Polen	11.459	12.103	13.292	15.086	16.082
Slowakei	1.081	1.226	1.270	1.390	1.552
Tschechien	3.764	7.504	7.956	8.400	8.700
Ungarn	1.893	2.363	3.111	3.640	3.972
OSTEUROPA INSG.	18.197	23.196	25.628	28.515	30.305

1) Schätzung

Preisanstieg auf breiter Front

Auch im Jahr 2019 kannten die Preise für Wohnimmobilien (mit Ausnahme Italiens) nur eine Richtung: aufwärts. Der Eurostat-Hauspreisindex stieg in den ersten drei Quartalen 2019 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 4,1 Prozent. Seit 2014 steigen die Preise im EU-Durch-

schnitt. Alleine zwischen 2016 und 2018 lag die Rate bei jährlich 4,7 Prozent.

Trotz der beachtlichen Fertigstellungszahlen kommt das Angebot in Ungarn nicht hinter der Nachfrage her. Die Konsequenz sind Preissteigerungsraten von jährlich über 10 Prozent. In den ersten drei Quartalen 2019 ging es um

Wohnungsbau in Europa nach Ländern

(Zahl der Fertigstellungen¹ in 1.000 Wohnungen)

LAND	2015	2016	2017	2018	2019 ²
Belgien	49,9	45,0	47,8	45,9	49,8
Dänemark	15,0	22,0	31,0	33,0	34,0
Deutschland	247,7	277,7	284,8	285,9	300,0
Finnland	28,0	30,2	35,7	42,7	40,0
Frankreich	359,1	345,5	367,4	396,0	441,7
Großbritannien	166,3	165,6	186,6	190,0	191,0
Irland	7,2	9,9	14,4	18,0	21,1
Italien	86,2	81,6	80,6	83,1	88,0
Niederlande	48,4	54,9	63,0	66,6	69,0
Norwegen	28,1	29,4	31,6	32,8	34,0
Österreich	46,1	48,5	52,9	58,5	57,6
Portugal	6,1	8,0	9,0	12,3	13,7
Schweden	41,1	53,6	64,1	69,8	61,6
Schweiz	53,1	52,0	50,2	54,0	53,0
Spanien	45,2	40,1	54,6	64,4	75,0
WESTEUROPA INSG.	1.227,6	1.263,9	1.373,6	1.453,1	1.529,5
Polen	147,8	163,3	178,3	185,1	203,0
Slowakei	15,5	15,7	16,9	19,1	20,2
Tschechien	25,1	27,3	28,6	33,9	36,4
Ungarn	7,6	10,0	14,4	17,7	25,0
OSTEUROPA INSG.	196,0	216,3	238,2	255,7	284,6
EUROPA INSG.	1.423,6	1.480,3	1.611,8	1.708,8	1.814,1

1) Errichtung neuer Wohngebäude

2) Schätzung

12,9 Prozent nach oben. Dagegen dämpft die Bautätigkeit in Frankreich den Preisauftrieb weiterhin. Hier legten die Hauspreise zwischen Januar und September 2019 um durchschnittlich 3,1 Prozent zu. Auch in Irland flachte sich der Preisanstieg ab: Im Beobachtungszeitraum notierten die Preise um 2,9 Prozent höher als in den Vorjahresmonaten. Stärker als die allgemeine Teuerung wuchsen die Preise

abermals in Deutschland (1.-3. Quartal 2019: +5,1 Prozent), es zeichnet sich aber auch hier eine leichte Abschwächung der Dynamik ab. Auch in Österreich werden Häuser immer teurer, doch auch hier geht die Rallye etwas langsamer weiter (1.-3. Quartal 2019: +5,7 Prozent; 2018: +6,6 Prozent).

Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich

(in % des verfügbaren Einkommens)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2005 bis 2014	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgien	8,4	5,5	5,4	5,2	4,8	5,1
Dänemark	-1,1	3,9	4,5	6,2	6,6	3,9
Deutschland	9,9	10,1	10,2	10,4	11,0	11,0
Finnland	0,9	-0,5	-1,3	-1,1	-1,2	-0,4
Frankreich ²	14,8	13,7	13,6	13,5	13,8	14,7
Griechenland	-	-	-	-	-	-
Großbritannien ²	8,7	9,9	7,2	5,3	6,1	6,4
Irland	4,1	3,9	3,2	6,0	5,8	5,8
Italien	5,7	2,9	3,0	2,5	2,5	4,3
Niederlande	6,4	9,5	10,3	8,8	8,4	7,8
Norwegen	5,2	10,3	7,3	6,7	6,5	6,7
Österreich	9,9	6,7	7,7	7,3	7,7	7,7
Portugal ²	8,4	6,9	7,0	6,6	6,5	7,0
Schweden	10,9	12,1	13,9	13,3	15,4	17,1
Schweiz	16,5	18,2	17,8	17,3	17,3	17,6
Spanien	2,9	3,0	2,8	1,2	1,5	2,3
Polen	1,1	-0,4	1,5	0,4	0,3	1,4
Slowakei	1,3	3,1	2,9	2,5	2,6	4,0
Tschechien	6,8	6,8	6,5	4,4	6,0	6,7
Ungarn	6,0	7,3	7,0	6,6	6,9	6,6
Japan	2,1	1,2	2,9	2,5	4,3	4,5
Kanada	3,6	4,3	1,6	1,5	1,4	1,6
USA	5,6	7,6	6,8	7,0	7,7	8,1

1) Schätzung

2) Bruttoersparnis

Mehrheit der europäischen Länder 2019 mit erhöhter Sparquote

Trotz eines Niveaus von unter oder nahe Null Prozent, die Sparer für Einlagen in sichere Sparformen erhalten, hat die Sparquote in den meisten Staaten Europas zugenom-

men. Allerdings ist die Verzinsung nur ein Faktor bei der Entscheidung der Sparerhaushalte; Sicherheit ein weiterer. Die fortgesetzte konjunkturelle Erholung, die auch im Jahr 2019 für höhere Einkommen und eine verbesserte Spar- und Konsumfähigkeit gesorgt hat, dürfte auch eine bedeutende Rolle gespielt haben. Beachtlich ist, dass es bei den Ländern der Europäischen Union, gleich ob Euro-

Kurzfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2005 bis 2014	2015	2016	2017	2018	2019 ²
Belgien	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Dänemark	2,1	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4
Deutschland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Finnland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Frankreich	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Griechenland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Großbritannien	2,6	0,6	0,5	0,4	0,7	0,8
Irland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Italien	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Niederlande	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Norwegen	3,0	1,3	1,1	0,9	1,1	1,6
Österreich	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Portugal	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Schweden	2,0	-0,2	-0,5	-0,5	-0,4	0,0
Schweiz	0,8	-0,8	-0,7	-0,7	-0,7	-0,8
Spanien	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
EURO-GEBIET	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Polen	4,4	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Slowakei	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Tschechien	1,8	0,3	0,3	0,4	1,3	2,1
Ungarn	4,2	1,2	0,7	0,0	0,0	0,0
Japan	0,3	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Kanada	2,1	0,8	0,8	1,1	1,8	1,8
USA	2,0	0,5	0,9	1,3	2,4	2,3

1) In den meisten Ländern Zinssätze für Dreimonatsgeld
2) Schätzung

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

staat oder nicht, eine gewisse Konvergenz der Sparquoten gegeben hat. So liegt die Mehrzahl der Länder inzwischen in einem Band zwischen rund 3 Prozent und knapp 7 Prozent.

Aus der Reihe fällt Schweden (17,1 Prozent), das die Tabellenführung von Luxemburg (14,5 Prozent) übernommen hat. Der mutmaßliche „Sparweltmeister“ Deutschland

liegt mit einer Quote von 11,0 Prozent schon deutlich dahinter. In zwei Staaten wurden abermals negative Sparquoten registriert, hier geben die Haushalte in Summe mehr Geld aus als ihnen an Einkommen zur Verfügung steht: In Finnland lag der Wert bei -0,4 Prozent und in Lettland bei -0,2 Prozent. In beiden Ländern ist das Defizit allerdings geschrumpft und im Falle Lettlands war der langjährige Prozess des Entsparens (2013 wurde eine Spar-

Langfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2005 bis 2014	2015	2016	2017	2018	2019 ²
Belgien	3,5	0,8	0,5	0,7	0,8	0,2
Dänemark	3,0	0,7	0,3	0,5	0,5	-0,2
Deutschland	2,8	0,5	0,1	0,3	0,4	-0,3
Finnland	3,1	0,7	0,4	0,5	0,7	0,0
Frankreich	3,2	0,8	0,5	0,8	0,8	0,1
Griechenland	8,6	9,6	8,4	6,0	4,2	2,4
Großbritannien	3,6	1,9	1,3	1,2	1,5	0,9
Irland	4,9	1,1	0,7	0,8	0,9	0,3
Italien	4,3	1,7	1,5	2,1	2,6	2,0
Niederlande	3,1	0,7	0,3	0,5	0,6	0,1
Norwegen	3,5	1,6	1,3	1,6	1,9	1,5
Österreich	3,2	0,7	0,4	0,6	0,7	0,1
Portugal	5,7	2,4	3,2	3,1	1,8	0,8
Schweden	2,9	0,7	0,5	0,7	0,7	0,0
Schweiz	1,8	-0,1	-0,4	-0,1	0,0	-0,5
Spanien	4,3	1,7	1,4	1,6	1,4	0,6
EURO-GEBIET	3,6	1,1	0,8	1,0	1,2	0,5
Polen	5,2	2,7	3,0	3,4	3,2	2,3
Slowakei	4,0	0,9	0,5	0,9	0,9	0,2
Tschechien	3,5	0,6	0,4	1,0	2,0	1,5
Ungarn	7,1	3,4	3,1	3,0	3,1	2,6
Japan	1,2	0,4	-0,1	0,1	0,1	-0,1
Kanada	3,2	1,5	1,3	1,8	2,3	1,6
USA	3,3	2,1	1,8	2,3	2,9	2,1

1) In den meisten Ländern Zinssätze für 5- bis 10jährige Staatsanleihen

2) Schätzung

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

quote von -16,5 Prozent verzeichnet) einer Krise geschuldet. Stabil war die Entwicklung in den Ländern, die, anders als die vorgenannten Länder, ihre Sparquote nach der Bruttomethode¹ ermitteln, darunter Frankreich (14,6 Prozent) und das Vereinigte Königreich (6,6 Prozent).

Kein Ende der Nullzinsperiode absehbar

Im Jahresdurchschnitt 2019 notierte der Geldmarktzinssatz für Einlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten in der Eurozone bei -0,36 Prozent. Er unterbot damit nochmals das niedrige Vorjahresniveau. Derweil gibt es keine Aussicht auf ein zumindest absehbares Ende der Null- beziehungsweise Negativzinspolitik, deren Folgen sich immer tiefer in die Bilanzen der Geldhäuser hineinfressen. Die geldpolitischen Entscheidungen der Nachbarstaaten bzw. Nicht-Euroländer standen im Einfluss dieser Politik: In der Schweiz sank das Zinsniveau weiter auf jahresdurchschnittlich -0,76 Prozent. Einzig in der Tschechischen Republik wuchs das Zinsniveau etwas an, und zwar von 1,3 Prozent auf 2,1 Prozent.

Im Zusammenhang mit Personalentscheidungen an der Spitze der EU-Institutionen wurde auch die Nachfolge von EZB-Präsident Mario Draghi geklärt. Mit Christine Lagarde bekleidet diese Position nun eine erfolgreiche Juristin, die eine politische Karriere hinter sich hat und zuletzt den Internationalen Währungsfonds geleitet hat. Die EZB bildete in den ersten Jahren seit ihrer Gründung einen wichtigen Stabilitätsanker für Europa. Für die EZB-Präsidentin dürfte es die wichtigste Aufgabe sein, der EZB diese Rolle

wieder zu verschaffen. Unterdessen gewinnen extreme politische Positionen in den Mitgliedstaaten der EU an Popularität. Sichtbarstes Zeichen dieser Polarisierung ist der inzwischen vollzogene Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Auch vom Vertrauen in eine stabilitäts- und prinzipienorientierte Politik jenseits des Atlantiks ist viel verloren gegangen. Derweil ist mit China in Fernost längst ein wirtschaftlicher und politischer Riese gewachsen, von dem der Westen noch nicht so recht weiß, wie er mit ihm umgehen soll.

Überraschend deutlich sind inzwischen auch die langfristigen Zinsen gesunken. In Deutschland waren Staatsanleihen mit einer negativen Rendite von -0,29 Prozent verbunden. In der Schweiz wird der Konsumverzicht und die langfristige Geldanlage mit einem Zinssatz von -0,54 Prozent „belohnt“. Gleich mehrere Faktoren, die in dieselbe Richtung wirken, drücken auf das Zinsniveau: Erstens zielen die Anleihekäufe der EZB bewusst auf das lange Ende der Zinskurve ab, die Hereinnahme von Staatspapieren in die Bilanzen hat Wirkung gezeigt. Zweitens hat der Aufschwung (bisher) Tritt gefasst und in vielen Krisenstaaten zu einem positiven Ausblick geführt. Drittens wird einer gleichsam „säkularen Sparschwemme“ eine Verschiebung des Zinsniveaus zugeschrieben, wobei diese Hypothese noch nicht hinreichend untersucht worden ist.

Positive Zinsen gab es im Nicht-EU-Mitgliedstaat Island (4,1 Prozent) sowie in Ungarn (2,6 Prozent) und Polen (2,3 Prozent). Innerhalb der Eurozone war das Zinsniveau im Jahresdurchschnitt am höchsten in Griechenland (2,4 Prozent) und in Italien (2,0 Prozent).

1) Abschreibungen auf Aktiva von Unternehmen ohne eigener Rechtspersönlichkeit und auf selbstgenutztes Wohneigentum werden nicht abgezogen.



Sustainable finance

Gekommen um zu bleiben!

Was bisher geschah

Green finance ist spätestens seit der Veröffentlichung des ersten Aktionsplans der Europäischen Kommission im März 2018 das Topthema der Europäischen Union. Die Ankündigung der EU-Kommission, noch in der bis 2024 laufenden Legislaturperiode eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg zu bringen, zeigt, dass green finance weiterhin eine Priorität innerhalb der Europäischen Gesetzgebung bleiben wird.

Hauptziel ist dabei, dass sich die Lenkungswirkung der Finanzwirtschaft entfalten soll. Diese Lenkungswirkung soll vor allem durch die Verordnungen zur Offenlegungspflicht und zur Taxonomie, die im Mai 2018 veröffentlicht wurden, gefördert werden.

Die Verordnung zur Offenlegungspflicht wurde final im März 2019 verabschiedet. Mit ihrem Inkrafttreten sind institutionelle Anbieter und Anbieter folgender Produkte verpflichtet, Kunden über den Nachhaltigkeitsgrad der geplanten Investitionen zu informieren: (i) Investmentfonds; (ii) Versicherungsanlageprodukte (Lebensversicherungsprodukte mit Anlagekomponenten, Einzelhandelslebensversicherungen sowie Gruppenlebensversicherungen); (iii) private und betriebliche Altersversorgung, (iv) individuelles Portfoliomanagement; und (v) Versicherungs- als auch Anlageberatung. Zusätzlich legt die neue Verordnung fest, wie Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater Risiken und Chancen im Zusammenhang mit Umwelt, Sozialem oder Governance (ESG) in ihre Prozesse einbeziehen müssen, um im besten Interesse der Kunden zu handeln.

Durch mehr Transparenz verspricht man sich via öffentlichen Druck ein Mehr an nachhaltigen Investitionen. Hinzu kommt die EU-Verordnung für eine grüne „Taxonomie“, die den Rahmen dafür bildet, weil sie verbindliche Kriterien festlegt, die wirtschaftliche Tätigkeiten erfüllen müssen, um als „ökologisch nachhaltig“ zu gelten. Unter anderem müssen Tätigkeiten folgende Bedingungen erfüllen: (i) sie müssen wesentlich zu einem der sechs definierten Umweltziele beitragen, (ii) sie dürfen keines dieser Umweltziele wesentlich beeinträchtigen, (iii) sie müssen die technischen Evaluierungskriterien erfüllen, die für jedes Umweltziel festlegen, was „wesentlicher“ Beitrag und „erhebliche“ Beeinträchtigung bedeutet und (iv) sie müssen mit dem Mindestschutz für Arbeitnehmer vereinbar sein. Die sechs Umweltziele sind: (i) Klimaschutz, (ii) Anpassung an den Klimawandel, (iii) Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen (iv) Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling (v) Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung und (vi) Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme.

Zur sogenannten Taxonomie wurden von einer technischen Expertengruppe der Europäischen Kommission technische Standards entwickelt. In dem Bericht finden sich zum Beispiel Details hinsichtlich der Wärmedämmung von Dächern, Fassaden oder Fenstern und Türen in Hinblick auf Nachhaltigkeit. Bisher gelten Renovierungsmaßnahmen, die eine Verbesserung von ca. 30 Prozent des vorherigen Standards erzielen, als nachhaltig. Zusätzlich gibt der Bericht aus März 2020 an, dass „größere Renovierungsmaßnahmen“ im Sinne der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden als nachhaltige Aktivität gelten.

Die Renovierungen von bestehenden Gebäuden spielen auch im neuen Green Deal der Europäischen Kommission, welcher am 11. Dezember 2019 vorgestellt wurde, eine wichtige Rolle. In diesem wird auch auf eine Initiative für eine Renovierungswelle hingewiesen, welche im dritten Quartal 2020 veröffentlicht werden soll. Die Europäische Kommission wird voraussichtlich vorher dazu konsultieren und sich bemühen, Experten aus verschiedenen Sektoren zusammen zu bringen, um praxisnahe Vorschläge zu erarbeiten. Der Fokus auf Renovierungen rührt daher, dass der Gebäudesektor innerhalb der Europäischen Union zu den sogenannten „Verschmutzer-Sektoren“ gehört. So sollen öffentliche und private Gebäude ressourcenschonend und energieeffizient umgebaut werden, um energieeffizienter zu werden.

Aktuelle Initiativen und Ideen

Neben den bereits abgeschlossenen bzw. neu vorgestellten Initiativen arbeitet die Europäische Kommission auch an weiteren Schwerpunkten im Bereich sustainable finance. Zu diesen gehören ein einheitliches Label: das EU-Ecolabel, die Überarbeitung der nicht-finanziellen Berichterstattung von Unternehmen des öffentlichen Interesses und mit über 500 Mitarbeitern sowie die Überlegungen zur Einführung eines green supporting factors.

EU-Ecolabel

Ende Dezember 2019 hat die gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Center-JRC) der EU-Kommission einen weiteren Bericht zur Entwicklung eines Europäischen Umweltzeichens für Finanzdienstleistungsprodukte, dem sogenannten Ecolabel, vorgelegt. Das Ecolabel soll die Mindestumweltleistung von Finanzprodukten definieren und auf den Anforderungen der EU-Umweltzeichen-Verordnung 66/2010 basieren, mit dem Ziel, die umweltfreundlichsten Finanzprodukte auszuzeichnen. Ökobilanzen und produktbezogene Studien zur Bewertung der Umweltleistung sollen als Quellen für Umweltinformationen herangezogen werden. In der Verordnung aus 2010 wird in Artikel 2 der Geltungsbereich definiert: „Diese Verordnung gilt für alle Erzeugnisse und Dienstleistungen, die auf dem Markt der Gemeinschaft gegen Entgelt oder kostenlos zur Verteilung, zum Verbrauch oder zur Verwendung angeboten werden (nachstehend „Produkte“ genannt).“ Das Label wird aktuell zur Kennzeichnung von z.B. Waschmitteln oder auch Fernsehern verwendet.

In der aktuellen Version des Berichts bezüglich Finanzdienstleistungsprodukten wird unter anderem vorgeschlagen, Sparkonten sowie Einlagen mit diesem europäischen Ecolabel zu versehen. Das soll möglich sein, wenn die Einlagen dazu dienen, „grüne“ Darlehen zu finanzieren. Dies soll weiter zur Vermeidung von „green washing“ führen. Die bisherige Verordnung gilt für jegliche Produkte, so dass spezifische Kriterien für Finanzprodukte erst erarbeitet werden müssen. Die Arbeit der gemeinsamen Forschungsstelle soll als Vorlage dienen, wenn die für den Finanzmarkt zuständige Generaldirektion innerhalb der Kommission die Federführung dieses Themas übernehmen wird. Ein Legislativvorschlag für ein europäisches Ecolabel für Finanzdienstleistungsprodukte wird in 2021 erwartet.

Nichtfinanzielle Berichterstattung

Von der Europäischen Kommission wurde fehlende Transparenz als eines der großen Probleme identifiziert, Finanzströme in nachhaltige Investitionen umzulenken. Um die Informationsasymmetrien nicht nur zwischen Anleger und Anlageberater, sondern auch zwischen Industrie und Anlageberater/Investmentfirma zu verringern, sollen Unternehmen in ihren Jahresberichten offenlegen, wie nachhaltig ihre Aktivitäten sind. Die offenzulegenden Informationen beziehen sich vornehmlich auf vier Felder: Umwelt, Soziales und Arbeitnehmerangelegenheiten, Menschenrechte sowie Bestechung und Korruption.

Dies ist auch in der Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung (NFRD) festgelegt. Die Reform dieser Richtlinie wird in der ersten Jahreshälfte 2020 von der Europäischen Kommission konsultiert. Ziel der Konsultation ist es, weiterhin bestehende Informationsasymmetrien aufzuheben. Mit Hinblick auf die anstehenden Umsetzungen der Verordnung zur Taxonomie und der Verordnung zur Offenlegungspflicht (2019/2088/EU) steigt auch die Bedeutung von nichtfinanziellen Informationen. Besonders die Taxonomie-Verordnung wird außerdem Unternehmen, die der Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung unterliegen, verpflichten, bestimmte nachhaltige Aktivitäten offenzulegen. Weiterhin zielt die Konsultation darauf ab, Überlappung von Berichtspflichten zu unterschiedlichen Themen zu vermeiden. Grundsätzlich sieht man jedoch eine Notwendigkeit, dass (mehr) Unternehmen (mehr) Informationen offenlegen, um grüne Anlagen/Produkte zusammenstellen zu können.

Green supporting factor

Zusätzlich bleibt auch der „green supporting factor“, der geringere Kapitalanforderungen für „grüne“ Investitionen vorsieht, weiterhin ein relevantes Thema. Der zuständige geschäftsführende Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis (Kommissar für Wirtschaft und Kapitaldienstleistungen), steht dem green supporting factor aufgeschlossen gegenüber. Allerdings gibt es, dem Vernehmen nach, sowohl innerhalb der zuständigen Generaldirektion als auch unter Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegenläufige Überlegungen. Einige Stimmen tendieren in die Richtung eines brown penalising factors, während andere die Meinung vertreten, dass Eigenkapitalunterlegungen grundsätzlich risikobasiert sein müssen. Die Frage, ob der Erwerb grüner Immobilien aufgrund der Energieeinsparungen dazu führt, dass jene Kredite weniger ausfallgefährdet sind, ist bislang noch nicht beantwortet. Neben einer von der Europäischen Kommission geförderten Initiative des Europäischen Hypothekenverbands liegen eine Initiative der Ungarische Nationalbank und eine Studie der britischen Nationalbank zu diesem Thema vor.

Die ungarische Nationalbank (MNB) hat die Vergabe von Renovierungskrediten bezüglich erleichterter Eigenkapitalanforderungen untersucht. Laut MNB sind grüne Kredite weniger ausfallgefährdet. Dies soll in Verbindung mit geringeren Eigenkapitalhinterlegungen zu weniger Risiken im Bereich grüner Kredite führen. Die MNB geht weiterhin davon aus, dass Kreditinstitute durch bessere Kreditkonditionen die Nachfrage nach (Renovierungs-)Krediten steigern können. Zusätzlich geht die MNB darauf ein, dass das Bewusstsein der Bürger gegenüber dem Klimawandel gestärkt werden muss. Dazu passend wird festgehalten, dass grüne Kredite leicht zu erkennen sein müssen, aber auch potenzielle Risiken transparent dargestellt werden müssen.

Auch die Bank of England untersuchte die Zusammenhänge zwischen der Energieeffizienz von Häusern und der Performance von Hypotheken. Es wurde untersucht, ob die Energieeffizienz von Gebäuden einen Einfluss auf den Verzug von Darlehenstilgungen hat. Hierbei stellte sich heraus, dass die Tilgung von Hypothekarkrediten für hoch energieeffiziente Immobilien zu 7 Prozent weniger wahrscheinlich in Verzug geraten, als für mittel energieeffiziente Immobilien und zu 18 Prozent weniger als für weniger energieeffiziente Immobilien. Des Weiteren wurden mögliche Ursachen für dieses Ergebnis untersucht, wie der finanzielle Hintergrund der Schuldner. Insgesamt kommt

die Bank of England in ihrer Veröffentlichung zu dem Schluss, dass das Risiko für einen Zahlungsverzug bei hoch energieeffizienten Immobilien geringer sei als bei mittel oder weniger effizienten Gebäuden. Die Energieeffizienz der Immobilien müsste also bereits in der Risikoanalyse Berücksichtigung finden.

Die neue österreichische Regierung beschäftigt sich ebenfalls mit dem „green supporting factor“ und hat ihn in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Dort heißt es auf Seite 72: *„Die Bundesregierung wird sich daher auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Banken für Kredite, die effektiv dazu beitragen, den Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen, weniger Eigenkapital hinterlegen müssen. Ein solcher „Green Supporting Factor“ würde die Vergabe von „grünen Krediten“ erleichtern und somit einen wertvollen Beitrag zur Erreichung unserer europäischen Klimaziele leisten“.* Zudem möchte sich die österreichische Bundesregierung auch gegen sogenanntes „green washing“ einsetzen.

Es ist jedoch aktuell noch unklar, welche Vorschläge hierzu auf europäischer Ebene erarbeitet werden. Allgemein liegen die Meinungen innerhalb der Politik, nicht nur gegenüber des green supporting factors, sondern auch allgemein, relativ weit auseinander.

Chancen und Risiken beim Thema green finance für Bausparkassen

Die Bausparkassen als klassische Finanzierer von Energieeffizienzmaßnahmen verfolgen die Entwicklungen in Brüssel sehr genau. Financing Green im neuen Stil und Umfang bietet der Branche neue Chancen, weil die Bereitschaft von Bausparern, hier entsprechend zu investieren, traditionell hoch ist. Eines darf allerdings nicht passieren: eine Vermischung politischer und aufsichtsrechtlicher Sicherheitsbewertungen mit falscher Prioritätensetzung, die die Stabilität der Wohnungsbaufinanzierung oder des Bankensystems gefährdet. Es geht um eine vernünftige Balance. Die muss in Brüssel verteidigt werden.

Interview mit MdEP Sven Giegold



Sven Giegold ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und des ECON Ausschusses. Seit 2014 ist er zusätzlich Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament.

Mittlerweile sind die drei ersten Legislativvorschläge im Bereich „sustainable finance“ abgeschlossen – welchen Beitrag der Finanzwirtschaft erhoffen Sie sich durch diese?

Meine größte Hoffnung ist es, dass die ökologischen Risiken in den Bilanzen vieler Finanzakteure abgebaut werden. Denn immer noch gibt es viele, die so tun, als gäbe es den Klimawandel nicht und daher ihre Klimarisiken nicht richtig bewerten. Der wichtigste Beitrag von sustainable finance ist, Transparenz über Klima-, Umwelt- und Sozialrisiken in den Bilanzen von Finanzakteuren herzustellen und damit zu ihrem Abbau beizutragen.

Die zweite große Wirkung ist, dass alle Großunternehmen in der Folge ökologische Ratings erstellen müssen. Diese ökologischen Ratings werden dafür sorgen, dass auch in anderen Sektoren als dem Finanzsektor, aus denen die eigentlichen Probleme herrühren, Transparenz hergestellt wird. Dadurch werden diejenigen Unternehmen gestärkt werden, die auf eine nachhaltige Orientierung des Geschäftsmodells hinwirken.

In der Taxonomie wird bislang ein Schwerpunkt auf das „E“ aus den „ESG“-Kriterien gelegt. Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung bezüglich „S“ und „G“?

Es ist ein großer Erfolg, dass zumindest die grundlegenden, menschenrechtlichen Standards von Vereinten Nationen und Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) unmittelbar in die Taxonomie aufgenommen wurden. Was aus dem diesbezüglich in der Taxonomie enthaltenen Arbeitsauftrag zu einer umfassenden sozialen Taxonomie wird,

ist derzeit noch unklar. Generell sind alle Unternehmen klug beraten, ihr Handeln für die Bereiche Governance und Soziales genau zu hinterfragen, denn auch aus diesen Bereichen können Risiken entstehen, die sie nachher teuer zu stehen kommen.

Mit dem „European Green Deal“ wurden weitreichende Initiativen in verschiedenen Bereichen veröffentlicht. Sehen Sie hier die Möglichkeit eine gesamtwirtschaftliche Änderung zu erreichen?

Das hängt davon ab, wieviel von den Ankündigungen umgesetzt wird. Ich nehme mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die deutsche Bundesregierung als Ganzes bisher nicht eindeutig erklärt hat, die Ambitionen des European Green Deals zu unterstützen. Vielmehr kommen aus Berlin zunehmend Signale, dass beim European Green Deal genauso gebremst werden soll, wie dies zuletzt bei der Umsetzung des deutschen Klimapakets geschehen ist. Der Kerngedanke des European Green Deals ist es, das Ambitionsniveau beim Klimaschutz in allen relevanten Sektoren zu erhöhen. Jedoch muss man leider damit rechnen, dass dies größere nationale Widerstände hervorrufen wird. Dabei bedeuten mehr grüne Investitionen gerade für die Finanzwirtschaft die Chance, dass irgendwann einmal wieder normalere Zinsverhältnisse entstehen werden. Insofern hoffe ich zumindest auf eine laute Stimme der Finanzwirtschaft, die Pläne der Europäischen Kommission zu unterstützen – denn dass die Verbände der sogenannten „Verschmutzersektoren“ den European Green Deal nicht unterstützen, das darf ja niemanden ernsthaft überraschen.

Der Gebäudesektor zählt zu den stärksten Energieverbrauchern innerhalb der EU. Im European Green Deal wird auch eine Initiative für eine „Renovierungswelle“ angesprochen, die sich vor allem auf energieeffiziente Renovierungen fokussieren soll. Welche Standards sollten hier verwendet werden?

Sehen Sie, ich bin Finanzexperte und kein Experte für Bauwirtschaft. Ich war zwar mal Vorstand einer ökologischen Wohnungsgenossenschaft und kenne mich daher ein bisschen mit der Materie aus, aber man muss die Sachen schon getrennt betrachten. Dabei kann man festhalten, dass der Gebäudesektor derzeit in der Tat eines der größten Probleme bei Fragen des Energieverbrauchs darstellt, er aber gleichzeitig auch Teil der Lösung ist. Denn nur durch ausreichende Renovierungsmaßnahmen und die Umstellung auf ökologisches Bauen, wird es irgendwann einmal möglich sein, CO₂-neutral zu werden und den Gebäudebereich dabei gleichzeitig zu einem CO₂-Speicher zu entwickeln. Dies bedeutet meiner Meinung nach auch, dass wir eine nachhaltige Nutzung von Holz im Gebäudesektor benötigen und den Einsatz von Zement minimieren. Denn neben Fragen, wie dick Dämmung sein sollte und welche Heizsysteme verwendet werden sollten, muss sich auch die Erkenntnis durchsetzen, dass die Bauwirtschaft insgesamt ökologischer werden muss. Dabei beziehe ich mich auf die Baustoffe, die energieeffizientes Bauen gleichzeitig in ökologisches Bauen umwandeln und dadurch die Möglichkeit schaffen, den Gebäudesektor zu einem Großspeicher für CO₂ werden zu lassen. Die damit verbundenen Chancen können wir nur nutzen, wenn wir noch bestehende Vorurteile gegen Holzbauweisen überwinden.

Die Bank of England hat aktuell einen green supporting factor vorgeschlagen. Die ungarische Notenbank hat ihn ebenfalls angeordnet. Und auch in Brüssel überlegt die Europäische Kommission, ob sie einen solchen Unterstützungsfaktor einführen sollte. Wie stehen Sie zu solchen Überlegungen?

Die Eigenkapitalunterlegung muss sich grundsätzlich an den realen Risiken orientieren. Wenn man nachweisen kann, dass die Risiken für umweltgerechtes Bauen oder andere umweltgerechte Produktionsweisen niedriger sind, dann sollte dies auch in den Eigenkapitalanforderungen abgebildet werden können. Bisher konnte ein solcher Nachweis jedoch nicht erbracht werden. Es gibt jüngste Untersuchungen, die zeigen sollen, dass Kredite mit

hohem ökologischem Standard eine geringere Ausfallwahrscheinlichkeit haben. Diese Studien muss man sich sehr genau anschauen und dabei prüfen, ob der Einfluss dritter Variablen ausreichend berücksichtigt wurde. So muss genau analysiert werden, ob eine niedrigere Ausfallwahrscheinlichkeit nicht einzig auf ein entsprechend hohes Einkommen der Studienteilnehmer zurückzuführen ist. Generell gilt: die Vorgaben zur Eigenkapitalunterlegung dürfen keine Form der Wirtschaftsförderung sein, sondern müssen risikoproportional bleiben. Ansonsten werden nämlich alle anderen Akteure in Kürze auch danach rufen und damit würden wir nicht zuletzt jene Privilegierungen, die wir aktuell schon haben, wie z.B. den KMU-Faktor oder auch begründete Ausnahmen im Gebäudebereich, in Gefahr bringen.

Sehen Sie die gleiche Argumentationslinie auch bei dem brown penalising factor?

Mit meiner Antwort kann ich direkt an die vorausgegangene Frage anknüpfen. Unabhängig von allen Überlegungen zu einem green supporting factor ist es bereits heute geboten, hohe Umweltrisiken, die in Bankbilanzen stecken, im Rahmen von bankenaufsichtsrechtlichen Vorgaben der Säule II zu berücksichtigen. Leider wird dies in der Praxis von der EZB und der Bundesbank bislang noch nicht konsequent umgesetzt. Und auch die EBA ist ihrem Arbeitsauftrag aus dem Bankenpaket, hierzu eine geeignete Methodik vorzulegen, bislang noch nicht nachgekommen. Würde man die Säule II-Anforderungen richtig anwenden, dann hätte man den brown penalising factor bereits heute entsprechend abgebildet und könnte sich eine entsprechende Diskussion sparen.

Das traurige an der ganzen Diskussion um einen green supporting factor oder einen brown penalising factor ist meiner Meinung nach, dass die Verbände der Finanzbranche wieder einmal enorme Ressourcen darauf verwendet, am Ende an irgendeiner Stelle im Aufsichtsregime geringfügige Erleichterungen bei den Eigenkapitalanforderungen zu erreichen. Stattdessen sollten Banken, Versicherer und Bausparkassen ihre Lobbykraft darauf verwenden, den European Green Deal zu fordern, oder etwas spitz ausgedrückt zu rufen „Bitte, macht das jetzt!“. Denn die Finanzwirtschaft könnte, wie schon erwähnt, über eine vom European Green Deal ausgelöste steigende Investitionsdynamik viel gewinnen. Aber diesbezüglich höre ich fast keine Lobbyarbeit. Das ist eine vertane Chance.

Es gibt seit 10 Jahren eine europäische Verordnung, die Regeln für europäische Umweltlabels festlegt. Für diese muss man Lizenzen beantragen, um sie europaweit nutzen zu können. Aktuell gibt es Überlegungen in der Europäischen Kommission, ob man nicht auch grüne Sparprodukte oder grüne Darlehen mit diesem Ecolabel versehen kann. Was halten Sie von einem Ecolabel für Retail-Finanzdienstleistungsprodukte?

Ich komme nicht aus der Umweltpolitik, aber wenn ich das richtig verstanden habe, soll das Umweltzeichen, der blaue Engel, für das Ecolabel verwendet werden. Das ist natürlich etwas anderes als komplexere Kennzeichnungsmethoden, die wir in diesem Bereich, z.B. die Buchstabenkennzeichnung bei der Energieeffizienz, haben. Dass man Retail-Finanzdienstleistungsprodukten, die mit der Taxonomie übereinstimmen, einen wirtschaftlichen Umweltengel gibt, finde ich richtig gut.

So vermeiden wir greenwashing und haben einen entsprechenden Standard.

Das ist ja genau der Sinn der ganzen Sache. Sie dürfen Produkte nicht als nachhaltig kategorisieren, wenn sie nicht der Taxonomie entsprechen. Der nachhaltige Finanzierungsmarkt in Europa wächst und liegt auch weltweit

in Führung. Wenn man will, dass der Markt keinen Schaden nimmt, dann muss man versuchen, Missbrauch zu vermeiden.

Wenn Sie jetzt Mitglied der Europäischen Kommission und für sustainable finance zuständig wären, was würden Sie als Erstes machen?

Hahah. Na ja, ich würde wohl als allererstes versuchen, die Taxonomie final abzuschließen, denn auf deren Basis sollen Standards für green bonds festgelegt werden.

Ich würde auch versuchen die Finanzwirtschaft an den Tisch zu holen, und zwar unter dem Motto „Wie unterstützt ihr mich, damit es überhaupt ausreichend Angebote in dem Segment sustainable finance gibt?“. Denn „Sustainable Finance“ leidet vor allem an einem Mangel an glaubwürdigen Investitionsmöglichkeiten.

Ich finde, die Kreditwirtschaft, auch Versicherungen, sollten ein Interesse daran haben, dass der Green Deal vorankommt. Ich würde versuchen, mich mit den Akteuren zu unterhalten, wie man dies erreichen kann.

Danke Herr Giegold. Diesen Ansatz würden wir auch unterstützen.

Das Gespräch wurde am 25. Februar 2020 zwischen MdEP Sven Giegold und dem Geschäftsführenden Direktor der Europäischen Bausparkassenvereinigung, Christian König, geführt.



EuGH-Bericht 2019

Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

Vorabentscheidungsverfahren

Rs. C-287/19: Zahlungsdiensterichtlinie (Richtlinie (EU) 2015/2366) – AGB Änderungsmechanismus

(Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 25. Juli 2019)

Der EuGH hat in der Rechtssache C-287/19 über eine Vorlage des Österreichischen Obersten Gerichtshofs zu entscheiden. Dieses Verfahren betrifft die Zulässigkeit einer Fiktionsklausel und einer darauf beruhenden Zustimmung des Verbrauchers zu Vertragsänderungen im Zusammenhang mit der Zahlungsdiensterichtlinie (Richtlinie (EU) 2015/2366).

Dem Rechtsstreit liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die DenizBank AG verwendet im geschäftlichen Verkehr AGB unter anderem für die Verwendung von Zahlungskarten mit einer „Near Field Communication (NFC)“. Mit dieser Funktion können Kunden kontaktlos Kleinbeträge von bis zu 25 EUR ohne Identifikation durch einen PIN bezahlen. Für die Nutzung der NFC wird festgelegt, dass die Bank eine Autorisierung einzelner Zahlungen nicht nachweisen muss und Kunden die Haftung für nicht autorisierte Zahlungen übernehmen und das Risiko des Missbrauchs tragen. Die AGB enthalten eine Fiktionsklausel, nach der die Zustimmung der Kunden zu Vertragsänderungen als erteilt gilt, wenn sie den beabsichtigten Änderungen nicht fristgerecht widersprechen.

Die Nutzung der NFC-Funktion wurde zwischen der Bank und einer Verbraucherin im zugrundeliegenden Fall aufgrund der Fiktionsklausel in den AGB der Bank durch eine

stillschweigende Zustimmung zu der AGB-Änderung vereinbart, was grundsätzlich nach Art. 52 Nr. 6 lit. a iVm Art. 54 I der Richtlinie zulässig sein kann.

Die Fiktionsklausel in den AGB der Bank wurde von der Klägerin als missbräuchlich gerügt.

Der EuGH hat u.a. im Zusammenhang mit der Frage der zur Wirksamkeit der Fiktionsklausel zu klären, ob Art. 52 Nr. 6 lit. a iVm Art. 54 I der Richtlinie dahingehend auszuulegen ist, dass eine Zustimmungsfiktion des Verbrauchers uneingeschränkt für sämtliche Vertragsbedingungen vereinbart werden kann.

Die Europäische Kommission hat hierzu eine Stellungnahme und Entscheidungsempfehlung verfasst.

Aufgrund der Eigenschaft der NFC-Funktion als „eigenes anonymes Zahlungsmittel“ geht die Europäische Kommission in Bezug auf die erste Frage davon aus, dass diese nicht beantwortet werden müsse, da ein eigenständiger Vertrag bei der Einführung der NFC-Funktion vorläge. Die NFC-Funktion sei im Hinblick auf Sicherheit und Haftung deutlich anders ausgestattet als das ursprünglich vereinbarte Zahlungsinstrument. Die Vereinbarung sollte nach Ansicht der Europäischen Kommission damit als eigenständiger Vertrag angesehen werden und nicht als Vertragsänderung. Eine Zustimmungsfiktion des Verbrauchers könne damit nicht uneingeschränkt für zusätzliche oder sogar neue Vertragsleistungen gelten. Ansonsten würde dies zu einer einseitigen Änderungsbefugnis zu Gunsten des Kreditdienstleisters führen, was einem hohen Verbraucherschutzstandard entgegenlaufen würde.

Urteil

Rs. C-430/17: Informationspflicht zum Widerrufsrecht im Fernabsatz auf begrenztem Raum oder in begrenzter Zeit; Notwendigkeit der Widerrufsbelehrung und des Muster-Widerrufsformulars auf der Bestellkarte in einem Werbeprospekt

(Urteil des EuGH vom 23. Januar 2019)

Das auf ein Vorabentscheidungsersuchen des deutschen Bundesgerichtshofs (BGH) ergangene Urteil des EuGH betrifft die Anforderungen an eine Belehrung über den Widerruf im Fernabsatz auf begrenztem Raum nach Art. 8 Abs. 4 der Verbraucherrechtlinie (Richtlinie (EU) 2011/83).

Dem Rechtsstreit liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Unternehmen hat in einem Werbeprospekt einen Bestellschein in Form einer heraustrennbaren Postkarte verwendet, auf der auf das Widerrufsrecht sowie auf eine Website hingewiesen wurde. Auf der angegebenen Website waren die Widerrufsbelehrung und das Muster-Widerrufsformular abrufbar. Der BGH hat mit Beschluss vom 14. Juni 2017 (Az. I ZR 54/16) in dem Verfahren der „Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.“ folgende Fragen vorgelegt:

1. Kommt es bei der Anwendung von Art. 8 Abs. 4 der Richtlinie (EU) 2011/83 für die Frage, ob bei einem Fernkommunikationsmittel (hier: Werbeprospekt mit Bestellpostkarte) für die Darstellung der Informationen nur begrenzter Raum oder begrenzte Zeit zur Verfügung steht, darauf an,
 - a) ob das Fernkommunikationsmittel (abstrakt) seiner Art nach nur begrenztem Raum oder begrenzte Zeit zur Verfügung stellt,
 - b) oder darauf ob es (konkret) in seiner vom Unternehmer gewählten Gestaltung nur begrenzten Raum oder begrenzte Zeit bietet?
2. Ist es mit Art. 8 Abs. 4 und Art. 6 Abs. 1 lit. h der Richtlinie (EU) 2011/83 vereinbar, die Information über das Widerrufsrecht im Fall begrenzter Darstellungsmöglichkeit im Sinne von Art. 8 Abs. 4 der Richtlinie (EU) 2011/83 auf die Information über das Bestehen eines Widerrufsrechts zu beschränken?

3. Ist es nach Art. 8 Abs. 4 und Art. 6 Abs. 1 lit. h der Richtlinie (EU) 2011/83 vor einem Vertragsabschluss im Fernabsatz auch im Fall begrenzter Darstellungsmöglichkeit stets zwingend geboten, dem Fernkommunikationsmittel das Muster-Widerrufsformular gemäß Anhang I Teil B der Richtlinie (EU) 2011/83 beizufügen?

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Zur 1. Frage:

Bei Fernabsatzverträgen seien die Informationspflichten so gestaltet, dass den technischen Beschränkungen bestimmter Medien Rechnung getragen werden kann (z. B. der beschränkten Anzahl der Zeichen auf bestimmten Displays von Mobiltelefonen oder dem Zeitrahmen für Werbespots im Fernsehen). In diesen Fällen solle sich der Unternehmer an Mindestanforderungen hinsichtlich der Information halten und den Verbraucher im Übrigen an eine andere Informationsquelle verweisen, z. B. durch Angabe einer gebührenfreien Telefonnummer oder eines Hypertext-Links zu einer Internetseite des Unternehmers, auf der die einschlägigen Informationen unmittelbar abrufbar und leicht zugänglich sind.

So könne es dem Unternehmer unmöglich sein, dem Verbraucher im Rahmen der Nutzung eines Kommunikationsmittels im Fernabsatz alle in Art. 6 Abs. 1 der Verbraucherrechtlinie genannten Informationen zu erteilen. Ob für die Darstellung der Informationen ein nur begrenzter Raum bzw. eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehe i. S. v. Art. 8 Abs. 4 der Verbraucherrechtlinie, sei unter Berücksichtigung sämtlicher technischer Eigenschaften der Werbebotschaft zu beurteilen. Hierbei hat das nationale Gericht zu prüfen, ob – unter Berücksichtigung des Raums und der Zeit, die von der Botschaft eingenommen werden, und der Mindestgröße des Schrifttyps, der für einen durchschnittlichen Verbraucher, an den diese Botschaft gerichtet ist, angemessen ist – alle in Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie genannten Informationen objektiv dargestellt werden können.

Zur 2. und zur 3. Frage:

Angesichts der Bedeutung des Widerrufsrechts für den Verbraucherschutz sei die vorvertragliche Information über dieses Recht für den Verbraucher von grundlegender Bedeutung. Um von dieser Information vollumfänglich profitieren zu können, müsse der Verbraucher im Vorhin-

ein die Bedingungen, Fristen und Verfahren für die Ausübung des Widerrufsrechts kennen.

Falls der Vertrag mittels eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, auf dem für die Darstellung der Informationen nur begrenzter Raum bzw. begrenzte Zeit zur Verfügung steht, müsse der Unternehmer daher „über das jeweilige Fernkommunikationsmittel“ und „vor dem Abschluss des Vertrags“ die Information über die Bedingungen, Fristen und Verfahren für die Ausübung eines bestehenden Widerrufsrechts in der in Art. 6 Abs. 1 lit. h der Richtlinie genannten Form erteilen. In diesem Fall sei der Unternehmer jedoch nicht verpflichtet, dem Verbraucher zeitgleich mit dem Einsatz des Kommunikationsmittels das Muster-Widerrufsformular gemäß Anhang I Teil B dieser Richtlinie zur Verfügung zu stellen.

Rs. C-70/17; C-179/17: Rechtsfolgen der Missbräuchlichkeit einer AGB-Klausel

(Urteil des EuGH vom 26. März 2019)

Der EuGH hat sich in diesem Urteil aufgrund der Vorlage eines italienischen Gerichts mit der Auslegung der Art. 6 und 7 der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (Richtlinie 93/13/EWG) und insbesondere mit den Rechtsfolgen einer als missbräuchlich angesehenen Vertragsklausel befasst.

Dem Rechtsstreit lag im Wesentlichen folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Parteien stritten über die Konsequenzen der Missbräuchlichkeit einer Klausel über die vorzeitige Fälligkeit in einem grundpfandrechlich gesicherten Verbraucherdarlehensvertrag mit einer italienischen Bank. Die Klausel entsprach zum Zeitpunkt des Abschlusses des Darlehensvertrags dem italienischen Recht, das zwischenzeitlich zu Gunsten der Verbraucher geändert worden ist. Das italienische Gericht hatte Zweifel, ob es die durch den Wegfall der unwirksamen Klausel entstandene Vertragslücke unter Berücksichtigung der geänderten Gesetzeslage füllen kann.

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Der EuGH betont, dass die Feststellung der Missbräuchlichkeit einer Klausel grundsätzlich zu deren Nichtigkeit führen müsse. Steht es dem nationalen Gericht frei, den Inhalt der missbräuchlichen Klausel abzuändern, könne

eine derartige Befugnis die Verwirklichung des langfristigen Ziels gefährden, das mit Art. 7 der Richtlinie 93/13/EWG verfolgt wird. Vielmehr solle sich für Klauselverwender ein Abschreckungseffekt daraus ergeben, dass missbräuchliche Klauseln gegenüber dem Verbraucher unangewendet bleiben, ohne dass die Interessen der Klauselverwender durch eine Vertragsanpassung durch das nationale Gericht gewährt werden.

Hingegen sei es in Situationen, in denen die Nichtigkeit der missbräuchlichen Klausel zu einer Gesamtnichtigkeit des Vertrags führen würde und dies für den Verbraucher besonders nachteilige Folgen hätte, den nationalen Gerichten ausnahmsweise gestattet, die missbräuchliche Klausel wegfällen zu lassen und sie in Anwendung vertragsrechtlicher Grundsätze durch eine dispositive Vorschrift des nationalen Rechts zu ersetzen. Im Falle eines Darlehensvertrags könne die Nichtigkeitsklärung des gesamten Vertrags die Folge haben, dass der noch offene Darlehensbetrag sofort in einem Umfang fällig wird, der die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbrauchers möglicherweise übersteigt und daher eher diesen als den Darlehensgeber bestraft.

Wenn hingegen ein nationales Gericht zu dem Schluss kommt, dass der geschlossene Darlehensvertrag auch ohne die in Rede stehende missbräuchliche Klausel fortbestehen kann, müsse es diese Klausel lediglich für unanwendbar erklären, außer wenn der Verbraucher sich dem widersetzt. Der betreffende Darlehensvertrag müsse nämlich – abgesehen von der Änderung, die sich aus der Aufhebung der missbräuchlichen Klausel ergibt – grundsätzlich unverändert fortbestehen, soweit dies nach den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts möglich ist.

Insbesondere sei es dem nationalen Gericht verwehrt, die missbräuchliche Klausel, die auf einer bei Vertragsabschluss geltenden nationalen Regelung beruht, durch die später – zu Gunsten des Verbrauchers – geänderte nationale Regelung zu ersetzen.

Rs. C-266/18: AGB-Kontrolle von Klauseln, die allgemein auf nationales Recht verweisen; Missbräuchlichkeit nationaler Gerichtsstandbestimmungen, die hohe Reisekosten für Verbraucher zur Folge haben

(Urteil des EuGH vom 3. April 2019)

Auch in diesem Urteil befasste sich der EuGH mit der Auslegung des Art. 1 Abs. 2 sowie Art. 6 und 7 der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen

(Richtlinie 93/13/EWG). Gegenstand des Urteils war insbesondere die Kontrollfähigkeit einer allgemein auf nationales Recht verweisenden Vertragsklausel und die Missbräuchlichkeit nationaler Gerichtsstandbestimmungen.

Dem Verfahren lag im Wesentlichen folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Verbrauchervertrag enthielt zur Frage des örtlich zuständigen Gerichts lediglich folgenden allgemeinen Verweis auf die geltenden Bestimmungen des polnischen Zivilprozessrechts: „Der Gerichtsstand für Streitigkeiten zwischen den Parteien bestimmt sich nach den einschlägigen Vorschriften.“

Nach den polnischen Gesetzen hatte das als Verkäufer agierende Unternehmen die Wahl, eine Klage gegen einen Verbraucher an dem Gericht der Erfüllung der streitigen vertraglichen Verpflichtung oder an dem Gericht des Wohnsitzes des Verbrauchers zu erheben. Zudem sah das polnische Recht die Möglichkeit einer Zuständigkeit des angerufenen Gerichts aufgrund rügeloser Einlassung vor.

Das Unternehmen verklagte den Verbraucher auf Zahlung des Kaufpreises und wählte dabei den Gerichtsstand des Erfüllungsortes, an dem es seinen Sitz hatte. Ungeachtet der Regelungen des polnischen Zivilprozessrechts, sah sich das angerufene Gericht nach Art. 6 und 7 der Richtlinie 93/13/EWG verpflichtet, das Verfahren von Amts wegen an das Gericht zu verweisen, in dessen Bezirk der Verbraucher seinen Wohnsitz hatte. Gegen diese Verweisung legte das Unternehmen Beschwerde ein. Das Beschwerdegericht legte das Verfahren dem EuGH vor.

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Zur Frage der Kontrollfähigkeit der auf nationales Recht verweisenden Klausel betonte der EuGH, dass Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie, wonach auf bindenden Rechtsvorschriften beruhende Vertragsklauseln nicht den Bestimmungen dieser Richtlinie unterliegen, im Hinblick auf den mit der Richtlinie bezweckten Schutz eng auszulegen sei.

Im Ergebnis hält der EuGH den vertraglichen Verweis auf das geltende nationale Recht als der AGB-Kontrolle zugänglich und begründet dies wie folgt:

„Zum anderen beruht diese Klausel nicht im eigentlichen Sinne auf einer bestimmten nationalen Vorschrift, da die nationalen Vorschriften, auf die sie verweist, ein Regel-

werk vorsehen, das die Modalitäten für die Bestimmung der gerichtlichen Zuständigkeit festlegt, wobei der Gewerbetreibende die für ihn günstigste Regel wählen kann.

Obwohl die im Ausgangsverfahren streitige Klausel auf die nationalen Rechtsvorschriften verweist, vermag die Annahme, dass der nationale Gesetzgeber eine ausgewogene Regelung aller Rechte und Pflichten der Parteien bestimmter Verträge getroffen hat, eine Ausnahme dieser Klausel vom Anwendungsbereich der Richtlinie 93/13/EWG nicht zu rechtfertigen. Denn in einem solchen Fall müssen die Formulierung der betreffenden Vertragsklausel und ihre Auswirkungen auf die Erwartungen des Verbrauchers beurteilt werden.

In Anbetracht der engen Auslegung der Ausnahme, die Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 93/13/EWG vorsieht, ergibt sich aus dem Vorstehenden, dass eine Klausel wie die im Ausgangsverfahren streitige nicht als auf einer nationalen Vorschrift beruhend angesehen werden kann.“

Im Rahmen der Prüfung des polnischen Zivilprozessrechts stellt der EuGH zwar fest, dass die Richtlinie 93/13/EWG keine ausdrückliche Vorschrift enthält, die das zuständige Gericht bestimmt. Art. 18 Abs. 2 der Verordnung Nr. 1215/2012 sehe zwar vor, dass das für eine gegen einen Verbraucher gerichtete Klage das Gericht des Mitgliedstaats international zuständig ist, in dem sich der Wohnsitz des Verbrauchers befindet; diese Vorschrift ist jedoch in dem vorliegenden Verfahren mangels eines grenzüberschreitenden Sachverhalts nicht anwendbar.

Gleichwohl müsse das nationale Gericht prüfen, ob die nationale Verfahrensvorschrift das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gewährleistet. Hierzu führt der EuGH aus:

„Grundsätzlich ist eine nationale Vorschrift, die als eine Alternative die Zuständigkeit des Gerichts des Erfüllungsortes eines Verbrauchervertrags vorsieht, für sich genommen nicht geeignet, zu einer übermäßigen Einschränkung des Rechts des Verbrauchers auf einen wirksamen Rechtsbehelf zu führen. Denn eine solche Zuständigkeit schließt für den Verbraucher nicht die Möglichkeit aus, sich an dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren zu beteiligen und die Rechte geltend zu machen, die er aus der Richtlinie 93/13/EWG herleitet. Zudem ist jedes Gericht verpflichtet, von Amts wegen die Missbräuchlichkeit der Klauseln eines Vertrags zwischen einem Gewerbetreibenden und einem Verbraucher zu prüfen und die erforderlichen Maß-

nahmen zu ergreifen, um den Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlichen Klauseln zu gewährleisten.

Allerdings müssen die wirksamen und geeigneten Mittel, um dem Verbraucher ein Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf zu gewährleisten, die Möglichkeit einschließen, sich unter angemessenen verfahrensrechtlichen Voraussetzungen an dem Verfahren über eine gegen ihn erhobene Klage zu beteiligen, so dass die Ausübung seiner Rechte keinen Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Fristen, der Kosten oder der Entfernung – unterliegen darf, die die Ausübung der durch die Richtlinie 93/13/EWG gewährleisteten Rechte einschränken [...]

Das könnte der Fall sein, wenn die Anrufung eines vom Wohnort des Verbrauchers sehr weit entfernten Gerichts für diesen zu hohe Reisekosten nach sich zieht, die geeignet sind, ihn davon abzuhalten, sich auf das gegen ihn eingeleitete Verfahren einzulassen“.

Rs. C-649/17: fehlende Verpflichtung des Unternehmers zur Angabe einer Telefonnummer in den vorvertraglichen Informationen bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen
(Urteil des EuGH vom 10. Juli 2019)

Das auf ein Vorabentscheidungsersuchen des deutschen Bundesgerichtshofs (BGH) ergangene Urteil des EuGH behandelt die Frage, welche Kontaktdaten die Unternehmen bei Fernabsatzgeschäften und Geschäften außerhalb von Geschäftsräumen nach Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechtlicherichtlinie (Richtlinie (EU) 2011/83) vorvertraglich angeben müssen.

Dem Rechtsstreit liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Amazon teilte Verbrauchern in seinen vorvertraglichen Informationen keine Telefonnummer mit. Das Fehlen der Telefonnummer beanstandete die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzb) und erhob Klage. Der BGH hat mit Beschluss vom 5. Oktober 2017 (Az. I ZR 163/16) dem EuGH folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Können die Mitgliedstaaten eine Bestimmung vorsehen, die – wie die Bestimmung des Art. 246a § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EBG BG – den Unternehmer verpflichtet, dem Verbraucher im Rahmen des Abschlusses von Fernabsatzverträgen vor Abgabe von dessen Vertragserklärung

nicht nur gegebenenfalls, sondern stets seine Telefonnummer zur Verfügung zu stellen?

2. Bedeutet die in der deutschen Sprachfassung des Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechtlicherichtlinie verwendete Wendung „gegebenenfalls“, dass ein Unternehmer nur über in seinem Unternehmen bereits tatsächlich vorhandene Kommunikationsmittel informieren muss, er also nicht gehalten ist, einen Telefon- oder Telefaxanschluss bzw. ein E-Mail-Konto neu einzurichten, wenn er sich entschließt, in seinem Unternehmen auch Fernabsatzverträge anzuschließen?

3. Falls die Frage 2 bejaht wird:

Bedeutet die in der deutschen Sprachfassung des Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechtlicherichtlinie angeführte Wendung „gegebenenfalls“, dass nur solche Kommunikationsmittel bereits in einem Unternehmen vorhanden sind, die vom Unternehmer tatsächlich jedenfalls auch für den Kontakt zu Verbrauchern im Rahmen des Abschlusses von Fernabsatzverträgen eingesetzt werden, oder sind auch solche Kommunikationsmittel im Unternehmen vorhanden, die vom Unternehmer bislang ausschließlich zu anderen Zwecken, wie etwa der Kommunikation mit Gewerbetreibenden oder Behörden, genutzt werden?

4. Ist die in Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechtlicherichtlinie erfolgte Aufzählung der Kommunikationsmittel Telefon, Telefax und E-Mail abschließend, oder kann der Unternehmer auch andere, dort nicht genannte Kommunikationsmittel – wie etwa ein Internet-Chat oder ein telefonisches Rückrufsystem – einsetzen, sofern dadurch eine schnelle Kontaktaufnahme und eine effiziente Kommunikation sichergestellt ist?

5. Kommt es bei der Anwendung des Transparenzgebots des Art. 6 Abs. 1 der Verbraucherrechtlicherichtlinie, nach dem der Unternehmer den Verbraucher in klarer und verständlicher Weise über die in Art. 6 Abs. 1 lit. c der Richtlinie genannten Kommunikationsmittel informieren muss, darauf an, dass die Information schnell und effizient erteilt wird?

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Zu den Fragen 1. bis 3.:

Ein Unternehmen sei – entgegen dem Wortlaut des § 312d BGB i.V.m. Art. 246a § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EGBGB – nicht verpflichtet, vor Abschluss eines Verbrauchervertrags im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen eine Telefonnummer anzugeben. Auch bestehe keine Pflicht, einen Telefon- oder Telefaxanschluss bzw. ein E-Mail-Konto für die Kontaktaufnahme durch Verbraucher neu einzurichten.

Bei der Auslegung des Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechterichtlinie sei ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen einem hohen Verbraucherschutzniveau und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sicherzustellen. Eine unbedingte Verpflichtung, dem Verbraucher stets eine Telefonnummer zur Verfügung zu stellen oder gar einen Telefonanschluss, Faxanschluss oder ein E-Mail-Konto neu einzurichten, erscheine unverhältnismäßig, insbesondere für kleinere Unternehmen, die ihre Betriebskosten dadurch reduzieren wollen, dass sie den Vertrieb oder die Dienstleistungserbringung im Fernabsatz oder außerhalb ihrer Geschäftsräume organisieren. Der Begriff „gegebenenfalls“ in Art. 6 Abs. 1 lit. c Verbraucherrechterichtlinie sei dahin auszulegen, dass er die Fälle erfasst, in denen der Unternehmer bereits über eine Telefonnummer oder Telefaxnummer verfüge und diese nicht allein zu anderen Zwecken als dem Kontakt mit Verbrauchern verwende.

Zu den Fragen 4. und 5.:

Art. 6 Abs. 1 lit. c der Verbraucherrechterichtlinie sei dahin auszulegen, dass der Unternehmer zwar verpflichtet ist, dem Verbraucher ein Kommunikationsmittel zur Verfügung zu stellen, das zu einer direkten und effizienten Kommunikation geeignet sei. Jedoch erlaubt diese Bestimmung, dass das Unternehmen andere Kommunikationsmittel als die in Art. 6 Abs. 1 lit. c der Richtlinie genannten bereitstellt, etwa ein elektronisches Kontaktformular oder einen Internet-Chat, sofern die Informationen in klarer und verständlicher Weise zugänglich gemacht werden.

Rs. C-383/18: Ermäßigung bzw. Erstattung sämtlicher Kreditkosten bei vorzeitiger Kreditrückzahlung („Lexitor“)

(Urteil des EuGH vom 11. September 2019)

Der EuGH hat aufgrund eines Vorabentscheidungsersuchens aus Polen entschieden, dass der Verbraucher nach Art. 16 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie 2008/48/EG) berechtigt sei, sämtliche ihm auferlegte Kosten (mit Ausnahme der Notarkosten), wie zum Beispiel eine zu Vertragsbeginn gezahlte Bearbeitungsgebühr oder eine Vermittlerprovision („Kreditprovision“), anteilig erstattet zu verlangen.

Dem Rechtsstreit lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Dem Vorabentscheidungsverfahren lagen Verbraucherkredite zu Grunde, bei deren Abschluss die Kreditnehmer eine „Kreditprovision“ entrichteten, hinsichtlich derer vertraglich keine anteilige Erstattung im Falle vorzeitiger Tilgung vorgesehen war. Nach vorzeitiger Rückzahlung des Kredits verweigerten die Kreditgeber eine anteilige Rückzahlung dieser Kreditprovision. Die Kreditnehmer traten ihre Rückzahlungsansprüche an die Gesellschaft Lexitor ab, die diese Ansprüche klageweise geltend machte.

Das polnische Gericht fragte den EuGH, ob das in Art. 16 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie vorgesehene Recht des Verbrauchers auf Ermäßigung der Gesamtkosten des Kredits bei dessen vorzeitiger Rückzahlung auch die Kosten umfasse, die nach der vertraglichen Regelung nicht von der Laufzeit des Kreditvertrags abhängig seien. Nach Ansicht des vorlegenden Gerichts sei eine entsprechende Auslegung von Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie aus Gründen des Verbraucherschutzes geboten. Der Kreditgeber könne im Fall einer vorzeitigen Rückzahlung des Kredits den zurückgezahlten Betrag zur Gewährung eines neuen Kredits weiterverwenden und somit eine neue Provision erhalten, so dass er ausreichend geschützt sei. Die gegenteilige Lösung könnte zu einer Praxis führen, nach der die Kreditgeber nur von der Laufzeit des Kreditvertrags formal unabhängige Kosten erheben, um zu verhindern, dass diese im Fall vorzeitiger Tilgung anteilig zurückgezahlt werden müssten.

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Der EuGH ist der Auslegung des polnischen Gerichts gefolgt und hat entschieden, dass ein Verbraucher nach Art.

16 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie bei vorzeitiger Tilgung das Recht auf eine Ermäßigung sämtlicher Gesamtkosten des Kredits habe, ohne Differenzierung zwischen laufzeitabhängigen und laufzeitunabhängigen Kosten.

Der EuGH hat dabei zunächst klargestellt, dass der Umstand, dass sich infolge der Abtretung der Rückzahlungsansprüche an Lexitor zwei Unternehmen gegenüberstehen, der Anwendung der Verbraucherkreditrichtlinie nicht entgegenstehe. Denn der Anwendungsbereich der Verbraucherkreditrichtlinie hänge nicht von der Identität der Parteien des in Rede stehenden Rechtsstreits, sondern von der Eigenschaft der Parteien des Kreditvertrags ab.

Im Hinblick auf die Vorlagefrage ist der Wortlaut der Richtlinie zwar nicht eindeutig. Jedoch bezwecke die Verbraucherkreditrichtlinie nach ständiger Rechtsprechung des EuGH einen hohen Schutz des Verbrauchers. Hierzu müssten die Mitgliedstaaten gemäß Art. 22 Abs. 3 der Richtlinie sicherstellen, dass die Regelungen der Richtlinie nicht durch eine besondere Gestaltung der Kreditverträge umgangen werden können.

Der EuGH entschied, dass die Pflicht zur anteiligen Erstattung auch der nach der vertraglichen Regelung laufzeitunabhängigen Kosten – wie einer einmaligen „Kreditprovision“ – im Falle einer vorzeitigen Kreditrückzahlung den Kreditgeber nicht in unangemessener Weise benachteilige. Zum einen stehe dem Kreditgeber nach Art. 16 Abs. 2 der Richtlinie ein Anspruch auf Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung zu. Zum anderen erhalte der Kreditgeber im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung den Kreditbetrag früher zurück, so dass dieser Betrag ihm für die Ausreichung eines neuen Kredits zur Verfügung stehe.

Rs. C-143/18: Widerrufsrecht

(Urteil des EuGH vom 11. September 2019)

Auf die Vorlage eines deutschen Gerichts hat der EuGH entschieden, dass das Widerrufsrecht bei im Fernabsatz geschlossenen Verbraucherdarlehen nach der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher (Richtlinie 2002/65/EG) immer dann erlösche, wenn der Kreditvertrag auf Wunsch des Verbrauchers von beiden Seiten erfüllt werde. Zu dem hat der EuGH im Hinblick auf das maßgebliche Verbraucherleitbild klargestellt, dass auf den normal informierten, angemessen aufmerk-

samen und verständigen Durchschnittsverbraucher abzustellen sei.

Dem Rechtsstreit lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Verbraucher wollten einen im Fernabsatz geschlossenen Vertrag über ein Immobiliendarlehen bei einer Bank nach knapp neun Jahren widerrufen, weil sie fehlerhaft über ihr Widerrufsrecht belehrt worden seien. Die Bank machte geltend, das Widerrufsrecht sei aufgrund Kreditrückzahlung bereits erloschen. Denn nach der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen erlösche ein Widerrufsrecht, sobald der Vertrag auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers von beiden Seiten bereits voll erfüllt wurde, bevor der Verbraucher sein Widerrufsrecht ausübe. Das LG Bonn setzte das Verfahren aus und rief den EuGH zur Auslegung der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an.

In dem Verfahren ging es konkret um die Auslegung der deutschen Rechtsvorschrift des § 312d Abs. 1 BGB und der Frage des Nutzungsersatzes nach Widerruf gemäß § 346 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BGB.

Vorlagefragen

1. Ist Art. 6 Abs. 2 Buchstabe c) der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen dahingehend auszuulegen, dass er einer nationalen Rechtsvorschrift oder Gepflogenheit wie der des Ausgangsverfahrens entgegensteht, die bei im Fernabsatz geschlossenen Darlehensverträgen nicht den Ausschluss des Widerrufsrechts vorsieht, wenn auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers der Vertrag von beiden Seiten bereits voll erfüllt ist, bevor der Verbraucher sein Widerrufsrecht ausübt?
2. Sind Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 UAbs. 2 Spiegelstrich 2 und Art. 6 Abs. 6 der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen dahingehend auszuulegen, dass für das ordnungsgemäße Erhalten der vom nationalen Recht entsprechend Art. 5 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a) der Richtlinie vorgesehenen Informationen und die Ausübung des Widerrufsrechts durch den Verbraucher nach nationalem Recht auf keinen anderen als einen normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbraucher in Anbetracht aller einschlägigen Tatsachen und sämtlicher den Abschluss dieses Vertrages begleitenden Umstände abzustellen ist?

3. Sollten die Fragen 1) und 2) verneint werden:

Ist Art. 7 Abs. 4 der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen dahingehend auszulegen, dass er einer Rechtsvorschrift eines Mitgliedstaates entgegensteht, die nach erklärtem Widerruf eines im Fernabsatz geschlossenen Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, dass der Anbieter dem Verbraucher über den Betrag hinaus, den er vom Verbraucher gemäß dem Fernabsatzvertrag erhalten hat, auch Nutzungsersatz auf diesen Betrag zu zahlen hat?

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Der EuGH stellte klar, dass auch bei im Fernabsatz geschlossenen Verbraucherdarlehen das Widerrufsrecht des Verbrauchers erlösche, wenn der Vertrag auf ausdrücklichem Wunsch des Verbrauchers voll erfüllt wird.

Es sei Sache des vorlegenden Gerichts, das gesamte innerstaatliche Recht zu berücksichtigen und die darin anerkannten Auslegungsmethoden anzuwenden, um zu einer mit dieser Vorschrift im Einklang stehenden Lösung zu gelangen. Außerdem habe das nationale Gericht dabei erforderlichenfalls eine gefestigte nationale Rechtsprechung abzuändern, wenn sie auf einer Auslegung des nationalen Rechts beruht, die mit dieser Vorschrift unvereinbar ist.

Erforderlich sei, dass der Unternehmer die Information über das Widerrufsrecht in einer für „einen normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbraucher“ im Sinne der unionsrechtlichen Anforderungen klaren und verständlichen Weise erteilt – ansonsten sei der Verbraucher an den Vertrag nicht gebunden. Dabei könne der Unternehmer durchaus auch darüber informieren, dass das Widerrufsrecht bei Erfüllung auf ausdrücklichen Wunsch des Verbrauchers hin ausgeschlossen ist. Das gelte unabhängig davon, ob sich diese Information mit der Auslegung durch die nationalen Gerichte deckt.

Rs. C-260/18: Missbräuchliche Klauseln in Verbraucher-Fremdwährungsdarlehen, Folgen der Missbräuchlichkeit einer AGB-Klausel für den Fortbestand des Verbrauchervertrags

(Urteil des EuGH vom 3. Oktober 2019)

Der EuGH entschied in einem aus Polen vorgelegten Vorabentscheidungsverfahren, dass nationale Gerichte Verbraucherdarlehensverträge, die nach der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (Richtlinie 93/13/EWG) missbräuchliche AGB-Klauseln enthalten, unter besonderen Voraussetzungen für insgesamt unwirksam erklären zu dürfen. Das Urteil enthält grundsätzliche Erwägungen zu den Rechtsfolgen der Missbräuchlichkeit einzelner Vertragsklauseln.

Dem Vorabentscheidungsverfahren lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Im Jahr 2008 schlossen die Kläger in Polen mit der Raiffeisenbank einen an eine Fremdwährung gekoppelten Immobiliendarlehensvertrag mit einer Laufzeit von 40 Jahren. Während die vereinbarte Kreditsumme in polnische Zloty (PLN) ausgezahlt wurde, waren der Sollsaldo und die monatlichen Rückzahlungsraten in Schweizer Franken (CHF) angegeben. Bei der Auszahlung des Darlehens wurde der in CHF angegebene Sollsaldo auf der Grundlage des bei der Raiffeisenbank am Tag der Auszahlung geltenden Ankaufskurses PLN-CHF ermittelt, während die monatlichen Darlehensraten nach dem bei dieser Bank zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt geltenden PLN-CHF-Verkaufskurs berechnet und vom Konto der Kläger in PLN abgebucht werden sollten. Da die Kläger einen an auf diese Weise an CHF gekoppelten Darlehensvertrag geschlossen hatten, erhielten sie das Darlehen zu einem günstigeren variablen Darlehenszins.

Die Kreditnehmer waren der Ansicht, dass die AGB-Klauseln zur Berechnung des Wechselkurses missbräuchlich seien, da sie es Raiffeisen ermöglichten, den Wechselkurs für die Darlehensraten einseitig und willkürlich festzulegen. Sie erhoben beim Bezirksgericht Warschau Klage, um die Nichtigkeit des Darlehensvertrags feststellen zu lassen.

Das polnische Gericht entschied, dass die Klauseln in dem Darlehensvertrag, wonach für die Auszahlung der Kreditsumme auf den Ankaufskurs und für die Tilgungsleistungen auf den Verkaufskurs zurückgegriffen werde, rechtswidrige missbräuchliche Klauseln darstellten.

Das Gericht fragte den EuGH im Vorabentscheidungsverfahren, ob diese missbräuchlichen Klauseln nach ihrem Wegfall durch allgemeine Bestimmungen des polnischen Rechts ersetzt werden dürfen, die vorsähen, dass die in einem Vertrag zum Ausdruck gebrachten Wirkungen auch nach den Grundsätzen der Billigkeit oder der Verkehrssitte bestimmt werden können. Das polnische Gericht wollte zudem wissen, ob es ihm die Richtlinie gestatte, den Vertrag für unwirksam zu erklären, wenn die Aufrechterhaltung des Vertrags ohne die missbräuchlichen Klauseln zur Folge hätte, dass das betreffende Darlehen nicht mehr an Schweizer Franken gekoppelt wäre, aber dennoch dem für Fremdwährungskredite vereinbarten günstigeren Darlehenszins beinhaltet. Denn eine solche Änderung des Hauptgegenstandes des Vertrages sei nach polnischem Recht unzulässig.

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

In seinem Urteil weist der EuGH zunächst darauf hin, dass ein Verbrauchervertrag grundsätzlich nach Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG bestehen bleibe, soweit ein solcher Fortbestand des Vertrags ohne die missbräuchlichen Klauseln nach den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts rechtlich möglich ist. Wenn das nationale Gericht jedoch – wie hier – nach seinem innerstaatlichen Recht die Auffassung vertritt, dass die Aufrechterhaltung des betreffenden Darlehensvertrags nach Wegfall der darin enthaltenen missbräuchlichen Klauseln nicht möglich ist, könne dieser Vertrag insgesamt für unwirksam erklärt werden.

Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG hindere das nationale Gericht nicht daran, eine missbräuchliche Klausel durch eine dispositive Vorschrift des nationalen Rechts zu ersetzen. Diese Befugnis sei jedoch auf Fälle beschränkt, in denen die Streichung der missbräuchlichen Klausel den Richter zwingen würde, diesen Vertrag in seiner Gesamtheit für unwirksam zu erklären und wenn dies für den Verbraucher besonders nachteilige Folgen hätte. Da diese Ersetzungsbefugnis dazu diene, effektiven Verbraucherschutz zu gewährleisten, sei das Vorliegen von besonders nachteiligen Folgen für den Verbraucher, die sich aus der Feststellung der Unwirksamkeit eines Vertrags als Ganzes ergeben könnten, nicht unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, sondern der zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Rechtsstreit bestehenden oder vorhersehbaren Umstände zu bewerten. Dem stehe nicht entgegen, dass Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/

EWG die Beurteilung der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel „zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses“ an alle den Vertragsabschluss begleitenden Umstände knüpfe. Denn der Zweck dieser Beurteilung unterscheide sich grundlegend von der Beurteilung der Folgen, die sich aus der Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags ergeben.

Speziell im Hinblick auf die allgemeinen Bestimmungen des polnischen Rechts geht der EuGH davon aus, dass diese Bestimmungen nicht die Lücken eines Vertrags schließen können, die durch den Wegfall der darin enthaltenen missbräuchlichen Klauseln entstanden sind. Denn diese Vorschriften seien nicht Gegenstand einer besonderen Prüfung durch den Gesetzgeber im Hinblick auf die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den Vertragsparteien gewesen.

Schließlich weist der EuGH darauf hin, dass dem Verbraucher letztlich ein Wahlrecht zustehe, ob er sich auf die Unwirksamkeit des Vertrages berufe oder aber am Vertrag festhalten wolle. Die Richtlinie 93/13 gehe nicht so weit, dem System zum Schutz gegen die Verwendung missbräuchlicher Klauseln gegenüber Verbrauchern zwingenden Charakter zu verleihen. Folglich sei dieses Schutzsystem nicht anzuwenden, wenn der Verbraucher es vorzieht, sich nicht darauf zu berufen. Erst recht dürfe der Verbraucher auf den nach diesem System gewährten Schutz vor den nachteiligen Folgen verzichten, die sich aus der Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags als Ganzes ergeben.

Rs. C-290/19: Unzulässige Angabe des effektiven Jahreszinses in Form einer Marge zwischen einem Mindestsatz und einem Höchstsatz in einem Verbraucherkreditvertrag

(Urteil des EuGH vom 19. Dezember 2019)

Der EuGH hat mit Urteil vom 19. Dezember 2019 auf die Vorlage eines slowakischen Gerichts entschieden, dass Art. 10 Abs. 2 lit g der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie 2008/48/EG) dahingehend auszulegen sei, dass die Angabe des effektiven Jahreszinses in einem Verbraucherkreditvertrag in Form einer Marge zwischen einem Mindest- und einem Höchstsatz unzulässig ist.

Dem Rechtsstreit liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

2013 schlossen der Darlehensnehmer und das beklagte Kreditinstitut einen Verbraucherkreditvertrag. Der effek-

tive Zinssatz wurde dabei nicht unter Bezugnahme auf einen einheitlichen Zinssatz festgelegt, sondern als Marge zwischen einem Mindest- und einem Höchstsatz bezeichnet.

Nachdem der Darlehensnehmer das Darlehen vollständig zurückgezahlt hatte, forderte er die Rückzahlung der entrichteten Sollzinsen aus ungerechtfertigter Bereicherung, da der effektive Jahreszins nicht durch einen einheitlichen Wert festgesetzt wurde und der Kredit mithin als zins- und kostenfrei anzusehen sei.

Das vorliegende Gericht stellte dem EuGH daraufhin die Frage, ob ein Verbraucherkreditvertrag das in Art. 10 Abs. 2 lit. g der Verbraucherkreditrichtlinie genannte Erfordernis – wonach im Kreditvertrag der effektive Jahreszins in klarer, prägnanter Form anzugeben ist – erfüllt, wenn in ihm der effektive Jahreszins in Form einer Marge zwischen zwei Angaben (von - bis) genannt ist.

Der EuGH hat hierzu Folgendes entschieden:

Der EuGH führt dazu aus, dass die Angabe des effektiven Jahreszinses in Form einer Marge zwischen zwei Werten weder mit dem Wortlaut noch mit der Zielsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie in Einklang stehe.

Die Verbraucherkreditrichtlinie solle gewährleisten, dass der Verbraucher vor Abschluss des Kreditvertrags ausreichende Informationen erhalte, die ihm einen Vergleich der effektiven Jahreszinsen ermögliche. Diese Vergleichbarkeit erfordere die Angabe des effektiven Jahreszinses in Form eines Wertes und nicht einer Marge zwischen zwei verschiedenen Werten.

Unerheblich sei der Umstand, dass dem Kreditgeber bestimmte Informationen vor Angabe des Kreditangebots nicht bekannt waren. Sofern dem Kreditgeber z.B. der Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Kredits nicht bekannt sei, stünden ihm hierfür in Anhang I Teil II lit. a bis c der Verbraucherkreditrichtlinie zusätzliche Annahmen zur genauen Berechnung des effektiven Jahreszinses zur Verfügung. Ist der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht bekannt, werde nach Anhang I Teil II lit. f Ziff. ii der Richtlinie angenommen, dass der Kredit erstmals zu dem Zeitpunkt in Anspruch genommen wurde, der sich aus dem kürzesten zeitlichen Abstand zwischen diesem Zeitpunkt und der Fälligkeit der ersten vom Verbraucher zu leistenden Zahlung ergibt.



Jahreschronologie 2019

Januar

01.01.2019

Ratspräsidentschaft

Rumänien übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

20. Jahrestag der Euro-Einführung

Vor genau 20 Jahren, am 1. Januar 1999, führten elf EU-Länder den Euro und eine gemeinsame Währungspolitik ein.

10.01.2019

ESAs review

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments legt seine Position zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnungen über die Einrichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden und der Verordnungen über Finanzmärkte fest. Der abgestimmte Bericht des Europäischen Parlaments soll die europäische Finanzaufsicht deutlich stärken, beispielsweise durch eine neue Besetzung der jeweiligen Direktorien und die Ermächtigung zur Überwachung von Umwelt-Sozial- und Governance-Risiken.

Nachhaltige Finanzierung

Die Technische Expertengruppe der Europäischen Kommission (TEG) zur nachhaltigen Finanzierung veröffentlicht eine Konsultation zur Verwendbarkeit und Zweckmäßigkeit der Taxonomie. Die TEG ist damit beauftragt, die Einführung der Taxonomie, also eines einheitlichen Klassifizierungssystems, im Bereich der nachhaltigen Finanzierung vorzubereiten.

15.01.2019

Verbraucherkreditrichtlinie

Die Europäische Kommission startet eine öffentliche Konsultation zur Reform der Verbraucherkreditrichtlinie aus dem Jahr 2008 (Richtlinie 2008/48/EG). Mit dieser soll sichergestellt werden, dass alle relevanten Interessenträger Gelegenheit erhalten, sich zu der Funktionsweise der Verbraucherkreditrichtlinie zu äußern.

22.01.2019

Verbraucherschutz

Der Richtlinienentwurf zur Änderung der Richtlinie (2005/29/EG) über unlautere Geschäftspraktiken, Verbraucherrechterichtlinie (2011/83/EU), Richtlinie (93/13/EWG) über missbräuchliche Vertragsklauseln und Richtlinie (98/6/EG) über Preisangaben wird im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz angenommen.

Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Der französische Präsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnen den sogenannten „Vertrag von Aachen“ über eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit. Der Vertrag ergänzt den zwischen beiden Staaten im Jahr 1963 geschlossenen „Élysée-Vertrag“ über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er soll weitere Impulse für die europäische Einigung geben.

30.01.2019**Energieeffizienz**

Die EU berechnet die in der erst kürzlich überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie genannten Energieverbrauchszahlen mit Blick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU neu. Die Neuberechnung stellt sicher, dass die Union ihre Fortschritte bei der Verwirklichung ihrer Energieeffizienz- und Klimaschutzziele messen kann und in der künftigen EU-27 Rechtssicherheit für Mitgliedstaaten und Unternehmen besteht. In der überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie ist für das Jahr 2030 ein Kernziel der Union von mindestens 32,5 Prozent erneuerbaren Energien festgelegt.

Reflexionspapier „Towards a more sustainable Europe“

Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Papier bezüglich der Entwicklungen, Europa nachhaltiger zu gestalten. Das Papier geht dabei unter anderem auch auf den Finanzmarkt und dessen Rolle zur Erreichung eines nachhaltigen Europas ein.

Februar

10.02.2019**Ungarn: neue Wohnbauförderung**

In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation in Budapest kündigt Ministerpräsident Viktor Orbán ein umfassendes Programm zur Familienförderung an, welches den Bevölkerungsschwund im Land stoppen soll. Dieses umfasst unter anderem einen Ausbau des ungarischen Wohnungsbauförderprogramms „CSOK“.

12.02.2019**ESAs review**

Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU verständigen sich auf eine Allgemeine Ausrichtung zu den Verordnungen zur Überarbeitung der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs).

13.02.2019**PEPP**

Die Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten bestätigen die vorläufige politische Einigung aus dem Dezember 2018 zum Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukts (PEPP). Ziel des Kommissionsvorschlags aus dem Sommer 2017 ist es, mit dem PEPP ein komplementäres Produkt zu bereits auf nationaler Ebene bestehenden Produkten der privaten Altersvorsorge zu schaffen.

15.02.2019**Bankenpaket**

Die Trilog-Einigung zum Bankenpaket wird vom Ausschuss der Ständigen Vertreter gebilligt.

26.02.2019**Gedekte Schuldverschreibungen**

Die Vertreter des Europäischen Parlaments und des Rats der Europäischen Union erzielen eine vorläufige politische Einigung zum Gesetzespaket zur gedeckten Schuldverschreibung.

März

07.03.2019

Anti-Geldwäsche und Kampf gegen Terrorismusfinanzierung

Der Rat beschließt einstimmig, den von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf einer Liste von 23 „Ländern mit hohem Risiko“ im Bereich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung abzulehnen, weil dieser „nicht im Wege eines transparenten und belastbaren Verfahrens erstellt wurde“.

11.03.2019

Nachhaltige Finanzierung

Der Bericht zur Taxonomie wird von den Mitgliedern der Ausschüsse für Wirtschaft und Währung und Umwelt angenommen.

20.03.2019

Gedekte Schuldverschreibungen

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter bestätigt die politische Einigung der Trilogparteien vom 26. Februar über gedeckte Schuldverschreibungen.

21.03.2019

ESAs review

Die beiden Ko-Gesetzgeber einigen sich auf eine vorläufige gemeinsame Position zu dem Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Europäischen Aufsichtsbehörden.

26.03.2019

Verbandsklagen

Der Bericht des Rechtsausschusses vom Dezember 2018 wird vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt.

27.03.2019

Notleidende Kredite (NPLs)

Die Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union einigen sich auf eine Allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie bezüglich notleidender Kredite.

April

01.04.2019

Nachhaltige Finanzierung

Die Verordnung zu Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit nachhaltigen Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken (Verordnung (EU) 2019/2088) wird im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments angenommen.

Gedekte Schuldverschreibungen

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt das Verhandlungsergebnis der Trilogparteien vom 26. Februar zum Gesetzespaket über gedeckte Schuldverschreibungen.

ESAs review

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter des Rats der Europäischen Union bestätigt die im Trilog erzielte Einigung bezüglich der Verordnungen zur Überarbeitung der Europäischen Aufsichtsbehörden.

-
- 02.04.2019** **ESAs review**
Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments stimmt der im Trilog erzielten Einigung bezüglich der Verordnungen zur Überarbeitung der Europäischen Aufsichtsbehörden zu.
-
- 09.04.2019** **Fernabsatz von Finanzdienstleistungen**
Die Europäische Kommission startet eine öffentliche Konsultation zur Reform der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen (Richtlinie 2002/65/EG). Gegenstand dieser Richtlinie ist die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher.
-
- 18.04.2019** **Nachhaltige Finanzierung**
Die Verordnung zur Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken (Verordnung (EU) 2019/2088) wird final von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Plenum angenommen.
-
- 25.04.2019** **Wohnimmobilienkreditrichtlinie**
Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) nimmt die Wohnimmobilienkreditrichtlinie in ihr Online-Regelwerk, bestehend aus „Interactive Single Rulebook“ und „Q&A tool“, auf.
-
- 30.04.2019** **Strategische Empfehlung der Europäischen Kommission**
Im Vorfeld des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs in Sibiu am 9. Mai 2019 legt die Europäische Kommission ihre politischen Empfehlungen für die nächste Legislatur vor. Durch eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion soll Wachstum gefördert und die Wirtschaft stabilisiert werden. Unter dem Schlagwort „Ein faires Europa“ werden neben einer gerechten Steuerpolitik und einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung auch der Zugang zu energieeffizientem und erschwinglichem Wohnraum gefordert.

Mai

- 14.05.2019** **Bankenunion**
Der Rat der Europäischen Union nimmt das umfassende Paket von Rechtsvorschriften (Überarbeitung CRR, CRD IV, BRRD und SRMR) an, das die Risiken im Bankensektor verringern und die Widerstandsfähigkeit gegen mögliche Schocks weiter stärken soll.
-
- 23.-26.05.2019** **Wahlen zum Europäischen Parlament**

Juni

- 05.06.2019** **Länderspezifische Empfehlungen**
Die Europäische Kommission legt im Rahmen des Europäischen Semesters ihre länderspezifischen Empfehlungen vor.
-
- 07.06.2019** **Bankenpaket**
Die Gesetzestexte des Bankenpakets (Überarbeitung CRR, CRD IV, BRRD und SRMR) werden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.
- Barrierefreiheitsanforderungen**
Die Richtlinie über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen ((EU) 2019/882) vom 17. April 2019 (sog. European Accessibility Act) wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.
-
- 13.06.2019** **Europäische Einlagenversicherung (EDIS)**
Die hochrangige Expertengruppe (HLWG) legt ihren Bericht über die „Weitere Stärkung der Bankenunion, einschließlich EDIS“ vor. Der Bericht enthält keine wesentlichen Vorschläge bezüglich der Schaffung eines Europäischen Einlagenversicherungssystems.
-
- 14.06.2019** **Finanztransaktionssteuer (FTT)**
Beim ECOFIN-Treffen kommt es erneut zu Verhandlungen zur FTT im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit.
-
- 18.06.2019** **Nachhaltige Finanzierung**
Die Technische Expertengruppe (TEG) legt in Kooperation mit der Europäischen Kommission ihren Bericht zur Taxonomie vor.
-
- 19.06.2019** **Kreditvergabe und -überwachung**
Die EBA legt einen Entwurf bezüglich „Leitlinien für die Kreditvergabe und -überwachung“ zur Konsultation vor.

Juli

- 01.07.2019** **Ratspräsidentschaft**
Finnland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.
-
- 03.07.2019** **Europäisches Parlament**
In Straßburg findet die konstituierende Sitzung des neu gewählten Europäischen Parlaments statt.

August

05.08.2019

Basel III-Rahmenwerk

Die EBA legt ihren Bericht zu den Auswirkungen des finalen Basel III-Rahmenwerks auf die Kapitalanforderungen der europäischen Kreditinstitute vor. Dabei gibt sie der Europäischen Kommission politische Handlungsempfehlungen für die Bereiche Kreditrisiko, operationelles Risiko, Output-Floor und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte an die Hand.

September

04.09.2019

Aussprache mit Christine Lagarde (Bewerberin als Präsidentin der EZB)

In ihrer Rede im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments bekräftigt Frau Lagarde, dass Finanzstabilität weiterhin das große Ziel der EZB sein werde. Zudem wirbt sie für die Vollendung der Bankenunion sowie der Kapitalmarktunion. Sie kündigt an, dass klimabezogene Risiken in der Arbeit der EZB berücksichtigt werden sollen.

10.09.2019

Ursula von der Leyen stellt ihre neue Kommission vor

Ursula von der Leyen stellt die neue Europäische Kommission vor. Unter anderem wird der bisherige Finanzkommissar Valdis Dombrovskis weiterhin für das Dossier Finanzmarkt zuständig sein. Zudem gehört er zu den drei geschäftsführenden Vize-Präsidenten der Europäischen Kommission.

23.09.2019

Geld- und währungspolitischer Dialog mit Mario Draghi

Bei seinem letzten Austausch mit den Volksvertretern des Europäischen Parlaments verteidigt Mario Draghi insbesondere die zwei Wochen zuvor vom EZB-Rat getroffenen geldpolitischen Entscheidungen. So sei eine starke geldpolitische Antwort als Reaktion auf die prognostizierten Konjunkturdaten notwendig gewesen. Gleichzeitig betont der EZB-Präsident, dass koordinierte wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen auf europäischer Ebene getroffen werden müssten.

25.09.2019

Nachhaltige Finanzierung

Die Mitgliedsstaaten im Rat der Europäischen Union einigen sich auf eine Allgemeine Ausrichtung zur Taxonomie-Verordnung.

Oktober

02.10.2019

Europäisches Parlament – Anhörungen Reynders und Goulard

Die Anhörungen der designierten Kommissare Sylvie Goulard (IMCO und ITRE) und Didier Reynders (JURI und LIBE) finden statt. Der belgische Kommissar Reynders bestätigt, dass er sich verstärkt dafür einsetzen wird, dass das Dossier Verbandsklagen bald verabschiedet wird. Die französische Kandidatin Goulard wird von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments abgelehnt.

03.10.2019 **Europäisches Parlament – Anhörung Gentiloni**

Der italienische Kommissar Paolo Gentiloni fokussiert sich verstärkt auf den Stabilitäts- und Wirtschaftspakt und unterstreicht die Notwendigkeit, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden. Auf Nachfrage zum „European Green Deal“ bestätigt er, dass dieser auch für ihn eine Priorität sein werde.

08.10.2019 **Europäisches Parlament – Anhörung Dombrovskis**

In der Anhörung von Valdis Dombrovskis werden verschiedene Themen angesprochen: Geldwäsche, nachhaltige Finanzierung und die Vollendung der Bankenunion. Weitreichend sind vor allem seine Aussagen zu nachhaltiger Finanzierung. Er bestätigt, dass eine klimaneutrale und digitale Wirtschaft, basierend auf dem Schutz der sozialen Marktwirtschaft, angestrebt wird. Dazu seien weitere Fortschritte bei Themen wie Taxonomie, grüne Bonds und einem EU-Ecolabel notwendig. In Bezug auf die Bankenunion sagt er, dass die Bankenunion durch die Schaffung eines Europäischen Einlagenversicherungssystem (EDIS) vollendet werden solle. Er begründet dies damit, dass die Einlagen aller Europäer sicher sein müssten.

21.10.2019 **Nachhaltige Finanzierung**

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments bestätigen das Mandat für Trilogverhandlungen mit Vertretern des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission zur Taxonomie-Verordnung.

November

04.11.2019 **Europäisches Parlament – Anhörung José Manuel Campa**

Der Vorsitzende der EBA, José Manuel Campa, fordert eine ordnungsgemäße Einarbeitung der Basel-III Standards in die europäische Regulierung. Nachhaltige Finanzierung, u.a. durch die Integration von ESG- Faktoren, werde ein künftiger Arbeitsschwerpunkt der EBA sein, so Campa. Die Leitlinienentwürfe zur Kreditvergabe nennt Campa beispielhaft für den hierbei neu verfolgten Ansatz der EBA.

27.11.2019 **Europäisches Parlament – Abstimmung zur neuen Europäischen Kommission**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmen mit knapper Mehrheit für die neue Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen als Präsidentin.

Dezember

02.12.2019 **Europäisches Parlament – Währungspolitischer Dialog mit Christine Lagarde, EZB**

Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, berichtet, dass die EZB die Nebenwirkungen ihrer expansiven Geldpolitik im Blick behalten werde. Die anstehende Überprüfung der strategischen Ausrichtung der EZB könne im Ergebnis ggf. zu einem neuen mittelfristigen Inflationsziel der EZB führen.

Nachhaltige Finanzierung

Die Verordnung zu Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit nachhaltigen Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken (Verordnung (EU) 2019/2088) wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

03.12.2019**Europäische Einlagenversicherung (EDIS)**

Der Vorsitzende der hochrangigen Expertengruppe (HLWG) hält in einem Schreiben an den Präsidenten der Eurogruppe fest, dass die Europäische Kommission die Arbeiten zu EDIS auf technischer Ebene weiterführen könne. Auf die Erarbeitung eines konkreten Zeitplans zum Einstieg in politische Verhandlungen zu EDIS habe sich die HLWG nicht einigen können.

06.12.2019**Nachhaltige Finanzierung**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht einen Aktionsplan zu nachhaltiger Finanzierung.

11.12.2019**European Green Deal**

Der erste geschäftsführende Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, veröffentlicht eine Mitteilung zum Green Deal. Die enthält weitreichende Maßnahmen für verschiedene Sektoren. Unter anderem soll in 2020 eine Initiative für eine „Renovierungswelle“ vorgestellt werden. Zusätzlich sollen weitere Vorschläge im Bereich nachhaltiger Finanzierung erarbeitet werden.

18.12.2019**Nachhaltige Finanzierung**

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union einigen sich im Rahmen des Trilogprozesses auf eine politische Einigung zur Taxonomie-Verordnung.

20.12.2019**Nachhaltige Finanzierung**

Die gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre-JRC) der Europäischen Kommission veröffentlicht einen zweiten Bericht zum EU-Ecolabel für Finanzdienstleistungsprodukte.



Foreword

Much has happened in the field of European bank regulation during the last parliamentary term. We implemented international standards for strengthening capital requirements and the resolvability of banks and took major steps towards more proportionate European banking supervision. In particular, the latest reform of the Capital Requirements Directive (CRD) and Regulation (CRR) should be seen as a milestone, providing a clear definition of what qualifies as a small and non-complex financial institution for the first time and setting out the simplified rules associated with this status.

With the finalisation of Basel III pending in this new parliamentary term, a package of measures to implement international standards awaits European legislators once again. From a European perspective, the outcome of negotiations in the Basel Committee on Banking Supervision gives little cause for celebration. Initial impact assessments by the European Banking Authority (EBA) show that one-to-one implementation of Basel III will substantially increase the minimum capital requirement (MRC) for European banks, which will undoubtedly have an impact on financing options in the real economy. It is hard to avoid the impression that the rules established by the Basel Committee are particularly well-suited to the specific characteristics of the US banking sector and the US model of real estate financing rather than to the European model. This negotiated outcome raises one fundamental question: how coordination among the European negotiators can be improved in future so that European interests are ultimately reflected in negotiated outcomes in international bodies such as the Basel Committee.

At the same time, the question which immediately arises is how the package finalising Basel III can be implemented appropriately in light of the specific features of the European banking sector. There is a fine line to be trodden here: on the one hand, in terms of its fundamentals,

implementation must reflect the outcome negotiated at the international level; in other words, it must be Basel-compliant. On the other, implementation must take account of the specific features of the European financial model and, as far as possible, avoid negative impacts on the real economy.

More generally, some thought should be given to the possibility of making European implementation of the Basel package contingent on its successful and effective implementation in other jurisdictions (primarily the US). After all, other jurisdictions have on occasion turned in a much worse performance in operationalising the older Basel standards. The standards developed in the Basel Committee are not an end in themselves: their ultimate aim is to create a level playing field at international level. In that sense, from a European perspective, it is important to keep a close eye on whether and how these standards are implemented in other parts of the world and to adapt our own implementation efforts if necessary.

A further aspect that will gain in importance in relation to financial market regulation during the new parliamentary term is sustainable finance. The issue of sustainability as a whole has rightly received more attention in recent years. If the very ambitious national, European and international climate commitments are to be fulfilled and the transition to a lower-carbon economy is to be successful, all sectors of the economy must make a contribution. Within the market, there is growing demand from private and institutional investors alike for sustainable financial products, as well as for reliable information about such products. This demand can be utilised to close the existing investment gaps affecting the attainment of climate and energy targets.

From the legislator's perspective, then, creating appropriate market-compliant incentives must be a priority in order to

steer investment into projects that are both profitable and sustainable and support the transition to a lower-carbon economy, but without creating the wrong incentives that may exacerbate the formation of economic bubbles and the concentration of risk. There is no empirical evidence to support the assumption that sustainable investments are per se less risky than other types of investment. Notions of preferential regulatory treatment for green investments, especially in relation to capital requirements, should therefore be rejected on principle, for they call the risk-based supervisory regime into question and, ultimately, would merely open the way for the next crisis. The same applies to thoughts of waivers for green investments in Member States' budget deficits.

Instead, when it comes to sustainable finance, the priority must be to give private and institutional investors the right information to enable them to make informed investment decisions. In essence, a taxonomy that defines a sustainable investment according to transparent and objective criteria is therefore the right approach. Currently,

however, the taxonomy is little more than an empty shell that has yet to be filled with life via implementing legislation. But the devil is in the detail here, and it is important to be vigilant so that these detailed regulations do not create a mountain of red tape. Any idea of categorising certain industrial sectors as essentially non-sustainable should also be dropped, for it is precisely these industrial sectors with a currently poor ecological footprint that ultimately offer the greatest savings potential.

The unifying element between the topics of sustainable finance and implementation of international capital standards is that in both cases, we need regulation in moderation. This means regulation that is proportionate and takes adequate account of the market's specific features. This should be the leitmotif of European financial market regulation in 2020.

Markus Ferber, MEP, is Spokesperson for the European People's Party (EPP) in the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON).



Positions

Position paper on the reform of the Consumer Credit Directive (2008/48/EC)

The EFBS participated in the European Commission's public consultation on the evaluation of the Consumer Credit Directive (CCD), submitting a position paper dated 8 April 2019.

From the EFBS's perspective, there is an urgent need for clarification in relation to creditworthiness assessment of consumers who are jointly and severally liable for the obligations under the loan agreement. The Directive must include provisions that allow for the possibility to conclude a consumer loan agreement if, considering the income and financial position of all the borrowers, particularly spouses, there is joint capacity to assume the commitments under the loan. Otherwise, there would be no allowance made for situations in which, in the event of a lack of clarity in the creditworthiness assessment due to one of the consumers not being individually creditworthy, their lack of income is compensated for by the income of the other partner.

The EFBS also made the case, in this context, for the right of withdrawal to be consistent with the provisions of the Consumer Rights Directive. A uniform withdrawal regime should be achieved in all EU Member States. Furthermore, the EFBS was of the opinion that the information requirements under the CCD urgently need to be reviewed in light of the negative effects of an information overload for the consumer.

Position paper on the evaluation of the Directive concerning the Distance Marketing of Consumer Financial Services (Directive 2002/65/EC)

The EFBS submitted a position paper, dated 2 July 2019, in the context of the European Commission's consultation on the evaluation of Directive 2002/65/EC of 23 September 2002 concerning the distance marketing of consumer financial services.

The traditional sale of financial services through a personal approach to the consumer or a personal approach by the consumer, in the simultaneous presence of both parties, is increasingly often supplemented by sale using means of distance communication. A growing number of consumers no longer wish to be restricted to the opening hours of suppliers and intermediaries and opt in favour of obtaining information quickly and easily by electronic means and concluding contracts exclusively by means of distance communication. Against this background, there is an increase in the number of undertakings operating in the financial services sector, which mostly offer a targeted sale using means of distance communication under this Directive, as a supplement to the traditional sale of financial services.

The EFBS supports the aim of the Directive to strengthen the internal market through consumer protection in the field of the distance marketing of financial services. However, subsequent to the entry into force of this Directive, a number of product-related Directives have been adopted which also relate to distance marketing and lead to questions of demarcation and interpretation. To ensure legal certainty and legal clarity, the EFBS called for these issues to be addressed by giving precedence to the product-related Directives.

In particular, the EFBS also called for the retention and establishment of the model of the reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect average consumer. This model is also the basis for the settled case-law of the Court of Justice of the European Union and should not be changed to the model of “an immature, vulnerable consumer”. In the EFBS’s view, this model of a “reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect average consumer” should be established in the Directive in order to ensure a uniform level of consumer protection in the EU.

Furthermore, the EFBS called for consistency of the information requirements with other provisions in Community legislation. In respect of the pre-contractual information requirements in particular, there is a need for amendments in light of the restrictions of the distance marketing means of communication.

The EFBS also proposed to the European Commission that post-contractual information options be expanded and that for reasons of legal certainty, the time limit for withdrawal be uniform in all Member States. For example, provision could be made for an expiry of the right of withdrawal after 12 months, as in the Consumer Rights Directive (Directive 2011/83/EU).

Implementing the final BASEL III reforms into EU law

After the Basel Committee on Banking Supervision reached agreement on the final Basel III framework in December 2017, the EFBS monitored the preparation, by European lawmakers, of the legislative proposals for implementing the framework into EU law.

In May 2018, the European Commission requested the European Banking Authority (EBA) to estimate the impacts of the Basel III decisions on European credit institutions, with a particular focus on potential obstacles to implementation and effects on individual business operations and business models. The EBA published this impact assessment on 5 August 2019. A separate assessment (Part II) relating to the Fundamental Review of the Trading Book (FRTB) and Credit Valuation Adjustment (VCA) was published on 4 December 2019. The EFBS produced comprehensive position papers and held discussions with the EBA in connection with both these reports.

In relation to both publications, in addition to conducting impact assessments, the EBA provided the European Commission with a set of policy recommendations on the process for implementing the Basel III framework. In general, the EBA voiced support for the full implementation of the final Basel III standards with as little modification as possible, on the grounds that this would strengthen the European banking sector internationally and allow the continued use of risk-sensitive approaches under supervision law. Regrettably, in neither the first nor the second EBA publication is special consideration given to the specific characteristics of the European banking landscape. In particular, the potential need for adjustments in order to take account of specific types of business model and specialised institutions is not considered.

Based on the EBA’s publications, the European Commission also consulted interest groups on the implementation of the final Basel III framework. Here too, the EFBS submitted a position paper and held accompanying discussions with representatives of the Commission and the EBA.

Throughout this period, in discussions with EBA and Commission officials, the EFBS advocated for proportionate implementation of the Basel III framework, making reference inter alia to issues relating to operational and market risk.

Position paper on the banking package

The banking package (revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRMR) has preoccupied European legislators since 2016. The purpose of this legislative package is to reduce risk in the banking sector and further increase resilience to possible shocks. The EFBS was particularly concerned to achieve equal treatment with other credit institutions. The EFBS’s work in this context focused especially on adequate consideration of the baupar system in the calculation of the leverage ratio. However, the Commission’s proposal on the revision of the CRR, published in November 2016, did not make provision for this.

The EFBS’s demand was taken up first by the Social Democratic rapporteur in the European Parliament in his draft report in November 2017. The option for adequate consideration of specialised institutions in the calculation of the leverage ratio was then endorsed by the European Parliament’s Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) with the adoption of the report in June 2018.

Initially, however, this option did not feature in the general approach adopted by the Council of the European Union in May 2018. With the involvement of the European Commission, however, it proved possible, in autumn 2018, to produce a version of the text with specific wording that the Council was able to endorse in the trilogue on 21–22 November 2018. The EU economics and finance ministers gave their political agreement to the outcome of the negotiations on 4 December 2018. After being approved by the European Parliament and the Council of the European Union, the regulations constituting the banking package were finally signed on 20 May 2019. Their publication in the Official Journal of the European Union on 7 June 2019 brought the lengthy legislative procedure on the banking package to a close.

The provisions of relevance to the *bausparkassen* on the calculation of the leverage ratio can be found in Article 429(8) CRR, which allow the possibility of netting in relation to pre-financing or intermediate loans. The EFBS was thus successful in its efforts to avert unjustified inequality in the regulatory treatment of the *bausparkassen* in the calculation of the leverage ratio.

Position paper on the EBA's Draft Guidelines on loan origination and monitoring (EBA/CP/2019/04)

On 19 June 2019, the European Banking Authority (EBA) published a Consultation Paper on Draft Guidelines on loan origination and monitoring (EBA/CP/2019/04). The EFBS participated in this consultation process, submitting a position paper dated 30 September 2019.

With the Guidelines, the EBA is proposing, for the first time, the introduction of requirements for providers of consumer credit under the Consumer Credit Directive (CCD), particularly in the field of creditworthiness assess-

ment. The content of the existing 11 provisions set out in the EBA Guidelines on Creditworthiness Assessment (EBA/GL/2015/11), currently applicable solely to credit agreements relating to residential immovable property (MCD), will be retained and incorporated into the 100+ new provisions of Section 5.

In the EFBS's opinion, the EBA's planned Guidelines are too far-reaching and lack consistency with the relevant level 1 provisions (CCD and MCD).

The EBA continues to find new definitions which are different from those existing in the various Directives. In the EFBS's opinion, in so far as the draft Guidelines are maintained unchanged, this would lead to extensive information requirements, more bureaucratic counselling interviews and prolonged processing times due to the significantly increased effort involved in analysis and processing. All this would have a detrimental impact on the terms and conditions for customers, without justification in terms of the risk content of the credit transaction. In the EBA's consultation process, the EFBS therefore called for more account to be taken of the diversity of the credit industry and, in particular, for greater consideration to be given to focused small-scale credit business characterised by the *bauspar* sector.

The EFBS also pointed out that the EBA Draft Guidelines envisage the adoption of legal provisions in areas that are the purview of the European legislator. A review of the relevant Consumer Credit Directive (CCD) and Mortgage Credit Directive (MCD) is currently under way. In the EFBS's opinion, it would make sense to wait for the findings of this review. Otherwise, a situation might arise in which lenders would first have to implement the EBA Guidelines, which might become obsolete as a consequence of the CCD or MCD review, or the Guidelines might inform future legislation. Both these situations should certainly be avoided.



The EFBS in 2019

Committees

In 2019 the three specialised committees of the European Federation of Building Societies, the housing and marketing committee, the legal affairs committee and the financial affairs committee, each met twice. The specialised committees focused on topical issues of relevance to the bauspar system. The semi-annual meeting took place in Brussels on 21–22 March 2019. The annual meeting was held in Prague on 16–17 October 2019.

In the **spring meeting of the financial affairs committee** Paul Beck, assistant to Peter Simon, former rapporteur from the European Parliament, gave some insights regarding the work around the finalisation of the banking package and focused on the for Bausparkassen relevant issues such as proportionality, capital requirement and reporting. Olli Castren, European Banking Authority (EBA), presented on the call for advice and the linked implementation of the final Basel III rules.

In the **autumn meeting of the financial affairs committee** Sergio Materazzi from the Single Resolution Board (SRB) and Jan Bursa from the Czech national bank were the guest speakers in Prague. Sergio Materazzi focused on the current work regarding MREL. Jan Bursa dealt with the question of how proportionality is reflected in the supervision of the various supervisory authorities.

In the **spring meeting of the legal affairs committee** the consumer credit directive (CCD) and the mortgage credit directive (MCD) have been discussed. Paulo Silva from the European Commission spoke regarding the review process of the mortgage credit directive and Francesco Pontiroli-

Gobbi gave insights into the evaluation of the consumer credit directive. Martin Küchler from the Permanent Representation of the Federal Republic of Germany to the European Union reported on the ongoing negotiations regarding collective redress among the Member States in the Council of the European Union. Additionally, the topic of sustainable finance has been presented on internally.

In the **autumn meeting of the legal affairs committee**, these topics were further discussed. Emphasis was put on the exchange of national experiences with and the implementation of the European guidelines and projects.

In the **spring meeting of the housing policy and marketing committee** the representatives of the several Bauspar countries reported respectively on the current developments. Olga Martínez de Briones from the European Commission, summarised the work of the European Commission in the areas of housing supply and help for the homeless. Florian Haagen from finAPI, explained the possibilities which result from the processing of bank account data for the credit industry, especially due to the interface stemming from the PSD II, and how to make use of those.

In the **autumn meeting of the housing policy and marketing committee** Jacub Křenek, ADison, summarised the current trends in digital marketing while paying attention to the behaviour of different generations. Diana Rádl Rogerová, Deloitte Czech Republic, presented current trends and developments from the Czech banking sector and Bauspar market.

EFBS Public relations work

Re-election of the EFBS Management Board

The European Federation of Building Societies (EFBS) issued a press release on 17 October 2019 informing about the re-election of the Management Board which was elected during the annual meeting of the EFBS.

Jan Jeníček, Chairman of the Board of Raiffeisen stavební spořitelna a.s. (Czech Republic), was re-elected as President of the EFBS. Uwe Körbi, Member of the Management Board of the Bausparkasse LBS West (Germany) and Professor Andreas Grünbichler, Board Member of Bausparkasse Wüstenrot AG (Austria), were re-elected as 1st and 2nd Vice-President.

Since 2018 Christian König, Managing Director of Verband der Privaten Bausparkassen e.V. (Germany), has been Managing Director of the activities of EFBS.

The Bauspar system in the Czech Republic and ECB's zero-interest policy

In addition, Jan Jeníček and Christian König, respectively the President and Managing Director of the European Federation of Building Societies (EFBS), took the opportunity for a press conference during the annual meeting of the EFBS in Prague on 16 and 17 October 2019. With the representatives of the press present, an exchange on the current situation of Bausparen in Europe and especially in the Czech Republic took place.

With 3.2 million customers in the Czech Republic, about one third of the population uses the services of Bausparkassen. This makes the Czech Republic the third largest Bausparkassen market in Europe after Germany and Austria, with 6 percent of the deposits of all European Bausparkassen. This is shown not least by the fact that "the Czech Republic is already one of the countries with a traditional and stable Bauspar system", said Jeníček.

In addition to Bausparen in the Czech Republic, the zero-interest rate policy of the European Central Bank (ECB)

was also discussed. Due to the low interest rate level, real European yields are negative even for longer-term deposits. "Before 2016, eurozone countries had practically always achieved positive real yields. If today's developments remain unchanged, people's incentives to save will be further impaired," König said.

It was also made clear, however, that countries such as the Czech Republic with their own currency and monetary policy would not be directly affected by ECB policies. There, too, the growth of real estate prices was higher than income growth and many savings products thus had negative returns once adjusted for inflation. According to Jeníček, however, Bausparen in the Czech Republic currently still has an actual yield of 3.7 percent, taking inflation into account.

Bursting the dreams of home ownership

The ECB President's inauguration also provided an opportunity to remind the new ECB leadership of the long-term risks of its current monetary policy.

Despite the low construction interest rates and the favourable financing possibilities for a property purchase, EFBS urgently pleaded for a renunciation of the ECB's zero interest rate policy. In an interview with the *Börsen-Zeitung* on 2 November 2019, the Managing Director of the EFBS, Christian König, pointed out that throughout Europe the development of incomes and real estate prices are diverging more and more. This is also a consequence of monetary policy. "At least in urban areas, it is becoming increasingly difficult for average earners in large parts of Europe to fulfil their dream of owning their own home, despite extremely low construction interest rates," emphasised König. This is also reflected in the figures for residential property construction, which, with a few exceptions, has reached "a historically low level" in many places.

The purchase prices for residential property have risen by around a quarter in Germany and Spain since 2015, and by almost 10 percent in France. König described these average values as "not yet particularly worrying". However, he

explained that the housing markets are regionally very differentiated. Problems were particularly noticeable in urban areas. In these areas, König stated that purchase prices had doubled in some cases.

“The flight of investors towards concrete gold has driven up real estate prices in most European countries,” König said. During the same period, however, the income of private households in the eurozone has only risen slightly. This development could also be observed in non-euro countries. They could not completely escape the influence of the ECB in monetary policy. For example, residential property prices in the Czech Republic have risen by 37 per cent since 2015, in Hungary by as much as 40 per cent.

“We hope for Christine Lagarde and that the change at the top of the ECB, which has now been completed, will also lead to a renunciation of the zero-interest rate policy in the medium term”, König said.

The EFBS fears that otherwise the motivation to save will be damaged overall - and with it the opportunities to build up equity. Today's savings therefore also contribute to the long-term stability of the housing markets.

König, who is also Managing Director of the German Association of Private Bausparkassen, expressly pointed out that this is not just about German savers, as is often claimed in the discussion on ECB monetary policy: “All European savers are suffering”.

The investment behaviour hardly differs from one another. And there are real negative yields for short-term investments in Spain, Italy, France and the Czech Republic, emphasised König. Even with investments over two years, European savers today would lose money almost without exception. ECB statistics showed that the situation in the eurozone was quite different before 2016.

Reform of the Consumer Credit Directive

The consultation on the reform of the Consumer Credit Directive (Directive 2008/48/EC) was used by the EFBS to draw attention to two key issues in its press release on 15 January 2019:

1. focus on the obstacles to cross-border competition
2. clarification of the rules on lending

The European internal market has now been in existence for over 25 years. Nevertheless, today fewer than 7 per cent of consumer credits are concluded cross-border. Language barriers are the main reason for this. “Regulations”, according to König, Managing Director of the EFBS, “make no difference”. The European Commission must bear this in mind. However, the number of cross-border agreements could be higher. To this end, the EU would have to dismantle the barriers it has created itself.

König: “According to the Rome I Regulation, the consumer himself, even after countless consumer protection directives and regulations, does not have freedom of choice of applicable law to conclude a credit agreement, with possibly more favourable conditions, offered by a creditor in another EU Member State.” Credit institutions are still prohibited from offering agreements under their domestic law to citizens in another EU Member State. This limits the desirable diversity. These barriers have long ceased to exist in the movement of goods.

With respect to lending, the European legislators could provide legal clarity in the rules on the creditworthiness assessment. “Uniform limit values for income and level of debt make no sense with the income disparities in the EU”, the Federation spokesman explained. It is important in any case, when calculating the borrowing capacity, to take account of household income – not the individual income of the borrower. The provisions of credits denominated in foreign currency, which differentiate between currency of income and currency of residence, have failed in their protective purpose and have led at present to the exclusion of cross border commuters.



Housing sector trends in Europe

Growth in construction activity across Europe weakened in 2019. In the 19 European countries whose construction activity is reported by the member institutes of the Euroconstruct network, investment increased by an average of 2.3 percent. In 2018, the growth rate was 3.2 percent; the previous figure was 3.9 percent. In the four Eastern European countries reviewed, the pace of expansion slackened from 12.8 percent to a still respectable 7.3 percent; in Western Europe, by contrast, investment growth shrank to 2.0 percent. Construction activity is entering calmer waters in all countries: the Euroconstruct experts are predicting a further slowing of the pace for 2020 as well. Investment increased in just three countries in 2019 compared with the previous year: in Italy (from 1.9 percent to 2.6 percent), Norway (from 1.0 percent to 4.6 percent) and the United Kingdom (from 0.3 percent to 0.7 percent). In 2019, Hungary once again led the field with the highest growth (+13.3 percent), followed by Ireland (+10.5 percent) and Poland (+8.0 percent).

More restraint in residential construction investment, signs of stagnation

In 2019, spending on residential construction rose by 1.3 percent – weaker growth than at any time since 2013, when investment in new builds, renovations and extensions of existing buildings fell by 1.4 percent. The Euroconstruct economists are predicting a further slowing of the pace for 2020 and finally stagnation in 2021. The experts expect a decline in investment in residential construction in six countries in the current year and in 10 countries – more than half the countries reviewed – in 2021. As before, renovation of existing buildings accounts for the major share

of investment in residential construction (55 percent), with spending on new builds amounting to around 45 percent.

In Eastern Europe, the rate almost halved from 11.3 percent to 6.3 percent (adjusted downward). The sharpest decline was observed in Hungary, with growth falling from 17.0 percent to 9.1 percent. Only Slovakia saw an uptick (from 9.4 percent to 11.7 percent). In Western Europe, the strongest increase in spending was seen in Ireland (+7.9 percent), as in the previous year, and in Portugal (+7.1 percent) and Spain (+6.4 percent). By contrast, the housing markets in Sweden (-7.6 percent), Finland (-3.1 percent), Switzerland (-2.1 percent) and France (-1.2 percent) experienced sometimes sharp declines. Between these extremes, there are 13 countries with broadly similar growth rates, ranging from 1.0 percent (United Kingdom) to 3.5 percent (Austria). Spending on renovation of existing buildings as a percentage of total investment is highest in Italy (82 percent) and lowest in Switzerland (27 percent).

Between boom and recession – European diversity in new residential construction

The construction industry is currently trading on the substantial number of building permits issued in previous years, with a 6.2 percent increase in housing completions in 2019 compared with 2018. In total, 1.81 million dwellings were built (+106,000 units). In Western Europe, the pace slackened somewhat (+5.3 percent, compared with +5.8 percent in 2018). In Eastern Europe, by contrast, there was a further strong surge (+11.3 percent, compared with 7.4 percent in 2018).

A more detailed look at each of the 19 Euroconstruct countries reveals not only differing national trends but also extremely volatile longitudinal developments. The strongest increase in the number of housing completions was seen in Hungary (+41.4 percent, or 25,000 units), where growth of 22.9 percent had been recorded in 2018. In Ireland, 21,100 units were completed, equating to growth of 17.0 percent. After leading the field with growth of 37.7 percent in 2018, Portugal slipped back to a “mere” 11.2 percent. This puts Portugal behind France, where 45,700

more dwellings were built (+11.5 percent). In terms of the absolute number of completions, France still leads the field, with a total of 441,700 housing units completed here in 2019. It is followed by Germany (300,000 dwellings, 4.9 percent more than the previous year) and Poland (203,000 dwellings, 9.7 percent more than the previous year). In Sweden, the number of completions dropped by 11.8 percent and now stands at 61,600 units. The experts are predicting an even sharper decline – 13.1 percent – in Sweden in 2020. It is a similar picture in neighbouring

Residential construction volumes in Europe by country

(Real change compared to previous year in %)

COUNTRY	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgium	3,7	3,5	1,6	1,9	1,6
Denmark	5,8	7,4	10,3	2,1	1,9
Germany	1,2	3,9	2,3	1,9	1,1
Finland	1,3	7,1	3,2	4,4	-3,1
France	-1,0	4,2	6,2	2,0	-1,2
United Kingdom	3,3	6,5	6,6	2,1	1,0
Ireland	8,7	12,0	18,5	22,8	7,9
Italy	-1,6	1,9	1,2	1,3	1,9
Netherlands	14,0	15,0	8,3	7,8	2,1
Norway	0,1	6,9	9,0	-5,9	2,1
Austria	0,9	2,3	5,1	2,1	3,5
Portugal	7,8	5,3	15,2	5,0	7,1
Sweden	17,7	12,1	10,2	-4,0	-7,6
Switzerland	1,8	1,9	1,2	0,7	-2,1
Spain	3,6	9,6	12,0	9,1	6,4
WESTERN EUROPE TOTAL	2,0	5,2	5,0	2,5	1,1
Poland	4,7	5,2	9,8	13,5	6,6
Slovakia	-2,1	9,6	3,5	9,4	11,7
Czech Republic	14,5	9,6	6,0	5,6	3,6
Hungary	1,0	17,6	31,6	17,0	9,1
EASTERN EUROPE TOTAL	5,7	8,0	10,5	11,3	6,3

1) Estimate

Finland: strong growth in the number of completions in 2018 (+19.6 percent) was followed by a clear dip into negative figures (-6.3 percent) in 2019. The outlook remains gloomy: the experts are predicting that just 35,000 dwellings (-12.5 percent) will be built here in 2020, with a further steep drop in the years thereafter.

Price rises across the board

In 2019, residential property prices – except in Italy – again moved in just one direction: upwards. In the first three quarters of 2019, house prices, as measured by Eurostat's House Price Index (HPI), rose by 4.1 percent compared with the same period the previous year. The average price of residential property in the European Union has been ris-

Residential construction volumes in Europe by country

(Absolute figures in million euro)

COUNTRY	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgium	19.861	20.912	21.251	21.646	21.995
Denmark	13.929	14.563	16.057	16.389	16.707
Germany	173.685	189.150	193.419	197.090	199.312
Finland	12.820	14.656	15.122	15.785	15.295
France	97.254	101.161	107.383	109.500	108.156
United Kingdom	79.179	85.580	91.208	93.157	94.067
Ireland	5.477	6.090	7.217	8.860	9.555
Italy	79.606	81.810	82.791	83.851	85.416
Netherlands	25.385	29.376	31.827	34.305	35.010
Norway	16.538	17.616	19.195	18.070	18.445
Austria	16.306	17.278	18.167	18.540	19.181
Portugal	6.690	7.043	8.115	8.522	9.124
Sweden	16.059	17.811	19.619	18.841	17.412
Switzerland	28.561	28.106	28.451	28.660	28.059
Spain	40.187	45.310	50.727	55.360	58.931
WESTERN EUROPE TOTAL	631.536	676.461	710.550	728.576	736.664
Poland	11.459	12.103	13.292	15.086	16.082
Slovakia	1.081	1.226	1.270	1.390	1.552
Czech Republic	3.764	7.504	7.956	8.400	8.700
Hungary	1.893	2.363	3.111	3.640	3.972
EASTERN EUROPE TOTAL	18.197	23.196	25.628	28.515	30.305

1) Estimate

ing since 2014. The annual rate of price growth between 2016 and 2018 alone was 4.7 percent.

Despite a very respectable number of completions, supply in Hungary is failing to keep up with demand. Price increase rates above 10 percent annually are the consequence. In the first three quarters of 2019, the increase amounted to 12.9 percent. By contrast, construction activity in France is still

dampening down price rises: here, house prices increased by an average of 3.1 percent between January and September 2019. In Ireland too, the price surge tapered off: during the period under review, prices were 2.9 percent higher than in the same months the previous year.

Once again, price growth in Germany was stronger than the general trend (1st to 3rd quarter 2019: +5.1 percent),

Residential construction in Europe by country

(Number of completions¹ per 1,000 dwellings)

COUNTRY	2015	2016	2017	2018	2019 ²
Belgium	49,9	45,0	47,8	45,9	49,8
Denmark	15,0	22,0	31,0	33,0	34,0
Germany	247,7	277,7	284,8	285,9	300,0
Finland	28,0	30,2	35,7	42,7	40,0
France	359,1	345,5	367,4	396,0	441,7
United Kingdom	166,3	165,6	186,6	190,0	191,0
Ireland	7,2	9,9	14,4	18,0	21,1
Italy	86,2	81,6	80,6	83,1	88,0
Netherlands	48,4	54,9	63,0	66,6	69,0
Norway	28,1	29,4	31,6	32,8	34,0
Austria	46,1	48,5	52,9	58,5	57,6
Portugal	6,1	8,0	9,0	12,3	13,7
Sweden	41,1	53,6	64,1	69,8	61,6
Switzerland	53,1	52,0	50,2	54,0	53,0
Spain	45,2	40,1	54,6	64,4	75,0
WESTERN EUROPE TOTAL	1.227,6	1.263,9	1.373,6	1.453,1	1.529,5
Poland	147,8	163,3	178,3	185,1	203,0
Slovakia	15,5	15,7	16,9	19,1	20,2
Czech Republic	25,1	27,3	28,6	33,9	36,4
Hungary	7,6	10,0	14,4	17,7	25,0
EASTERN EUROPE TOTAL	196,0	216,3	238,2	255,7	284,6
EUROPE TOTAL	1.423,6	1.480,3	1.611,8	1.708,8	1.814,1

1) Construction of new residential properties

2) Estimate

but here too, there are signs of a slight slackening of the pace. Residential property is also becoming increasingly expensive in Austria, although the trajectory is tailing off somewhat (1st to 3rd quarter 2019: +5.7 percent; 2018: +6.6 percent).

Higher savings rates in most European countries in 2019

Although risk-free savings deposits currently yield a return of roughly 0 percent or less, savings rates have increased in most European countries. However, the interest rate is only one of several factors influencing decision-making by saver households, security of investment is another. The

Country comparison of savings rates of private households (as % of disposable income)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE					
	2005 to 2014	2015	2016	2017	2018	2019 ¹
Belgium	8,4	5,5	5,4	5,2	4,8	5,1
Denmark	-1,1	3,9	4,5	6,2	6,6	3,9
Germany	9,9	10,1	10,2	10,4	11,0	11,0
Finland	0,9	-0,5	-1,3	-1,1	-1,2	-0,4
France ²	14,8	13,7	13,6	13,5	13,8	14,7
Greece	-	-	-	-	-	-
United Kingdom ²	8,7	9,9	7,2	5,3	6,1	6,4
Ireland	4,1	3,9	3,2	6,0	5,8	5,8
Italy	5,7	2,9	3,0	2,5	2,5	4,3
Netherlands	6,4	9,5	10,3	8,8	8,4	7,8
Norway	5,2	10,3	7,3	6,7	6,5	6,7
Austria	9,9	6,7	7,7	7,3	7,7	7,7
Portugal ²	8,4	6,9	7,0	6,6	6,5	7,0
Sweden	10,9	12,1	13,9	13,3	15,4	17,1
Switzerland	16,5	18,2	17,8	17,3	17,3	17,6
Spain	2,9	3,0	2,8	1,2	1,5	2,3
Poland	1,1	-0,4	1,5	0,4	0,3	1,4
Slovakia	1,3	3,1	2,9	2,5	2,6	4,0
Czech Republic	6,8	6,8	6,5	4,4	6,0	6,7
Hungary	6,0	7,3	7,0	6,6	6,9	6,6
Japan	2,1	1,2	2,9	2,5	4,3	4,5
Canada	3,6	4,3	1,6	1,5	1,4	1,6
USA	5,6	7,6	6,8	7,0	7,7	8,1

1) Estimate

2) Gross savings

continued economic recovery, which pushed up incomes and improved saving and consumption capacity again in 2019, is also likely to have been a significant factor. It is notable that across the European Union countries – whether in the euro area or not – there has been something of a convergence of savings rates. Currently, the majority of countries fall within a spectrum ranging from roughly 3 percent to just under 7 percent.

Sweden (17.1 percent) is an anomaly: it has now taken over from Luxembourg (14.5 percent) at the top of the leaderboard. With a savings rate of 11.0 percent, Germany – supposedly the world's champion saver – is trailing some way behind. Negative savings rates were again recorded in two countries where households' spending exceeds their disposable income: Finland, with a savings rate of -0.4 percent, and Latvia, with -0.2 percent. In both countries, how-

Country comparison of short-term interest rates¹

(in %)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE					
	2005 to 2014	2015	2016	2017	2018	2019 ²
Belgium	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Denmark	2,1	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4
Germany	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Finland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
France	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Greece	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
United Kingdom	2,6	0,6	0,5	0,4	0,7	0,8
Ireland	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Italy	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Netherlands	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Norway	3,0	1,3	1,1	0,9	1,1	1,6
Austria	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Portugal	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Sweden	2,0	-0,2	-0,5	-0,5	-0,4	0,0
Switzerland	0,8	-0,8	-0,7	-0,7	-0,7	-0,8
Spain	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
EURO AREA	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Poland	4,4	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Slovakia	1,9	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Czech Republic	1,8	0,3	0,3	0,4	1,3	2,1
Hungary	4,2	1,2	0,7	0,0	0,0	0,0
Japan	0,3	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Canada	2,1	0,8	0,8	1,1	1,8	1,8
USA	2,0	0,5	0,9	1,3	2,4	2,3

1) In most of the countries, interest rates for three months

2) Estimate

ever, the deficit has decreased. In Latvia, the many years of dissaving (with a savings rate of -16.5 percent recorded in 2013) was crisis-related. In countries which – unlike those already mentioned – use gross calculation¹, including France (14.6 percent) and the United Kingdom (6.6 percent), savings rates remained stable.

Zero interest rates: no end in sight

In 2019, the money market interest rate for three-month deposits in the euro area averaged -0.36 percent over the year, undercutting the previous year's low rate yet again. There is currently no prospect of an end to the zero/nega-

Country comparison of long-term interest rates¹

(in %)

COUNTRY	2005 to 2014	2015	ANNUAL AVERAGE		2018	2019 ²
			2016	2017		
Belgium	3,5	0,8	0,5	0,7	0,8	0,2
Denmark	3,0	0,7	0,3	0,5	0,5	-0,2
Germany	2,8	0,5	0,1	0,3	0,4	-0,3
Finland	3,1	0,7	0,4	0,5	0,7	0,0
France	3,2	0,8	0,5	0,8	0,8	0,1
Greece	8,6	9,6	8,4	6,0	4,2	2,4
United Kingdom	3,6	1,9	1,3	1,2	1,5	0,9
Ireland	4,9	1,1	0,7	0,8	0,9	0,3
Italy	4,3	1,7	1,5	2,1	2,6	2,0
Netherlands	3,1	0,7	0,3	0,5	0,6	0,1
Norway	3,5	1,6	1,3	1,6	1,9	1,5
Austria	3,2	0,7	0,4	0,6	0,7	0,1
Portugal	5,7	2,4	3,2	3,1	1,8	0,8
Sweden	2,9	0,7	0,5	0,7	0,7	0,0
Switzerland	1,8	-0,1	-0,4	-0,1	0,0	-0,5
Spain	4,3	1,7	1,4	1,6	1,4	0,6
EURO AREA	3,6	1,1	0,8	1,0	1,2	0,5
Poland	5,2	2,7	3,0	3,4	3,2	2,3
Slovakia	4,0	0,9	0,5	0,9	0,9	0,2
Czech Republic	3,5	0,6	0,4	1,0	2,0	1,5
Hungary	7,1	3,4	3,1	3,0	3,1	2,6
Japan	1,2	0,4	-0,1	0,1	0,1	-0,1
Canada	3,2	1,5	1,3	1,8	2,3	1,6
USA	3,3	2,1	1,8	2,3	2,9	2,1

1) In most of the countries, interest rates for 5 or 10-year government bonds

2) Estimate

tive interest rate policy, whose effects are steadily eating into the financial institutions' balance sheets. It also had an impact on monetary policy decisions in neighbouring and non-euro countries: in Switzerland, interest rates decreased again, reaching an annual average of -0.76 percent. Only the Czech Republic saw a moderate rise in the interest rate, from 1.3 percent to 2.1 percent.

In decision-making on the new heads of EU institutions, the question of who would succeed Mario Draghi as President of the European Central Bank (ECB) was resolved. With the appointment of Christine Lagarde, the position is now occupied by a noted lawyer with a previous career in politics who recently headed the International Monetary Fund. In its early years, the ECB was an important anchor of stability for Europe. For the ECB President, re-establishing this role for the ECB is likely to be the priority. In the interim, extreme political positions have been gaining ground in the EU Member States. The most visible sign of this polarisation is the United Kingdom's now completed exit from the European Union. Much of the confidence in stability-oriented and principled politics has been forfeited on the other side of the Atlantic as well. In the Far East, China emerged as an eco-

nomic and political titan some time ago; however, the West is still not entirely sure how it should respond.

Long-term interest rates also fell surprisingly quickly. In Germany, government bond yields were in negative figures (-0.29 percent). In Switzerland, consumer restraint and long-term cash deposits were "rewarded" with an interest rate of -0.54 percent. Several factors, all pointing in the same direction, put downward pressure on interest rates: firstly, the ECB's bond purchases deliberately target the long end of the interest rate curve; the inclusion of government securities in balance sheets has had an impact. Secondly, the upturn has gained a foothold (so far) and led to a positive outlook in many crisis-affected countries. Thirdly, a "secular stagnation-savings glut" has arguably led to a shift in interest rates, although this hypothesis has not yet been investigated to a sufficient extent.

There were positive interest rates in non-EU country Iceland (4.1 percent) and in Hungary (2.6 percent) and Poland (2.3 percent). In the euro area, interest rates – as a yearly average – were highest in Greece (2.4 percent) and Italy (2.0 percent).

1) Depreciations on assets of unincorporated enterprises and on owner-occupied homes are not deducted.



Sustainable finance

Green finance here to stay!

What has happened so far

Green finance has been the European Union's top theme at the latest since the publication of the European Commission's first action plan in March 2018. The EU Commission's announcement that it will launch many measures during the current legislative period, which runs until 2024, shows that green finance will remain a priority within European legislation.

The main objective is to ensure that the steering effect of the financial sector is developed. This steering effect is to be promoted above all by the Disclosure and Taxonomy Regulations, which were published in May 2018.

The regulation on disclosure requirements was finally adopted in March 2019. When it enters into force, institutional providers and providers of the following products will be subject to disclosure: (i) investment funds; (ii) insurance-based investment products (life insurance products with investment components available as individual retail life policies as well as group life policies); (iii) private and occupational pensions, (iv) individual portfolio management; and (v) both insurance and investment advice and are required to inform customers about the degree of sustainability of planned investments. In addition, the new regulation specifies how financial market participants and financial advisors must incorporate environmental, social or governance (ESG) risks and opportunities into their processes in order to act in the best interests of clients.

Through more transparency, public pressure is expected to lead to more sustainable investments. The EU regulation for a green "taxonomy" provides the framework for

this by laying down binding criteria that economic activities must meet in order to be considered "ecologically sustainable". Among other things, activities must meet the following conditions: (i) they must make a significant contribution to one of the six defined environmental objectives, (ii) they must not significantly affect any of these environmental objectives, (iii) they must meet the technical evaluation criteria that define, for each environmental objective, what constitutes a "significant" contribution and "significant" impairment, and (iv) they must be compatible with the minimum protection of workers. The six environmental objectives are: (i) climate change mitigation; (ii) climate change adaptation; (iii) sustainable use and protection of water and marine resources; (iv) transition to a circular economy, waste prevention and recycling; (v) pollution prevention and control; (vi) protection of healthy ecosystems.

For the so-called taxonomy, technical standards were developed by a technical expert group (TEG) of the European Commission. The TEG report contains, for example, details regarding the thermal insulation of roofs, facades or windows and doors in terms of sustainability. So far, renovation measures that achieve an improvement of about 30 percent of the previous standard are considered sustainable. In addition, the March 2020 report states that "major renovations" under the Energy Performance of Buildings Directive are considered sustainable activities as well. The renovation of existing buildings also plays an important role in the new European Green Deal of the European Commission, which was presented on 11 December 2019 and refers to an initiative for a renovation wave. This is to be published in the third quarter of 2020. The European Commission is expected to consult on this and bring together experts from different sectors to develop practical

proposals. The focus on renovation stems from the fact that the building sector within the European Union is one of the so-called “polluting” sectors. Public and private buildings are to be renovated in a resource-saving and energy-efficient manner in order to become more energy-efficient.

Current initiatives and ideas

In addition to the initiatives already completed or newly presented, the European Commission is also working on other priorities in the area of sustainable finance. These include developing an environmental label: the EU Ecolabel, the revision of non-financial reporting by public interest entities with more than 500 employees, and considerations on the introduction of a green supporting factor.

EU Ecolabel

At the end of December 2019, the Joint Research Center (JRC) of the European Commission presented a further report on the development of a European environmental label for retail financial services products, the so-called Ecolabel. The Ecolabel is intended to define the minimum environmental performance of financial products while aiming to reward the most environmentally friendly financial products. It is based on the requirements of the EU Ecolabel Regulation 66/2010. Life cycle assessments and product-related studies to assess environmental performance are to be used as sources of environmental information. The Regulation from 2010 defines its scope in Article 2: “This Regulation shall apply to all products and services which are offered on the Community market for distribution, consumption or use, whether in return for payment or free of charge (hereinafter referred to as “products”). The label is currently used for the identification of e.g. detergents or televisions.

In the current version of the report on financial services products, it is proposed, e.g. that saving accounts and deposits should carry this European ecolabel. This should be possible if the deposits serve to finance “green” loans, which should also lead to the avoidance of “green washing”. The current regulation applies to all products, so that specific criteria for financial products must first be developed. The work of the Joint Research Centre should serve as a base when the Directorate-General responsible for the financial market within the Commission takes over the lead on this topic. A legislative proposal for a Europe-

an Ecolabel for financial services products is expected in 2021.

Non-financial reporting

The European Commission identified missing transparency as one of the biggest obstacles while redirecting financial flows into sustainable investments. To eliminate information asymmetries amongst Investor and asset manager but also between industry and asset manager companies of more than 500 employees need to disclose how sustainable their activities are in their annual reports. The information to be disclosed focus on four areas: environment, social and employee issues, human rights, and bribery and corruption.

This is also laid down in the Directive on non-financial reporting (NFRD). The European Commission consults on the reform of this Directive in the first half of 2020. It is the ambition of the consultation to eliminate the remaining information asymmetries. Regarding the future implementation of the Taxonomy and Disclosure Regulations the need for non-financial information increases. Especially the Taxonomy Regulation will require companies included in the scope of the NFRD to disclose certain sustainable activities. Additionally, the consultation aims eliminating the overlap of reporting obligations. Generally, there is the necessity that (more) companies disclose (more) information to be able to design green financial products.

Green supporting factor

In addition, the “green supporting factor”, which provides for lower capital requirements for “green” investments, remains a relevant issue. The executive Vice-President in charge, Valdis Dombrovskis (Commissioner for Financial Stability), is open to the green supporting factor. However, there are also apparently opposing views within the competent Directorate General as well as in the European Parliament. Few tend to move towards the introduction of a brown penalising factor while others believe that capital requirements should generally be risk-based. The related question whether the acquisition of green housing, due to energy savings, leads to a lower risk of default on these loans has not yet been answered. In addition to an initiative of the European Mortgage Federation, supported by the European Commission, there is an initiative of the National Bank of Hungary and a study of the British National Bank on this subject.

The Hungarian National Bank (MNB) examined granting of loans regarding a possible introduction of capital relief for green loans. According to the MNB, green loans are at less risk of default. This, in combination with lower capital requirements, should lead to less risk in the field of green loans. The MNB also assumes that credit institutions, through better lending conditions, can increase the demand for (renovation) loans. The MNB also addresses the need to raise citizens' awareness in relation to climate change. In keeping with this, it is stated that green loans must be easy to identify, but also potential risks must be presented transparently.

The Bank of England too investigates links between the energy efficiency of housing and the performance of mortgages. It was considered whether the energy efficiency of buildings has an impact on repayment arrears. It was found that mortgage repayments on properties with high energy efficiency were 7 percent less likely to fall into arrears than medium and 18 percent less likely than low energy efficiency properties. Possible causes of this result were also examined, such as the financial background of the borrowers. The Bank of England comes to the overall conclusion in its publication that the risk of payment arrears in the case of properties with high energy efficiency is lower than in the case of buildings with medium or low energy efficiency. The energy efficiency of buildings should therefore already be considered in the risk analysis.

The new Austrian government also deals with the green supporting factor and included it in the coalition agreement. This agreement states on page 72: *"The Federal*

Government will therefore advocate at European level that banks require less capital cover for loans that make an effective contribution to the transition to a sustainable, climate-neutral economy. Such a "green supporting factor" would facilitate the granting of "green loans" and in this way make a valuable contribution to achieving our European climate objectives". In addition, the Austrian Federal Government also wishes to take a stand against so-called "greenwashing".

It is currently not clear, yet which proposals will be developed on European level. Generally, opinions among politician diverge quite substantially, not only regarding a green supporting factor but also towards sustainable finance in general.

Opportunities and risks for Bausparkassen regarding green finance

The Bausparkassen in their classic role as provider of energy efficient renovations follow the discussion in Brussels very narrowly. Financing Green in a new style and scope offers the industry new opportunities, because the willingness of savers with a Bauspar contract to invest here accordingly is traditionally high. What needs to be avoided is a mixture of political and regulatory security assessments with the wrong priorities, which would endanger the stability of retail financing or the banking system. It is a matter of striking a reasonable balance, which must be defended in Brussels.

Interview with MEP Sven Giegold



Sven Giegold has been a Member of the European Parliament and its Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) since 2009. He is also the spokesperson for the German Greens in the European Parliament, a position he has held since 2014.

The first three legislative proposals on sustainable finance have now been finalised. What contribution are you hoping this will generate from the financial services industry?

My biggest hope is that there will be a reduction in the environmental risks embedded in many financial institutions' balance sheets. The fact is that many of these institutions act as if climate change did not exist; they therefore do not correctly evaluate their climate-related risks. The most important contribution that sustainable finance can make is to create transparency about climate, environmental and social risks in financial institutions' balance sheets and thus help to lessen these risks.

The second significant outcome is that all major companies must produce environmental ratings. These ratings will ensure that transparency is created not only in finance but also in other sectors, where the real problems arise. This will strengthen companies that are working to align their business models towards sustainability.

In the taxonomy, there is currently an emphasis on the "E" in the ESG criteria. How do you see the situation evolving in future in relation to "S" and "G"?

At least the basic human rights standards of the United Nations and the International Labour Organization (ILO) have been directly incorporated into the taxonomy, and that is a major success. What this will mean in terms of the mandate, as set out in the taxonomy, for a comprehensive social taxonomy is still unclear at present. In gen-

eral, all companies would be well-advised to review their actions in relation to the governance and social dimensions very carefully, for these are other areas of potential risk that could cost them dear later on.

With the European Green Deal, various ambitious initiatives were published for a diverse range of sectors. Do you see any opportunity here to bring about change across the economy as a whole?

That depends on how much of what has been announced is actually implemented. I am very concerned to see that the German Government as a whole has not yet clearly stated its support for the ambitions set out in the European Green Deal. Instead, what we are increasingly getting from Berlin are signals that the brakes will be applied to the European Green Deal, which is exactly what happened recently with the implementation of the German climate package. The core idea behind the European Green Deal is to raise the level of ambition in climate action across all relevant sectors. Unfortunately, I think we must expect considerable national opposition to this. And yet for the financial services industry in particular, more green investment offers the prospect of a return to more normal interest rates at some point. In that sense, I am hoping for vocal support for the European Commission's plans from the financial services industry, at the very least. The lack of support for the European Green Deal from associations representing the "polluter sectors" will come as no surprise to anyone.

The building sector is one of the biggest energy consumers in the EU. The European Green Deal also refers to a “renovation wave” initiative, mainly focusing on energy efficiency upgrading. Which standards should apply here?

Look, I’m a finance expert, not a construction industry specialist. Admittedly, I was once on the board of a green housing association, so I am broadly familiar with the issues, but you have to look at the two topics separately. It is fair to say that the building sector is indeed one of the biggest problem areas in terms of energy consumption at present, but it is also part of the solution. Only by carrying out adequate renovation measures and switching to ecological construction will it be possible to achieve carbon neutrality at some point and develop the building sector into a carbon sink at the same time. As I see it, this also means that we need to be making sustainable use of wood in the building sector and minimising the use of cement. Alongside questions such as the optimal thickness of insulation and which heating systems should be used, there also needs to be a recognition that the building industry as a whole must become more eco-friendly. I’m talking about materials that convert energy-efficient building into ecological construction, thereby enabling the sector to become a major carbon sink. We can only utilise these opportunities if we overcome residual prejudices towards timber-based construction.

The Bank of England recently proposed a green supporting factor. This has now been introduced by the Hungarian Central Bank, and the European Commission in Brussels is considering a similar approach. Where do you stand on this issue?

Capital requirements must, as a matter of principle, be based on real risks. If it can be proved that the risks are lower for eco-friendly construction or other environmentally compatible production methods, it should be possible to reflect this in the capital requirements. So far, however, no such evidence has been presented. Several recent studies claim that loans that meet stringent environmental standards have a lower risk of default. We need to look at these studies very carefully and assess whether the effects of other variables have been considered to an adequate extent. For example, a precise analysis is required to determine if in fact the lower risk of default simply reflects study participants’ high income levels. In general, the rules on capital requirements should not be a form of economic development but must continue to be risk-pro-

portionate. Otherwise, every other stakeholder will soon start calling for them as well, and with that, we would ultimately jeopardise those privileges that we already have in place at present, such as SME factoring or justified exemptions in the building sector.

Do you see a similar line of argument with the brown penalising factor as well?

My answer to that links in with the previous question. Regardless of any thoughts on the green supporting factor, a requirement to consider high environmental risks in bank balance sheets already exists under the prudential rules in Pillar 2. Sadly, in practice, this is not yet being applied consistently by the ECB and the Bundesbank. What’s more, the EBA has not yet fulfilled its mandate stemming from the banking package to produce a suitable methodology for this. If the Pillar 2 rules were applied correctly, the brown penalising factor would already be provided for to an adequate extent and we could spare ourselves the discussion.

The depressing aspect of the entire debate about a green supporting factor or a brown penalising factor, in my view, is that the financial industry associations are yet again expending substantial resources on achieving what will ultimately be a minor easing of capital requirements at some point in the supervisory regime. Instead, the banks, insurers and Bausparkassen should be using their lobbying power to call for the European Green Deal or, putting it bluntly, they should be saying “please do it now”! As I said, the financial services industry has a lot to gain from the increased investment dynamics triggered by the European Green Deal. But I am hearing very little lobbying on this issue. It’s a missed opportunity.

For the past 10 years, a European regulation has been in place that establishes rules for EU ecolabels. You have to apply for a licence to use the ecolabels across Europe. The European Commission is now considering whether to extend the use of the ecolabel to green savings products or green loans as well. What do you think of the idea of an ecolabel for retail financial products?

I don’t have an environmental policy background, but if I have understood correctly, the Blue Angel would be used as the ecolabel. That is, of course, rather different from the more complex labelling schemes that we have in this

area, such as the letter-based system that is used to indicate energy efficiency. I think it is a very good idea to have an ecolabel like the Angel for retail financial services that conform to the taxonomy.

So we could avoid greenwashing and have a suitable standard.

Yes, that's the whole point. You can't categorise products as sustainable unless they conform to the taxonomy. The sustainable finance market in Europe is growing and is a global leader. If you want to avoid damage to the market, you have to try to prevent abuse.

If you were currently a member of the European Commission and were responsible for sustainable finance, what would you do first?

Ha ha! Well, first off, I would probably try to finalise the taxonomy, given that this is the basis for setting standards for green bonds.

I would also try to get the financial services industry round the table to address a key question, namely: "What are you doing to help me ensure that there is enough supply in the sustainable finance segment?" The sad reality is that the main issue facing sustainable finance is the lack of credible investment opportunities.

I think that the credit industry, including insurers, should have an interest in making progress on the Green Deal. So I would try to talk to all the stakeholders about how this can be achieved.

Thank you, Mr Giegold. We would support that approach as well.

The conversation between Sven Giegold, MEP, and Christian König, Managing Director of the European Federation of Building Societies, took place on 25 February 2020.



Court of Justice in 2019

Cases before the Court of Justice of the European Union

Requests for a preliminary ruling

Case C-287/19: Payment Services Directive (Directive (EU) 2015/2366) – mechanism for changing general terms and conditions

(European Commission Opinion, 25 July 2019)

In Case C-287/19, the Court is requested to rule on a referral from the Oberster Gerichtshof (Austria). These proceedings concern the permissibility of a clause giving rise to the tacit consent of the consumer to changes to conditions in connection with the Payment Services Directive (Directive (EU) 2015/2366).

The facts of the case are as follows:

DenizBank AG uses general terms and conditions in the course of trade, inter alia for the use of payment cards provided with the Near Field Communication (NFC) function. With these payment cards, consumers can pay low value sums of up to EUR 25 in a contactless manner without entering their PIN code. For the use of the card, the bank does not have to prove that the payment transaction was authorised, and liability for unauthorised payments and the risk of misuse are borne by the customer. The general terms and conditions include a tacit consent clause, pursuant to which the payment service user will be deemed to have accepted proposed changes in the conditions unless he or she notifies the payment service provider before a specified date that the changes are not accepted.

In the case at hand, the use of the card with the NFC function was agreed between the bank and a consumer by

means of tacit consent to the changed terms on the basis of the said clause in the bank's general terms and conditions, which is permissible in principle pursuant to point (6)(a) of Article 52 in conjunction with Article 54(1) of the Directive.

The applicant objected to the said clause in the bank's general terms and conditions on the ground that it was unfair.

As regards the question of the validity of the said clause, the Court was requested inter alia to consider the question whether point (6)(a) of Article 52 in conjunction with Article 54(1) of Directive 2015/2366/EU (Payment Services Directive) is to be interpreted as meaning that tacit consent can also be agreed with the consumer for any conceivable contractual conditions without any restriction.

The European Commission has issued an Opinion and a Recommendation for a decision on this issue.

Due to the nature of the NFC function as a "separate anonymous payment method", the European Commission proceeds from the assumption, in respect of the first question, that this does not require an answer, as a separate contract on the introduction of the NFC function is available. In terms of security and liability, the NFC function has very different features from those of the payment instrument originally agreed on. The agreement, in the European Commission's view, should thus be regarded as a separate contract and not as a change in the conditions. The consumer's tacit consent therefore cannot be deemed to apply without restriction to additional or, indeed, to new contractual services. Otherwise, this would result in

a unilateral power of amendment in favour of the credit service provider, which would run counter to a high standard of consumer protection.

Judgment

Case C-430/17: Obligation to provide information on the right of withdrawal in distance sales when there is limited space or time; requirement to include instructions on withdrawal and the model withdrawal form on a mail order coupon attached to an advertising leaflet.

(Judgment of the Court of Justice of 23 January 2019)

The judgment, which followed a request for a preliminary ruling from Germany's Bundesgerichtshof (BGH), concerns the requirements pursuant to Article 8(4) of the Consumer Rights Directive (Directive 2011/83/EU) for information concerning the right of withdrawal for distance contracts where there is limited space to display information.

The facts of the case are as follows:

A company had distributed an advertising leaflet which contained a mail order coupon, in the form of a detachable postcard, which referred to the right of withdrawal and provided an internet address. The instructions on withdrawal and the model withdrawal form could be found on the website identified. The Bundesgerichtshof (Federal Court of Justice, Germany), by decision of 14 June 2017 (Ref. I ZR 54/16) in the proceedings *Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.* (an association whose mission is to combat unfair trade practices), referred the following questions to the Court of Justice:

1. For the purposes of applying Article 8(4) of Directive 2011/83/EU, does the answer to the question whether a means of distance communication (in this instance, an advertising leaflet containing a mail order coupon) allows limited space or time to display information depend on whether
 - (a) (in the abstract) the means of distance communication allows only limited space or time by its very nature, or
 - (b) (in the particular case) it offers limited space or time in the design selected for it by the trader?
2. Is it compatible with Article 8(4) and Article 6(1)(h) of Directive 2011/83/EU for information on the right of withdrawal to be restricted to an indication of the existence of a right of withdrawal, in the case, as provided for in Article 8(4) of Directive 2011/83/EU, where there is limited scope for displaying that information?
3. Do Article 8(4) and Article 6(1)(h) of Directive 2011/83/EU make it a mandatory requirement in all cases, including in a case where there is limited scope for displaying information, for the model withdrawal form set out in Annex I(B) to Directive 2011/83/EU to be attached to the means of distance communication before a distance contract is concluded?

The Court gave the following ruling:

On Question 1:

In the case of distance contracts, the information requirements should be adapted to take into account the technical constraints of certain media (such as restrictions on the number of characters on certain mobile telephone screens or the time constraint on television sales spots). In such cases, the trader should comply with a minimum set of information requirements and refer the consumer to another source of information, for instance by providing a toll free telephone number or a hypertext link to a webpage of the trader where the relevant information is directly available and easily accessible.

Thus, where the trader uses a certain means of communication in distance sales, he may find it impossible to provide the consumer with all the information referred to in Article 6(1) of the Consumer Rights Directive. The assessment of whether the means of communication allows limited space or time to display the information, in accordance with Article 8(4) of the Consumer Rights Directive, must be carried out having regard to all of the technical features of the trader's marketing communication. In that regard, it falls to the national court to ascertain whether, having regard to the space and time occupied by the communication and the minimum size of the typeface which is appropriate for the average consumer targeted by that communication, all the information set out in Article 6(1) of the Directive may objectively be displayed.

On Questions 2 and 3:

Bearing in mind the importance of the right of withdrawal for consumer protection, the pre-contractual information concerning that right is of fundamental importance for the consumer. In order to benefit fully from that information, the consumer must be aware of the conditions, time limit and procedures for exercising the right of withdrawal beforehand.

In a situation where the contract is concluded through a means of distance communication which allows limited space or time to display the information, the trader is required to provide the consumer, “on the means of communication in question” and “before the conclusion of the contract”, with information regarding the conditions, time limit and procedures for exercising an existing right of withdrawal, as set out in Article 6(1)(h) of the Directive. In such a situation, however, the trader, when using that means of communication, is not required to provide the consumer with the model withdrawal form, as provided for in Annex I(B) to that Directive.

Joined Cases C-70/17 and C-179/17: Legal effects of an unfair clause in general terms and conditions

(Judgment of the Court of Justice of 26 March 2019)

In this judgment, given in response to a reference for a preliminary ruling from an Italian court, the Court of Justice of the European Union was concerned with the interpretation of Articles 6 and 7 of Council Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts and, in particular, the legal effects of a clause regarded as unfair.

The facts of the case were, in essence, as follows:

The dispute between the parties concerned the conclusions to be drawn from the finding that an accelerated repayment clause of a mortgage loan contract with an Italian bank was unfair. While the term complied with the law in force in Italy at the time the loan agreement was concluded, the national law was subsequently amended to the advantage of consumers. Having regard to the changes in the legislation, the Italian court had doubts as to whether it could fill the gap in the contract resulting from the removal of the ineffective term.

The Court ruled as follows:

The Court emphasised that in general, the finding that a clause is unfair must result in its annulment. If it were open to the national court to revise the content of unfair terms, such a power would be liable to compromise attainment of the long-term objective of Article 7 of Council Directive 93/13/EEC. Rather, there should be a dissuasive effect on sellers or suppliers of the straightforward non-application with regard to the consumer of those unfair terms, without modification by the national court in such a way as to safeguard the interest of those sellers or suppliers.

However, in cases where the invalidity of the unfair term would require the court to annul the contract in its entirety, thereby exposing the consumer to particularly unfavourable consequences, the national court may, by way of exception, remove, in accordance with the principles of contract law, an unfair term and replace it with a supplementary provision of national law. The consequence of such an annulment with regard to a loan contract would be that the outstanding balance of the loan would become due forthwith, which would be likely to be in excess of the consumer’s financial capacities and, as a result, would tend to penalise the consumer rather than the lender.

By contrast, if a national court were to come to the conclusion that the loan contract concerned is capable of continuing in existence without the unfair terms, it would be for that court to exclude the application of those terms, unless the consumer objects. That loan contract must continue in existence, in principle, without any amendment other than that resulting from the removal of the unfair terms, in so far as, in accordance with the rules of national law, such continuity of the contract is legally possible.

In particular, the national court is precluded from replacing an unfair term, which at the time of the conclusion of the contract was based on a valid provision of national law, by a subsequently amended – to the consumer’s benefit – provision of national law.

Case C-266/18: Review of clauses in general terms and conditions which refer, in general terms, to national provisions; unfairness of national jurisdiction clauses which give rise to high travel costs for the consumer

(Judgment of the Court of 3 April 2019)

In this judgment too, the Court concerned itself with the interpretation of Article 1(2) and Articles 6 and 7 of the Directive on unfair terms in consumer contracts (Directive 93/13/EEC). The subject matter of the judgment was, in particular, the power to review a contractual term which refers in general terms to national provisions, and the unfairness of national jurisdiction clauses.

The facts of the case were, in essence, as follows:

A consumer contract included a contractual term which merely referred in general terms to national provisions conferring territorial jurisdiction on the court determined pursuant to the rules of the Polish Civil Procedure Code: *‘[t]he court which has jurisdiction to hear disputes between the parties shall be the court which has jurisdiction under the relevant provisions’*.

Under Polish law, the company acting as seller could bring an action against a consumer before the court for the place of performance of the contractual obligation at issue, or before the court within whose jurisdiction the defendant is domiciled. Furthermore, Polish law allowed for the possibility of jurisdiction for the court seised if the defendant made no objection to the court’s lack of jurisdiction.

The company brought an action against the consumer for payment of the sale price and chose the court in whose territorial jurisdiction its registered office is situated as the court for the place of performance. Notwithstanding the provisions of the Polish Civil Procedure Code, the seised court declared of its own motion that it did not have jurisdiction and referred the case to the district court within whose territorial jurisdiction the defendant was resident under Articles 6 and 7 of Directive 93/13/EEC. The company appealed against this referral. The appellate court referred the matter to the Court of Justice.

The Court gave the following ruling:

On the question of the power to review a clause that refers to national provisions, the Court emphasised that Article 1(2) of the Directive, according to which contractu-

al terms which reflect mandatory statutory or regulatory provisions shall not be subject to the provisions of this Directive, is to be strictly construed, having regard to the protective purpose of the Directive.

Consequently, the Court found that the contractual term referring to applicable national legislation was open to review, justifying this as follows:

“Second, that term does not, strictly speaking, reflect a specific national provision, since the national provisions to which it refers provide for a set of rules governing the arrangements for determining jurisdiction, and the seller or supplier can choose whichever is the most favourable to him.

Although the contractual term at issue in the main proceedings refers to national legislation, the presumption that the national legislature has struck a balance between all the rights and obligations of the parties to certain contracts cannot justify that contractual term being excluded from the scope of Directive 93/13. It is a matter, in such a case, of assessing the wording of that contractual term and its effects on the consumer’s expectations.

Given that the exception laid down in Article 1(2) of Directive 93/13 is strictly construed, it follows from the foregoing that a contractual term, such as that at issue in the main proceedings, cannot be understood as reiterating a national provision.”

In its assessment of the Polish Civil Procedure Code, the Court noted that Directive 93/13/EEC does not contain any express provision determining which court has jurisdiction. Although Article 18(2) of Regulation No 1215/2012 provides that the court which, at international level, has jurisdiction to hear the action brought against the consumer is that of the Member State in which the consumer is domiciled, that provision is not intended to apply in a case such as this, which is characterised by the absence of any indication that a cross-border situation exists.

However, the national court must assess whether the national procedural provision guarantees the right to an effective remedy. Here, the Court held that:

“In principle, a national provision which provides, as an alternative, that the court for the place where a consumer contract is to be performed has jurisdiction is not, in itself,

liable to give rise to an excessive restriction of the consumer's right to an effective remedy. Such jurisdiction does not, in fact, preclude the possibility of the consumer participating in the proceedings brought against him and asserting the rights that he derives from Directive 93/13. Furthermore, any court is required to examine, of its own motion, the unfair nature of the terms of a contract between a seller or supplier and a consumer and to take the necessary measures in order to guarantee the protection of the consumer against unfair terms.

However, the adequate and effective means that are to guarantee the consumer a right to an effective remedy must include the possibility of taking part in an action brought against him by a seller or supplier, under reasonable procedural conditions, so that the exercise of his rights is not subject to conditions, in particular time limits, costs or distance, which undermine the exercise of the rights guaranteed by Directive 93/13 [...].

That would be the case where proceedings brought before a court which is very far away from the consumer's place of residence give rise to overly high travel costs for the latter, such as to deter him from entering an appearance in the proceedings brought against him [...].

Case C-649/17: Pre-contractual information requirements for distance and off-premises contracts – Failure of a trader to provide a telephone number

(Judgment of the Court of Justice of 10 July 2019)

The judgment, which followed a request for a preliminary ruling from Germany's Bundesgerichtshof (Federal Court of Justice), concerns the question as to which contact details companies must provide pre-contractually for distance and off-premises business pursuant to Article 6(1)(c) of the Consumer Rights Directive (Directive 2011/83/EU). The facts of the case are as follows:

Amazon did not indicate a telephone number to consumers in its pre-contractual information. The Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (Federal Union of Consumer Organisations and Associations, Germany) (vzb) objected to the lack of a telephone number and brought an application for an injunction. The Bundesgerichtshof (Federal Court of Justice), by decision of 5 October 2017 (Ref. I ZR 163/16), referred the following questions to the Court of Justice of the European Union for a preliminary ruling:

1. May Member States enact a provision that – like the provision in Article 246a(1)(1), first sentence, No 2, of the EGBGB (Introductory Law to the Civil Code) – obliges a trader to make his telephone number available to the consumer, not just where available but always, when entering into distance contracts prior to acceptance of the contract?
2. Does the expression “gegebenenfalls” (meaning “where available”) used in the German language version of Article 6(1)(c) of Directive 2011/83 mean that traders must, if they decide to enter into distance contracts, provide information solely about the means of communication that are already actually available within their business, and that they are therefore not required to set up a new telephone or fax connection or email account?
3. If the second question is answered in the affirmative:

Does the expression “gegebenenfalls” (meaning “where available”) used in the German language version of Article 6(1)(c) of Directive 2011/83 refer solely to the means of communication that are already available in the business and are actually used by the trader for communication with consumers when entering into distance contracts, or does it also refer to means of communication that are available in the business but have hitherto been used by the trader exclusively for other purposes, such as to communicate with other traders or authorities?
4. Is the list of means of communication (telephone, fax and email) set out in Article 6(1)(c) of the Consumer Rights Directive exhaustive, or may traders also use other means of communication not mentioned in that list, such as online chat services or call-back facilities, provided that they ensure rapid contact and efficient communication?
5. Does the application of the transparency requirement of Article 6(1) of the Consumer Rights Directive, according to which the trader must inform the consumer of the communication methods set out in Article 6(1)(c) of Directive 2011/83 in a clear and comprehensible manner, depend on the information being supplied quickly and efficiently?

The Court gave the following ruling:

On Questions 1-3:

Contrary to the wording of Paragraph 312d of the German Civil Code in conjunction with Article 246a(1)(1), first sentence, No 2, of the EGBGB (Introductory Law to the Civil Code), traders, before concluding distance and off-premises contracts with consumers, are not obliged to provide their telephone number. Furthermore, traders are not required to set up a new telephone or fax connection or email account to allow consumers to contact them.

In interpreting Article 6(1)(c) of the Consumer Rights Directive, it is necessary to ensure the right balance between a high level of consumer protection and the competitiveness of undertakings. An unconditional obligation to provide consumers, in all circumstances, with a telephone number, or even to put in place a telephone or fax line, or to create a new email address seems to be disproportionate, in particular in the context of small undertakings, which might seek to reduce their operating costs by organising sales or the provision of services at a distance or off-premises. It is necessary to interpret the words “where available” provided for in Article 6(1)(c) of Directive 2011/83 as covering cases where traders already have a telephone or fax number and do not use them solely for purposes other than contacting consumers.

On Questions 4 and 5:

Article 6(1)(c) of Directive 2011/83 must be interpreted as meaning that, although that provision requires traders to make available to consumers a means of communication capable of satisfying the criteria of direct and effective communication, it does not preclude those traders from providing other means of communication than those listed in that provision, such as an electronic enquiry template or online chat services, in so far as the information is made accessible in a clear and comprehensible manner.

Case C-383/18: Reduction in / reimbursement of the total cost of the credit in the event of early repayment (Lexitor)

(Judgment of the Court of Justice of 11 September 2019)

The Court of Justice ruled, in response to a request for a preliminary ruling from Poland, that Article 16(1) of the Consumer Credit Directive (Directive 2008/48/EC) is to be interpreted as meaning that a consumer, in the event of early repayment of his obligations under a credit agreement, is entitled to a reduction of the total cost of the

credit, including processing fees paid at the start of the contract and commission paid to an intermediary (commission), except for notarial costs.

The facts of the case were as follows:

The main proceedings arose from the conclusion of consumer credit agreements which provided for the payment to the bank concerned of a commission by the borrower. The agreements did not provide for a reduction in the event of early repayment. After early repayment of the loans, the credit institutions did not accede to the requests for a reduction of this commission. The borrowers assigned their repayment claims to Lexitor, which brought legal actions in respect of these claims.

The Polish court asked the Court of Justice of the European Union whether the right of the consumer to a reduction in the total cost of the credit in the event of early repayment of that credit as referred to in Article 16(1) of the Consumer Credit Directive also concerns costs which, under the terms of the contract, are not dependent on the duration of the contract. In the view of the referring court, that interpretation of Article 16(1) of the Directive would make it possible to protect the interests of consumers. The creditor could, in the case of early repayment of the contract, re-use the sum repaid in order to grant a new credit and thus benefit from a new commission, such that the creditor is adequately protected. Moreover, the opposite solution might lead to a practice in which creditors would apply only costs which, formally, are not dependent on the duration of the credit agreement, in order to prevent them from having to repay part of the total cost of the credit in the event of early repayment.

The Court gave the following ruling:

The Court endorsed the Polish court’s interpretation and ruled that under Article 16(1) of the Consumer Credit Directive, in the event of early repayment, the consumer is entitled to a reduction in the total cost of the credit, with no differentiation between costs which are dependent on the duration of the contract and costs which are not.

The Court specified, first of all, that the fact that following the assignment of the claims to Lexitor, the disputes in the main proceedings are only between sellers or suppliers does not preclude the application of Directive 2008/48. This is because the scope of that Directive is not

dependent on the identity of the parties to the dispute, but on the capacity of the parties to the credit agreement.

With regard to the question referred, the wording of the Directive is not entirely clear. However, as regards the objective of the Consumer Credit Directive, the Court has consistently held that that Directive is intended to guarantee a high level of consumer protection. In order to guarantee that protection, Article 22(3) of Directive 2008/48 requires the Member States to ensure that the provisions they adopt in implementation of the Directive cannot be circumvented as a result of the way in which agreements are formulated.

The Court added that including costs which are not dependent on the duration of the contract, such as a one-off commission, in the reduction in the total cost of the credit in the event of early repayment is not likely to be disproportionately disadvantageous to the creditor. Firstly, under Article 16(2) of the Directive, the creditor is entitled to compensation for possible costs directly linked to early repayment of credit. Secondly, in the event of early repayment of the credit, the creditor is recovering the sum borrowed ahead of schedule, which is then available for the conclusion of a new credit agreement.

Case C-143/18: Right of withdrawal

(Judgment of the Court of 11 September 2019)

In a case referred by a German court, the Court ruled that the right of withdrawal in respect of distance loan agreements under the Directive concerning the distance marketing of consumer financial services (Directive 2002/65/EC) is extinguished if performance of a contract relating to financial services has been fully completed by both parties at the consumer's request. The Court also clarified that the reference consumer is the average, reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect consumer.

The facts of the case were as follows:

In the main proceedings, consumers gave notice that they were exercising their right of withdrawal from a distance mortgage loan agreement concluded with a bank almost nine years earlier, arguing that they had not been properly informed about their right of withdrawal. The bank claimed that the right of withdrawal had already expired

as the loan had been repaid; Directive 2002/65/EC provides that the right of withdrawal shall not apply to contracts whose performance has been fully completed by both parties at the consumer's express request before the consumer exercises his right of withdrawal. The Landgericht Bonn (Regional Court, Bonn) decided to stay the proceedings and requested the Court of Justice of the European Union for an interpretation of the Directive concerning the distance marketing of consumer financial services.

The proceedings specifically concerned the interpretation of the provisions of Paragraph 312d(1) of the German Civil Code and the issue of compensation for the benefit of use after withdrawal pursuant to Paragraph 346(1) and (2), first sentence, No 1 of the German Civil Code.

Questions referred

1. Is Article 6(2)(c) of the Directive concerning the distance marketing of consumer financial services to be interpreted as precluding national legislation or practice, such as that at issue in the main proceedings, which does not provide that the right of withdrawal is no longer applicable in the case of distance loan agreements where performance of the contract has been fully completed by both parties at the consumer's express request before the consumer exercises his right of withdrawal?
2. Are Article 4(2), Article 5(1), the second indent of the second subparagraph of Article 6(1) and Article 6(6) of the Directive concerning the distance marketing of consumer financial services to be interpreted as meaning that, for the purpose of determining whether the information required by national law pursuant to Article 5(1) and Article 3(1)(3)(a) of Directive 2002/65/EC has been duly disclosed to the consumer and for determining the exercise of the right of withdrawal by the consumer pursuant to national law, the reference consumer is the average, reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect consumer, having regard to all the relevant facts and all the circumstances surrounding the conclusion of the contract?
3. In the event that Questions 1 and 2 are answered in the negative:

Is Article 7(4) of the Directive concerning the distance marketing of consumer financial services to be inter-

preted as precluding national legislation which provides that, after notice of withdrawal from a distance consumer loan agreement has been given, the supplier must also pay to the consumer, in addition to the sum he has received from the consumer in accordance with the agreement, compensation for the benefit of the use of that sum?

The Court gave the following ruling:

The Court made it clear that the consumer’s right of withdrawal is also extinguished in the case of distance consumer loan agreements, where performance of the contract has been fully completed at the consumer’s express request.

It is for the national court to take the whole body of domestic law into consideration and to apply the interpretative methods recognised by domestic law, with a view to achieving an outcome consistent with that provision. Moreover, national courts must alter their established case-law, where necessary, if it is based on an interpretation of national law that is incompatible with the objectives of a directive.

A supplier has an obligation to communicate information concerning the existence of a right of withdrawal in a manner which would be clear and comprehensible to “an average, reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect consumer”, in accordance with the requirements of EU law – otherwise, the consumer is not bound by the contract. A seller or supplier may inform the consumer that the right of withdrawal does not apply to a contract which has been performed in full at the consumer’s express request, even though that information is not consistent with national legislation, as interpreted by national case-law.

Case C-260/18: Unfair terms in consumer loans indexed to a foreign currency; consequences of an unfair term for the continued existence of the contract
(Judgment of the Court of 3 October 2019)

Following a request for a preliminary ruling from Poland, the Court held that Council Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts must be interpreted as not precluding a national court, after finding that certain terms of a loan agreement are unfair, from taking the

view, under certain circumstances, that that contract in its entirety cannot continue in existence. The judgment contains fundamental considerations on the legal consequences of unfairness in individual contractual terms.

The facts of the main proceedings were as follows:

In 2008, the applicants in Poland concluded, with the Raiffeisen Bank, a contract for a mortgage loan indexed to a foreign currency; the term of that loan was 40 years. Whereas the funds were made available in Polish zloty (PLN), the outstanding sum due and the monthly repayments were expressed in Swiss francs (CHF). At the time the loan was disbursed, the debt remaining due and expressed in CHF was determined on the basis of the PLN-CHF buying rate applied by Raiffeisen on the day of the disbursement, whereas the monthly repayments were calculated in accordance with the PLN-CHF selling rate applied by that bank at the time they fell due and were required to be debited in PLN from the borrowers’ bank account. Having concluded a loan contract indexed in this way to CHF, the borrowers benefited from a more advantageous variable interest rate.

The borrowers were of the opinion that the terms in the contract relating to the calculation of the exchange rate were unfair in that they allowed Raiffeisen to arrange the exchange rate for the loan repayments at its discretion and arbitrarily. They brought an action before the Sąd Okręgowy w Warszawie (Regional Court, Warsaw) seeking a declaration of the invalidity of the loan contract in question.

The Polish court ruled that the terms in that contract providing for the application of a difference in exchange rate, consisting in recourse to the buying rate for the disbursement of funds and the selling rate for their repayments, were unlawful unfair terms.

In its request for a preliminary ruling, the Polish court asked the Court whether, after their removal, the unfair terms may be replaced by general provisions of Polish law which provide that the effects expressed in a contract are to be completed by the effects arising from the principles of equity or established customs. The Polish court also asked whether the Directive permits it to annul the contract where the maintenance of the contract without the unfair terms would result in the interest continuing to be calculated on the basis of the more favourable rate appli-

cable to foreign currency loans, even though the loan at issue would no longer be indexed to CHF. This alteration of the main subject matter of the contract appears to be legally impossible under Polish law.

The Court gave the following ruling:

In its judgment, the Court recalled, firstly, that in general, a contract may, pursuant to Article 6(1) of Directive 93/13/EEC, be continued as long as, in accordance with the rules of domestic law, such continuity of the contract is legally possible without the unfair terms. However, if the national court takes the view, as is the case here, in accordance with its domestic law, that it is impossible to continue the loan contract concerned following the removal of the unfair terms which it contains, that contract must be annulled.

Article 6(1) of Directive 93/13/EEC does not preclude the national court from substituting for an unfair term a supplementary provision of national law; that possibility is, however, limited to situations in which the removal of that unfair term would require the court to annul that contract in its entirety, thereby exposing the consumer to particularly unfavourable consequences. Since that possibility of substitution serves to ensure that consumer protection is implemented, by safeguarding the consumer's interests against the potentially unfavourable consequences which may follow from the contract at issue being annulled in its entirety, it is clear that those consequences must necessarily be assessed in relation to the circumstances existing or foreseeable at the time when the dispute arose, not at the time when the contract was concluded. That finding is not called into question by the fact that Article 4(1) of Directive 93/13/EEC links the assessment of the unfairness of a contractual term to "the time of conclusion of the contract", to all the circumstances attending its conclusion, since the purpose of this assessment is fundamentally different from the assessment of the consequences resulting from a contract being annulled.

With specific regard to the general provisions of Polish law, the Court found that gaps in a contract caused by the removal of the unfair terms contained in that contract are precluded from being filled solely on the basis of national provisions of a general nature, as these provisions have not been subject to a specific assessment by the legislature with a view to establishing the balance between the parties to the contract.

Finally, the Court pointed out that the consumer ultimately has a right to choose whether he wishes to rely on the contract being annulled in its entirety or prefers to continue the contract. Thus, Directive 93/13 does not go as far as making the system of protection against the use of unfair terms by suppliers or sellers, a system which it introduced for the benefit of consumers, mandatory. Accordingly, where the consumer prefers not to rely on it, that system of protection is not applied. The consumer must a fortiori be entitled to dispense with being protected, under that same system, against the unfavourable consequences caused by the contract being annulled in its entirety.

Case C-290/19: Impermissible indication of the annual percentage rate of charge (APRC) in the form of a range referring to a minimum and a maximum rate in a consumer credit agreement

(Judgment of the Court of 19 December 2019)

In its judgment of 19 December 2019 following a reference for a preliminary ruling by a court in Slovakia, the Court held that Article 10(2)(g) of the Consumer Credit Directive (Directive 2008/48/EC) is to be interpreted as precluding the indication of the annual percentage rate of charge (APRC) in a consumer credit agreement in the form of a range referring to a minimum and a maximum rate.

The facts of the case are as follows:

In 2013, the borrower and the defendant credit institution concluded a consumer credit agreement in which the annual percentage rate of charge (APRC) had been set not as a single rate, but as a range referring to a minimum and a maximum rate.

After the borrower had repaid the loan in full, he brought an action for repayment of sums paid but not due, on the ground of unjust enrichment, as the credit should have been considered to be free of interest and charges, since the APRC had not been set in the contract as a single rate.

The referring court asked the Court of Justice of the European Union whether the requirement laid down in Article 10(2)(g) of the Consumer Credit Directive, under which the credit agreement is to specify the APRC in a clear and concise manner, is satisfied if the APRC is indicated in the agreement as a range between two figures (from-to).

The Court gave the following ruling:

The Court stated that the indication of the annual percentage rate of charge in the form of a range of two figures is not consistent with the wording of Directive 2008/48, nor with the objective pursued by that Directive.

The Consumer Credit Directive seeks to ensure that consumers receive adequate information, prior to the conclusion of the credit agreement, in particular on the APRC, to enable them to compare those rates. This comparability requires that the APRC be expressed as a single figure, not in the form of a range of two figures.

The fact that certain information was not known by the lender when it made the credit agreement offer to the consumer is of no consequence. For example, where the date of drawdown of the credit is not known, the lender has at its disposal the additional assumptions provided for in Part II(a) to (c) of Annex I to the Consumer Credit Directive in order to calculate the APRC accurately. Where the date of conclusion of the credit agreement is not known, Part II(f)(ii) of Annex I to that Directive provides that the date of the initial drawdown is assumed to be the date which results in the shortest interval between that date and the date of the first payment to be made by the consumer.



2019: the Year in Review

January

01.01.2019

Council Presidency

Romania takes over the Presidency of the Council of the European Union.

20th anniversary of the euro

Exactly 20 years ago, on 1 January 1999, 11 EU countries introduced the euro and a common monetary policy.

10.01.2019

ESAs review

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) adopts its position on the proposal for a Regulation amending Regulations establishing European Supervisory Authorities and Regulations on financial markets. The report adopted by the European Parliament aims to substantially strengthen European financial supervision, inter alia through new arrangements relating to the composition of Boards and integration of environmental, social and governance-related factors.

Sustainable finance

The European Commission's Technical Expert Group on Sustainable Finance (TEG) launches a consultation on the usability and fitness for purpose of the taxonomy. The TEG is thus mandated to prepare the way for the introduction of the taxonomy (i.e. a unified EU classification system) in the context of sustainable finance.

15.01.2019

Consumer Credit Directive

The European Commission launches a public consultation on the reform of the 2008 Consumer Credit Directive (2008/48/EC) with the aim of ensuring that all stakeholders have the opportunity to express their views on the functioning of the Directive.

22.01.2019

Consumer protection

The European Parliament's Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) approves the proposal for a directive amending Directive 2005/29/EC on unfair commercial practices, Directive 2011/83/EU on consumer rights, Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts and Directive 98/6/EC on the indication of prices.

Treaty on Franco-German Cooperation

French President Emmanuel Macron and German Chancellor Angela Merkel sign the Treaty of Aachen on closer Franco-German cooperation. It builds on the Elysée Treaty on bilateral cooperation, signed by Germany and France in 1963, and is intended to generate new impetus for European integration.

30.01.2019**Energy efficiency**

The EU updates the energy consumption figures in the newly revised Energy Efficiency Directive to take account of the United Kingdom's withdrawal from the EU. The update will enable the EU to measure its progress towards its energy efficiency and climate objectives and provide legal certainty for Member States and businesses in a Union of 27. The revised Energy Efficiency Directive sets an EU headline target of at least 32.5% for renewable energies for 2030.

Reflection paper: "Towards a Sustainable Europe by 2030"

The European Commission publishes a Reflection Paper on developing Europe's path towards sustainability. Among other things, the paper looks at the financial system and its role in achieving a sustainable Europe.

February

10.02.2019**Hungary: new housing support programme**

In his annual State of the Nation address in Budapest, Prime Minister Viktor Orbán announces a comprehensive family protection action plan aimed at halting population decline in Hungary. Among other things, Hungary's family home ownership subsidy programme (CSOK) will be expanded.

12.02.2019**ESAs review**

The economics and finance ministers of the European Union Member States agree a general approach on the proposals to review the European Supervisory Authorities (ESAs).

13.02.2019**PEPP**

The Permanent Representatives of the EU Member States endorse the provisional political agreement reached in December 2018 on the Commission's proposal for a pan-European personal pension product (PEPP). The aim of the proposal, presented by the Commission in summer 2017, is to introduce a product which complements existing national-level private pension schemes.

15.02.2019**Banking package**

The Permanent Representatives Committee (Coreper) approves the trilogue agreement on the banking package.

26.02.2019**Covered bonds**

Representatives of the European Parliament and the Council of the European Union reach a provisional political agreement on the legislative proposal on covered bonds.

March

- 07.03.2019** **Anti-Money laundering and terrorist financing**
The Council unanimously decides to reject a draft list put forward by the Commission of 23 “high-risk third countries” in the area of money laundering and terrorist financing on the grounds that the proposal “was not established in a transparent and resilient process”.
-
- 11.03.2019** **Sustainable finance**
The report on the taxonomy is adopted by the European Parliament’s ECON-ENVI joint committee.
-
- 20.03.2019** **Covered bonds**
The Permanent Representatives Committee endorses the political agreement on covered bonds reached by trilogue parties on 26 February 2019.
-
- 21.03.2019** **ESAs review**
The two co-legislators reach a provisional agreement on the Commission’s proposal on the review of the European Supervisory Authorities (ESAs).
-
- 26.03.2019** **Collective redress**
The Legal Affairs Committee report of December 2018 is approved by the European Parliament at its plenary session.
-
- 27.03.2019** **Non-performing loans (NPLs)**
The Council of the European Union reaches a general approach on the Directive on non-performing loans.

April

- 01.04.2019** **Sustainable finance**
The proposal for a regulation on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks (Regulation (EU) 2019/2088) is approved by the European Parliament’s Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON).
- Covered bonds**
The European Parliament’s Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) endorses the agreement reached by the trilogue parties on 26 February 2019 on the proposal for a Covered Bond Legislative Package.
- ESAs review**
The Permanent Representatives Committee confirms the agreement reached in trilogue on the ESAs review.

-
- 02.04.2019** **ESAs review**
The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) approves the agreement reached in trilogue on the ESAs review.
-
- 09.04.2019** **Distance marketing of consumer financial services**
The European Commission launches an open public consultation on the reform of the Directive on Distance Marketing of Consumer Financial Services (Directive 2002/65/EC). The object of this Directive is to approximate the laws, regulations and administrative provisions of the Member States concerning the distance marketing of consumer financial services.
-
- 18.04.2019** **Sustainable finance**
The Regulation on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks (Regulation (EU) 2019/2088) is adopted by the European Parliament at its plenary session.
-
- 25.04.2019** **Mortgage Credit Directive**
The European Banking Authority (EBA) updates its online Interactive Single Rulebook and Q&A tool with the inclusion of the Mortgage Credit Directive (MCD).
-
- 30.04.2019** **The European Commission's strategic recommendations**
Ahead of the informal meeting of EU heads of state or government in Sibiu, Romania, on 9 May 2019, the European Commission sets out its policy recommendations for the next legislature. There is a need to foster growth and ensure sustainable prosperity by deepening the Economic and Monetary Union. Under the heading "Fair Europe", it calls for fair taxation policy, affordable healthcare and access to energy-efficient affordable housing.

May

- 14.05.2019** **Banking Union**
The Council of the European Union adopts the comprehensive legislative package (revised CRR, CRD IV, BRRD and SRMR) which will reduce risks in the banking sector and further reinforce banks' ability to withstand potential shocks.
-
- 23.-26.05.2019** **European elections**

June

05.06.2019 **Country-specific recommendations**

The European Commission presents its country-specific recommendations (CSRs) within the framework of the European Semester.

07.06.2019 **Banking package**

The legislative texts of the banking package (revised CRR, CRD IV, BRRD and SRMR) are published in the Official Journal of the European Union.

Accessibility requirements

Directive (EU) 2019/882 of 17 April 2019 on the accessibility requirements for products and services (European Accessibility Act) is published in the Official Journal of the European Union.

13.06.2019 **European Deposit Insurance Scheme (EDIS)**

The High-Level Working Group (HLWG) presents its report “Further Strengthening the Banking Union, including EDIS”. The report does not include any significant proposals on the creation of a European Deposit Insurance Scheme.

14.06.2019 **Financial transaction tax (FTT)**

At the ECOFIN meeting, there is renewed discussion of the financial transaction tax in the context of the enhanced cooperation procedure.

18.06.2019 **Sustainable finance**

The Technical Expert Group (TEG), in cooperation with the European Commission, publishes its technical report on the taxonomy.

19.06.2019 **Loan origination and monitoring**

The European Banking Authority (EBA) launches a consultation on its draft Guidelines on loan origination and monitoring.

July

01.07.2019 **Council Presidency**

Finland takes over the Presidency of the Council of the European Union.

03.07.2019 **European Parliament**

The constituent session of the newly elected European Parliament is held in Strasbourg.

August

05.08.2019 **Basel III framework**

The European Banking Authority (EBA) publishes its report on the impacts of the final Basel III framework on the European financial institutions' capital requirements. It also makes policy recommendations to the European Commission for a number of areas, including credit and operational risks, the output floor and securities financing transactions.

September

04.09.2019 **Hearing with Christine Lagarde (candidate for the post of President of the ECB)**

In her statement to the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), Mrs Lagarde reaffirms that financial stability will remain the ECB's main goal, that the Banking Union and Capital Markets Union need to be completed, and that climate-related risks should be integral to the ECB's work.

10.09.2019 **Ursula von der Leyen unveils her new Commission**

Ursula von der Leyen puts forward her list of candidates for the new European Commission. They include the previous Financial Services Commissioner Valdis Dombrovskis, who retains the Financial Services and Capital Markets portfolio and becomes one of three Executive Vice-Presidents of the Commission.

23.09.2019 **Monetary Dialogue with Mario Draghi**

In his final hearing with Members of the European Parliament, Mario Draghi defends the monetary policy decisions taken by the ECB Governing Council two weeks earlier, stating that a strong monetary policy response to the economic outlook was essential. The ECB President also emphasises that coherent economic and financial policy measures must be adopted at the European level.

25.09.2019 **Sustainable finance**

The Council of the European Union reaches a general approach on the proposed Taxonomy Regulation.

October

02.10.2019 **European Parliament – Hearings with Didier Reynders and Sylvie Goulard**

Hearings take place with Commissioners-designate Sylvie Goulard (IMCO and ITRE) and Didier Reynders (JURI and LIBE). Belgium's Commissioner-designate Reynders confirms that he will push for the swift adoption of the Collective Redress Directive. The French candidate, Sylvie Goulard, is rejected by the Members of the European Parliament.

03.10.2019 **European Parliament – Hearing with Paolo Gentiloni**

The Italian Commissioner-designate, Paolo Gentiloni, focuses particularly on the Stability and Growth Pact and underlines the need to complete the Economic and Monetary Union. Asked about the European Green Deal, he confirms that this will also be one of his priorities.

08.10.2019 **European Parliament – Hearing with Valdis Dombrovskis**

During the hearing with Valdis Dombrovskis, various topics are addressed: money laundering, sustainable finance and the finalisation of the Banking Union. His statements on sustainable finance are particularly wide-ranging. He confirms that the aim is to achieve a climate-neutral digital economy, based on the protections afforded by the social market economy model. This will necessitate further progress on topics such as taxonomy, green bonds and an EU ecolabel. He also states that to complete the Banking Union, a European Deposit Insurance Scheme (EDIS) should be established, on the grounds that it is necessary to reassure Europeans that their deposits have equal protection wherever they live.

21.10.2019 **Sustainable finance**

The European Parliament confirms the mandate for the trilogue negotiations with representatives of the Council of the European Union and the European Commission on the Taxonomy Regulation.

November

04.11.2019 **European Parliament – Hearing with José Manuel Campa**

EBA Chairperson José Manuel Campa calls for the smooth transposition of Basel III standards into European rules. Sustainable finance and the incorporation of ESG factors will also be a core part of the EBA's work going forward, according to Mr Campa. He describes the current draft guidelines on loan origination as a good example of the new approach being pursued by the EBA in this context.

27.11.2019 **European Parliament – vote on the new European Commission**

The European Parliament votes, with a small majority, in favour of the new European Commission headed by Ursula von der Leyen as Commission President.

December

02.12.2019 **European Parliament – Monetary Dialogue with Christine Lagarde, ECB**

The President of the European Central Bank, Christine Lagarde, reports that the ECB will be alert and attentive to the side-effects of its expansionary monetary policy. The ECB's forthcoming strategic review could potentially result in a new medium-term inflation aim.

Sustainable finance

Regulation (EU) 2019/2088 on sustainability-related disclosures in the financial services sector is published in the Official Journal of the European Union.

-
- 03.12.2019** **European Deposit Insurance Scheme (EDIS)**
In a letter to the President of the Eurogroup, the Chair of the High-Level Working Group on a European Deposit Insurance Scheme (EDIS) states that the European Commission could continue the work on an EDIS at technical level. The HLWG had been unable to agree a timeline for beginning political negotiations on the EDIS.
-
- 06.12.2019** **Sustainable finance**
The European Banking Authority (EBA) publishes its Action Plan on Sustainable Finance.
-
- 11.12.2019** **European Green Deal**
The First Executive Vice-President of the European Commission, Frans Timmermans, releases a Communication on the European Green Deal. It sets out comprehensive measures for various sectors, including a “renovation wave” initiative, to be presented in 2020. In addition, further proposals will be developed for sustainable finance.
-
- 18.12.2019** **Sustainable finance**
The European Parliament and the Council of the European Union reach a political agreement on the Taxonomy Regulation in trilogue.
-
- 20.12.2019** **Sustainable finance**
The European Commission’s Joint Research Centre (JRC) publishes a second Technical Report on the Development of EU Ecolabel Criteria for Retail Financial Products.

Personalia der Vereinigung/Officers of the Federation



Ing. Jan Jeníček
(Tschechische Republik/Czech Republic)
Präsident/President



Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Erster Vizepräsident/First Vice-President



Prof. Dr. Andreas Grünbichler
(Österreich/Austria)
Zweiter Vizepräsident/Second Vice-President



Christian König
(Deutschland/Germany)
Geschäftsführender Direktor/Managing Director

Personalia der Ausschüsse/Officers of the Committees

**Rechtsausschuss/
Legal Affairs Committee**
Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Vorsitzender/Chairman

**Ausschuss für Wohnungspolitik
und Marketing/
Housing Policy and Marketing
Committee**
Mag. Hans-Christian Vallant
(Österreich/Austria)
Vorsitzender/Chairman

**Finanzausschuss/
Financial Affairs Committee**
Prof. Dr. Andreas Grünbichler
(Deutschland/Germany)
Vorsitzender/Chairman

Anhang/Appendix

Dezember/December 2019

Verzeichnis der Mitglieder der Europäischen Bausparkassenvereinigung/ List of Members of the European Federation of Building Societies

🌐 ordentliches Mitglied/participating member

★ korrespondierendes Mitglied/corresponding member

DEUTSCHLAND/GERMANY

- 🌐 Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen
- ★ LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover
- ★ LBS Hessen-Thüringen
- ★ LBS Landesbausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
- ★ LBS Bayerische Landesbausparkasse
- ★ LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
- ★ LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
- ★ LBS Landesbausparkasse Saar
- ★ LBS Landesbausparkasse Südwest

- 🌐 Verband der Privaten Bausparkassen e.V.
- ★ Aachener Bausparkasse AG
- ★ ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
- ★ Bausparkasse Mainz AG
- ★ Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
- ★ BHW Bausparkasse AG
- ★ BSQ Bauspar AG
- ★ Debeka Bausparkasse AG
- ★ Deutsche Bausparkasse Badenia AG
- ★ Deutscher Ring Bausparkasse AG
- ★ SIGNAL IDUNA Bauspar AG
- ★ Wüstenrot Bausparkasse AG

BELGIEN

- ★ International Union for Housing Finance

KASACHSTAN

- ★ JSC „House Construction Savings Bank of Kazakhstan“

KROATIEN/CROATIA

- ★ Wüstenrot stambena štedionica d.d.

LUXEMBURG

- 🌐 BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
- 🌐 Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Niederlassung Luxemburg
- ★ Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

ÖSTERREICH/AUSTRIA

- 🌐 Bausparkasse der österreichischen Sparkassen AG
- 🌐 Bausparkasse Wüstenrot AG
- 🌐 Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH
- 🌐 start:bausparkasse AG

RUMÄNIEN/ROMANIA

- 🌐 BCR Banca pentru Locuinte S.A.
- ★ Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.

SLOWAKISCHE REPUBLIK/SLOVAK REPUBLIC

- 🌐 Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.
- 🌐 Wüstenrot stavebná sporiteľňa, a.s.
- ★ ČSOB stavebná sporiteľňa a.s.

SLOWENIEN/SLOVENIA

- ★ Stanovanjski sklad Republike Slovenije, javni sklad

TSCHECHISCHE REPUBLIK/CZECH REPUBLIC

- 🌐 Ceskomoravská stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Modra Pyramida stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Raiffeisen stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Stavební spořitelna České spořitelny, a.s.
- 🌐 Wüstenrot stavební spořitelna, a.s.

UNGARN/HUNGARY

- ★ Erste Lakástakarék Zrt.
- 🌐 Fundamenta-Lakássza Bausparkasse AG

ZYPERN/CYPRUS

- ★ Housing Finance Corporation

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV)/ The European Federation of Building Societies (EFBS)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung, die am 29. August 1962 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, die die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen.

Sie verfolgt den Zweck, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen der Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahrzunehmen, die Mitglieder über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zu informieren und den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik zu unterstützen und zu intensivieren.

Die Bausparkassen leisten in weiten Teilen Europas und außerhalb einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum.

The European Federation of Building Societies, which was founded on 29 August 1962, is an association of credit and other institutions promoting and supporting the financing of home ownership.

Its aim is to promote the idea of home ownership in a politically and economically converging Europe, to look after the interests of its members in relation to the European Union institutions, to inform its members about progress in European unification and the measures taken to this end by the European Union institutions and to support and intensify mutual exchange of information and experience among its members in the fields of housing finance and housing policy.

The Bausparkassen make a key contribution in large parts of Europe and beyond to the financing of the construction, purchase or modernisation of owner-occupied housing.

Impressum

Herausgeber:

Europäische Bausparkassenvereinigung

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org

www.efbs.org

Imprint

Editor:

European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brussels, Belgium

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org

www.efbs.org



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28
B-1040 Bruxelles
Tel. 0032 (0)2 – 2310371
Fax 0032 (0)2 – 2308245
e-mail: info@efbs-bausparkassen.org
www.efbs.org